



Wir reden mit!

Räume für politische Jugendbildung
im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten



Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
info@adb.de
adb.de

Der AdB wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Grußwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, MdB

Liebe Leserin, lieber Leser,

Demokratie braucht politische Bildung – denn die Demokratie ist nicht einfach da, sie muss von jeder Generation erlernt, mit Leben gefüllt und verteidigt werden.

Politische Bildung bestärkt junge Menschen darin, sich ein eigenes Bild von ihrer Umwelt und der Welt da draußen zu machen. Kinder und Jugendliche interessieren sich heute für den Klimaschutz, für Fragen der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Sie interessieren sich für das, was gestern war und morgen sein wird. Politische Bildung hilft ihnen dabei, diese Interessen zu entdecken, sie auszuleben und gemeinsam zu bearbeiten. Sie konfrontiert junge Menschen mit konkreten Fragen des Lebens und ermuntert sie, sich zu engagieren und mitzureden – damit Entscheidungen nicht *für* sie, sondern *mit* ihnen getroffen werden.

Als Bundesjugendministerin ist es mir wichtig, dass die Meinung von Kindern und Jugendlichen zählt und dass ihre Interessen und Bedürfnisse Gewicht haben. Deshalb wird mein Ministerium die Jugendstrategie der Bundesregierung mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung weiterentwickeln. Und weil das Wahlrecht die stärkste Form der politischen Mitbestimmung ist, setze ich mich für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Denn es wird Zeit, dass junge Menschen über ihre Gegenwart und Zukunft mitentscheiden können.

Demokratie braucht politische Bildung – deshalb danke ich dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) für seine wertvolle Bildungsarbeit im Sinne der Jugend und der Demokratie.

Diese Bildungsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung. Deshalb wird das Engagement des AdB mit Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) gefördert.

Mit dieser Broschüre blickt der AdB auf die letzten sechs Jahre seines Programms zurück und damit auf Jahre, die von sich überlagernden Krisen geprägt waren. Es sind Krisen, die sich erst recht auf junge Menschen und ihre Zukunft auswirken. Die Beiträge zeigen eindrücklich, wie es den Verantwortlichen und Fachkräften an den 24 Bildungsstätten des AdB gelang, diese Herausforderungen gut zu bewältigen und damit zur Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit beizutragen.

Ich danke dem AdB für sein wichtiges Engagement und wünsche allen Beteiligten alles Gute für den neuen Programmzyklus.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine inspirierende Lektüre und gute neue Ideen für Ihre politische Bildungsarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Lisa Paus".

Lisa Paus MdB
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

September 2022



„Wir reden mit!“ Räume für politische Jugendbildung im AdB

- 04 **Vorwort**
Boris Brokmeier, Vorsitzender des AdB

- Politische Jugendbildung im
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten**

- 06 **Ein Motor der Innovation –
Konzept, Vernetzung und Weiterentwicklung**

- Themen und Konzepte**

- 12 **Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“**
Emanzipatorische Potenziale der Digitalität

- 18 **Fachgruppe „Flucht und Migration“**
Inklusion in der Migrationsgesellschaft stärken
und leben

- 25 **Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“**
Auf dem Weg zu einem inklusiven und multi-
perspektivischen Erinnern

- 33 **Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“**
Zwischen Arbeit und L(i)eben



Die Praxis politischer Jugendbildung im AdB

- 42 Bericht aus der Praxis –
Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“
Politische Bildung trifft Spielfilmproduktion – Adamstown – *Henning Wötzel-Herber*

- 45 Bericht aus der Praxis –
Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“
Projekttag „Expedition Vogelsang – Mehr als nur alte Steine?!“ – *Katharina Wonnemann*

- 48 Bericht aus der Fachgruppe „Flucht und Migration“
Neue Herausforderungen in der politischen Jugendbildung: Besuch einer Fortbildung zur Traumasensibilität – *Urte Bliesemann*

- 50 Reflexion der Zusammenarbeit im Programm
„Politische Jugendbildung im AdB“ in der
Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“
POV: Das hier ist kein Ende! – *Anna Krämer*

- 53 Reflexion der Zusammenarbeit im Programm
„Politische Jugendbildung im AdB“ in der
Fachgruppe „Flucht und Migration“
Über die Bedeutung der Vernetzung für die Internationale Bildungsstätte – Sicht eines Trägers im ländlichen Raum – *Malte Morische*

- 57 Reflexion der Zusammenarbeit im Programm
„Politische Jugendbildung im AdB“ in der
Fachgruppe „Erinnerung und Teilhabe“
Ansätze historisch-politischer Bildung mit dem Fokus auf das Pogrom im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen – *Christoph Schulze*

- 61 Reflexion der Zusammenarbeit im Programm
„Politische Jugendbildung im AdB“ in der
Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“
„Zukunft ist jetzt!“ – *Tanja Berger*

Ausblick

- 65 **Blick zurück nach vorn**
Resümee und Ausblick auf die politische Jugendbildung im AdB in den nächsten Jahren

Anhang

- 71 **Literatur**
- 72 **AdB-Mitgliedseinrichtungen**
- 76 **Impressum**
- 77 **Bildnachweis**



Liebe Leser*innen,

Mit Ablauf des Jahres 2022 geht auch das aktuelle Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ zu Ende. Die sechsjährige Laufzeit bildet das Zeitfenster für das Programm und die Arbeit der Jugendbildungsreferent*innen in den am Programm beteiligten Mitgliedseinrichtungen des AdB.

Dank der Förderung durch das BMFSFJ ist das Programm eine verlässliche Größe im AdB und ein Motor der politischen Jugendbildung, auch deutlich über den Verband hinaus.

Wir freuen uns sehr, dass mit der Förderung über den Kinder- und Jugendplan des Bundes genau das erreicht wird, was die Richtlinien vorsehen, die „bundezentrale Entwicklung, Erprobung und Auswertung innovativer Modelle und neuer Wege und Methoden der Kinder- und Jugendhilfe von überregionaler Bedeutung“ sicherzustellen.

Auf dieser Grundlage richtet der AdB sein Programm „Politische Jugendbildung“ alle sechs Jahre neu aus, vor allem durch die Fokussierung auf die aktuellen thematischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen, denen der Verband eine besondere Relevanz in der politischen Jugendbildung beimisst.

Der AdB nutzt die Gestaltungsspielräume, die der KJP den Zentralstellen lässt. Der Verabschiedung eines neuen Programms durch die Mitgliederversammlung geht ein intensiver innerverbandlicher Diskussionsprozess über die inhaltliche Ausrichtung in Form von Themenschwerpunkten und die Struktur des Programms sowie die Bedingungen für die Antragstellung durch die Mitgliedseinrichtungen voraus.

Dem AdB ist ein innerverbandlicher Konsens sehr wichtig für die Akzeptanz des Programms, und so kommt es immer wieder zu wechselnden Beteiligungen von Mitgliedseinrichtungen, die in einem transparenten Verfahren ausgewählt werden. In einem wachsenden Verband, wie dem AdB, eröffnen sich daher auch für neue Mitgliedsorganisationen Chancen, an diesem Programm zu partizipieren und in die Prozesse der Entwicklung, Erprobung und Umsetzung politischer Jugendbildung mitwirken zu können.

Sechs Jahre sind sechs Jahre und damit, wenn auch ein begrenzter, aber ausreichender und angemessener Zeitrahmen, um

Bildungsbedarfe junger Menschen zu identifizieren, gesellschafts- und jugendpolitische Entwicklungen zu rezipieren und professionelle Bildungsangebote zu entwickeln und am Ende auch mit den gewünschten Zielgruppen durchzuführen. Die Zusammenarbeit der Jugendbildungsreferent*innen in thematischen Fachgruppen unterstützt diese Prozesse und trägt zur Erweiterung der fachlichen und pädagogischen Kompetenz bei, bereichert aber auch die Fachdiskurse innerhalb des AdB. Die Entwicklung von Modellen, die Arbeit und Evaluation in den Fachgruppen stellt daher einen zentralen Baustein unseres Programms dar, das von der Bundestutorin des AdB fachlich und organisatorisch verantwortet und unterstützt wird.

Die Corona-Krise stellte die Jugendbildungsreferent*innen in den letzten beiden Jahren vor besondere Herausforderungen: Seminare konnten und durften nicht stattfinden, Bildungsstätten blieben geschlossen und das Personal ging in Kurzarbeit mit ungewisser Dauer. In dieser Situation zeigte sich die Leistungsfähigkeit des Programms, in dem kurzfristig neue Formate und neue Konzepte dafür entwickelt wurden, um auf dem digitalen Wege durch Online-Seminare junge Menschen mit dieser Form von Bildungsangeboten zu erreichen. Als sehr hilfreich erwiesen sich auch hier die verbindlichen Strukturen des Programms und die Zusammenarbeit in den Fachgruppen, um gemeinsam eine für die politische Bildung neuartige Didaktik zu entwickeln.

Die Corona-Situation wird nicht so schnell vorbei sein, aber inzwischen können wieder Seminare in Präsenz stattfinden, sodass mit dem Ende der aktuellen Programmphase eine Bildungsarbeit in gewohnten Formaten und zum Großteil in Bildungsstätten stattfinden kann.

Mit seinen Jahresthemen in 2021 und 2022 „Rassismuskritisch denken lernen: Diversität in Gesellschaft und Demokratie in und mit politischer Bildung stärken“ will der AdB die Auseinandersetzung darüber in der politischen Bildung deutlich verstärken und fordert u. a. die Mitgliedseinrichtungen auf, dieses gesellschaftsrelevante Thema deutlicher in den Bildungsangeboten zu verankern. Die Jugendbildungsreferent*innen haben sich dieser Aufgabe ebenfalls in ihren Seminarangeboten, Fachgruppen und Tagungen angenommen und erreichen durch die erfolgreichen Kooperationen mit Schulen das gewünschte und sehr divers aufgestellte Feld an Teilnehmenden. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Verstetigung und der Weiterentwicklung der politischen Bildung für alle Menschen in diesem Land.

Im Namen des Vorstands danke ich allen in dieser sechsjährigen Programmphase tätigen Jugendbildungsreferent*innen für ihre Arbeit, ihr Engagement im und für den AdB und hoffe, dass sie der politischen Bildung im neuen Programm ab 2023 oder in anderen Zusammenhängen erhalten bleiben.

Boris Brokmeier
AdB-Vorsitzender

Politische Jugendbildung im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

eral yo
erman
exce
ely

Politische Jugendbildung im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Ein Motor der Innovation – Konzept, Vernetzung und Weiterentwicklung

Kinder und Jugendliche sind von Anfang an Teil der Gesellschaft und werden dies nicht erst, wenn sie erwachsen werden. Sie nehmen wahr, was in ihrer Lebenswelt und der Gesellschaft geschieht und haben zahlreiche Berührungspunkte mit den großen gesellschaftspolitischen Themen dieser Zeit. Die Klimakrise, aktuelle Konflikte und Kriege und ihre Auswirkungen, wie bspw. die globale Verschärfung sozialer Ungleichheiten sowie sich verschärfende Anfeindungen und Hass gegenüber verschiedenen Menschengruppen, prägen das Aufwachsen und Leben junger Menschen. Politische Bildung greift diese Themen aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen in ihren Angeboten auf. Sie nimmt junge Menschen und ihre Anliegen und Forderungen wahr und ernst und schafft es Interessensverknüpfungen zu verdeutlichen, Orientierung zu geben und Handlungsfähigkeit zu ermöglichen. Kinder und Jugendliche werden befähigt gesellschaftspolitische Themen mit Alltagsbezug zu erfassen, Handlungsmöglichkeiten zu kennen und Teilhabe zu erlangen.

Aktuelle gesellschaftspolitische Themen und Debatten bewirken demnach auch eine fortlaufende Weiterentwicklung politischer Jugendbildung, die sich immer wieder neuen (fachlichen) Herausforderungen stellt. Als Fachverband der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung nimmt der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) im Bereich der politischen Jugendbildung nicht nur seinen gesetzlichen Auftrag als bundeszentraler Träger der Kinder- und Jugendhilfe wahr, das demokratische Bewusstsein und die politische Teilhabe von jungen Menschen zu fördern und sie zu befähigen sowie einen Beitrag zur Weiterentwicklung der demokratischen Kultur zu leisten. Er greift darüber hinaus gesellschaftspolitische Debatten auf und gestaltet diese mit. Dies bedeutet für den AdB, die Anliegen junger Menschen anwaltschaftlich in die Fachdebatten der politischen Bildung, aber vor allem auch in die Diskurse im politischen Raum einzubringen.

Die Einblicke in die Praxis und die Reflexion der politischen Jugendbildung im AdB fördern eine große Bandbreite an Themen zutage, die vor allem in den letzten Jahren stark durch die Pandemie und ihre Folgen beeinflusst und dominiert war. Was dies konkret bedeutet, welche Themen und Entwicklungen zentral werden und wie diese in der Praxis aufgegriffen werden, zeigen wir in dieser Broschüre. Die Stärke der politischen Jugendbildung, sich immer wieder auf neue Themen, Zielgruppen und Herausforderungen einzustellen und auf neue Situationen zu reagieren, zeigt sich hier besonders deutlich – auch wenn es ein abschließendes Fazit zur Bewältigung der Pandemie noch nicht geben kann.

Was heißt politische Bildung im AdB?

Politische Bildung im AdB setzt sich mit dem Politischen – das heißt mit den das Gemeinwesen und die Gesellschaft insgesamt betreffenden Angelegenheiten – auseinander. Ihre Aufgabe ist es, anknüpfend an die Interessen und Erfahrungen der Teilnehmenden, die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebenssituation und den gesellschaftlichen Bedingungen deutlich zu machen und Teilhabemöglichkeiten aufzuzeigen. Sie orientiert sich dabei an den zentralen Kategorien von Politik: Konflikt, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung. Dazu gehört es auch, Privilegien, Diskriminierungen oder Ausgrenzungen sichtbar zu machen, um diese abzubauen und irgendwann auch einmal zu überwinden.

Demokratie, Teilhabe und Menschenrechte bilden den Referenzrahmen dieser emanzipatorischen, partizipativen politischen Bildung. Diese muss auch intersektional, inklusiv, barrierearm (barrierefrei) sowie diskriminierungskritisch gestaltet sein. Aufgabe dieser kritisch-emanzipatorischen politischen Bildungsarbeit ist es auch, bisher ausgeschlossene und benachteiligte Positionen sichtbar zu machen. Kindern und Jugendlichen wird die kritische Auseinandersetzung mit Ursachen und Auswirkungen von Diskriminierungen sowie mit gesellschaftlichen Prozessen und Strukturen ermöglicht. Darüber hinaus sind historische Kontextualisierungen, Kontinuitäten und Entwicklungen zu thematisieren und zu reflektieren. So soll ermöglicht werden, dass Teilnehmende sich selbst gesellschaftlich und politisch verorten können und in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Angebote politischer Jugendbildung setzen dabei an den Lebensrealitäten der Teilnehmenden an.

Politische Jugendbildung bietet Räume, in denen demokratische Aushandlungsprozesse und der Umgang mit Konflikten eingeübt und reflektiert werden kann. Kindern und Jugendlichen wird dabei eine aktive Mitgestaltung von Bildungsangeboten ermöglicht. Durch diese direkte Partizipationserfahrung werden sie in ihrer Selbstwirksamkeit bestärkt. Durch die Reflexion dieser Erfahrungen und den Transfer in ihren Alltag wird der Bildungseffekt unterstützt.

Das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“

Zentral für die Weiterentwicklung politischer Jugendbildung im AdB ist das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, das mit Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)



umgesetzt wird. Im Rahmen des Programms arbeiten bundesweit ca. 25 Jugendbildungsreferent*innen über sechs Jahre in vier Fachgruppen mit einem jeweiligen Themenschwerpunkt zusammen.

In der Laufzeit 2017–2022 arbeiten Fachgruppen zu den inhaltlichen Schwerpunkten „Digitale Medien und Demokratie“, „Flucht und Migration“, „Erinnerungskultur und Teilhabe“ sowie „Arbeit und Lebensperspektive“. Jede/r Jugendbildungsreferent*in setzt dabei beim eigenen Träger ein auf sechs Jahre angelegtes Vorhaben der politischen Jugendbildung im gewählten Themenschwerpunkt um.

Die Zusammenarbeit der Jugendbildungsreferent*innen in den Fachgruppen dient dem fachlichen Austausch untereinander und dem Wissenstransfer im AdB und ins Feld der politischen Bildung. Sie dient der Identifikation von neuen Debatten, Methoden, Themenkomplexen und deren Weiterentwicklung, die u. a. auch in gemeinsamen Vorhaben münden kann, wie bspw. in der Umsetzung eines Online-Barcamps oder einer Train-the-Trainer Qualifizierungsreihe. Der Austausch in und auch zwischen den vier Fachgruppen findet primär an jährlich drei Tagungen statt, von denen zwei mit allen Jugendbildungsreferent*in gemeinsam stattfinden und eine in der jeweiligen Fachgruppe realisiert wird. Diese von der AdB-Geschäftsstelle koordinierten Tagungen haben neben dem fachlichen Austausch auch einen Weiterbildungscharakter. So übernimmt jeweils eine Fachgruppe die Ausgestaltung des inhaltlichen Schwerpunkts einer zentralen Arbeitstagung, um alle Kolleg*innen in diesem besonderen Themenfeld weiterzubilden. Hierbei wird die bereits bestehende Expertise im Programm geteilt. Diese wird durch die Expertise externer Referent*innen

ergänzt und erweitert. Gerade diese themenübergreifenden Weiterbildungen im Programm sind für die Jugendbildungsreferent*innen und ihre Träger sowie für den Wissenstransfer im AdB ein großer Mehrwert.

Die Themenschwerpunkte der Fachgruppen werden nach einem Diskussionsprozess im Verband ausgewählt und identifizieren gesellschaftspolitisch relevante Themen, von denen anzunehmen ist, dass sie über die Laufzeit des Programms eine hohe Relevanz in der politischen Jugendbildung sowie in Politik und Gesellschaft haben. Für die Laufzeit 2017–2022 wurde zusätzlich das Querschnittsthema Inklusion gesetzt.

Mit der Umsetzung des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ nimmt der AdB Aufgaben als bundeszentraler Träger wahr, wie sie im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) festgeschrieben sind. Als Zentralstelle koordiniert die AdB-Geschäftsstelle die bundesweite Arbeit der Jugendbildungsreferent*innen im Programm. Durch den Austausch und die angebotenen Weiterbildungen forciert der AdB die Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung.

Die Inhalte, Formate, Methoden und Themen, die in der Laufzeit des Programms 2017–2022 entstanden sind und präsent waren, sind breit gefächert. In der Rückschau und Reflexion, die für diese Broschüre anhand der Auswertung verschiedener Berichte, Publikationen und Interviews mit Jugendbildungsreferent*innen und Verantwortlichen der Bildungsträger erfolgte, wird eindrücklich deutlich, dass sich die Debatten weiterentwickeln. Sichtbar wird dies z. B. an Begriffen und Konzepten: Der Begriff „Flüchtling“ beispielsweise ist im Jahr 2022 dem „geflüchteten Jugendlichen“



oder einfach „jungen Menschen mit Flucht- bzw. Migrationsgeschichte“ gewichen; der Begriff der Inklusion wird heute anders diskutiert als vor sechs Jahren und löst vor allem die Frage aus, ob Diversitätsorientierung nicht der treffendere Begriff ist.¹ Dies deutet zum einen darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit Sprache und Begriffen und den dabei bezeichneten Menschen und Themen sensibler wurde. Zum anderen zeigt sich hier auch, dass es ein stärkeres Bewusstsein für marginalisierte Positionen und ihre Perspektiven und Anliegen gibt.

Im Mittelpunkt politischer Bildung steht dabei immer, die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen mit ihren konkreten Themen und Anliegen zu erreichen, sie zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen bzw. darin zu bestärken und ihre Themen in den Bildungsprozess aufzunehmen. Dies bedeutet vor allem, dass Themen und Herausforderungen oder Medien aus ihrer Lebenswelt aufgegriffen werden, die Interesse wecken und die Möglichkeit bieten (Selbst-) Reflexion zu erreichen und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen, zur Meinungsbildung beizutragen und letztlich auch Möglichkeiten zur Partizipation und Teilhabe aufzuzeigen.

Inklusion im Fokus

Mit der Ausschreibung zum Programm „Politische Jugendbildung im AdB (2017–2022)“ wurde das Querschnittsthema „Inklusion“ im engeren Sinne mit Bezug auf Menschen mit diagnostizierten körperlichen oder geistigen Behinderungen gesetzt. Ziel war es, der parallel laufenden Weiterentwicklung des SGB VIII folgend, die Arbeit der Träger dahingehend zu verändern, dass *alle* jungen Menschen an den Angeboten teilhaben können.

Dieses Ziel hat sich durch die Debatten im Feld der Kinder- und Jugendarbeit schnell weiterentwickelt und erweitert. So kann man heute noch deutlicher formulieren, dass es Ziel und Aufgabe politischer Jugendbildung ist, zu einer inklusiven demokratischen Gesellschaft beizutragen, in der die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt und der Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigt wird und alle Menschen in ihrem gesellschaftlichen und politischen Handeln bestärkt werden.

Alle Jugendbildungsreferent*innen hatten den Auftrag, in der Konzeption und Umsetzung von Angeboten der politischen Jugendbildung das Ziel einer inklusiven demokratischen Gesellschaft zu berücksichtigen. Das bedeutet, in geführten Fachdebatten die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt sowie die Bedürfnisse des Einzelnen im gesellschaftlichen und politischen



Handeln zu reflektieren. In der Praxis der politischen Bildung heißt dies, beständig darauf abzielen, Angebote möglichst barrierearm und inklusiv und unter Berücksichtigung der konkreten Bedarfe der Teilnehmer*innen zu gestalten.

Dass es in der konkreten Umsetzung noch große Unterschiede gibt, zeigen die nachfolgenden Berichte. Deutlich wird auch, dass es noch viel zu tun gibt, um barrierefrei im weitesten Sinne zu werden.

Im Querschnittsthema verdeutlicht sich also das Anliegen, politische Jugendbildung für alle jungen Menschen zugänglich zu machen. Dies ist jedoch nicht nur ein selbstgewähltes Anliegen, sondern entspricht dem Auftrag politischer Jugendbildung als Teil der Jugendarbeit, wie er im SGB VIII formuliert ist.² Dabei geht es eben nicht darum, spezifische Angebote für einzelne Zielgruppen zu entwickeln, sondern sich grundlegend inklusiv aufzustellen, denn „(l)angfristig gesehen wäre es der zunächst aufwendigere, aber letztendlich einfachere Weg, die komplette Organisation inklusiv zu gestalten, denn dadurch bedarf es zukünftig keiner spezifisch inklusiven Angebote mehr, da alle Angebote und Inhalte inklusiv werden.“ (Klamp-Gretschel 2022, S. 24)

Nicht nur angeregt durch die im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ geführten Diskussionen rund um das Querschnittsthema Inklusion beschleunigte sich im Gesamtverband in den letzten Jahren die Diskussion über eine diversitätsorientierte Öffnung des Verbandes. Es wurde ein Verbandsentwicklungsprozess mit starkem Fokus auf diversitätsorientierte Organisationsentwicklung begonnen. Dieses Thema wurde im AdB besonders auch durch das Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, forciert und vorangebracht.

¹ Vgl. die Beiträge in der Ausgabe 3/2022 zum Themenschwerpunkt Inklusion der AdB-Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“ (AdB 2022)

² Vgl. zur SGB VIII-Reform und zur Erweiterung des Inklusionsbegriffes Voigts 2022



Die Jugendbildungsreferent*innen begleiten den Organisationsentwicklungsprozess hin zu mehr Diversität im AdB stetig mit ihrer Expertise und geben kritische und wichtige Hinweise auf Defizite und Leerstellen.

Die Organisationsentwicklung ist bei weitem nicht abgeschlossen und wird sich auch im Bereich der politischen Jugendbildung im AdB sowie im AdB insgesamt fortsetzen. Dennoch ist bereits jetzt festzustellen, dass viele Impulse aus dem Programm in den Verband, in die Geschäftsstelle und die einzelnen Träger eingeflossen sind.

Politische Jugendbildung gut vernetzt

Einen hohen Stellenwert hat die Vernetzung der im Programm beteiligten Träger mit den weiteren Projekten im AdB. Die politische Jugendbildung ist daher eng verknüpft mit den unterschiedlichen Modellvorhaben und Projekten, die der AdB in Kooperation mit seinen Mitgliedern umsetzt. Darüber hinaus sind Kooperationen mit anderen Organisationen und Trägern in den Feldern der Kinder- und Jugendarbeit wichtige Bestandteile der Arbeit im AdB.

Beispielsweise setzt das AdB-Projekt „Demokratie-Profis in Ausbildung“, das sich der Zielgruppe Kinder im Grundschulalter widmet, an erste bestehende Erfahrungen an, nutzt Synergien und multipliziert gewonnene Erkenntnisse im Netzwerk des Programms und des AdB. Auch die Akademie für Kinder- und Jugendparlamente arbeitet eng vernetzt mit dem Programm und bietet Qualifizierungsangebote für Jugendliche, aber auch für Multiplikator*innen an, die sich insbesondere dem Thema Jugendbeteiligung verschrieben haben.

Auch auf der Ebene der Qualifizierung von Fachkräften und von Multiplikator*innen der politischen Bildung zeigt sich in national wie international ausgerichteten Angeboten ein breites, sich stetig veränderndes und erweiterndes Themenspektrum. Ein gutes Beispiel dafür ist das Projekt „DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship“, in dem der AdB mit sechs Partnerorganisationen aus verschiedenen europäischen Ländern herausarbeitete, in welchen gesellschaftspolitischen Bereichen die digitale Transformation Fragen an politische Beteiligung und Mitwirkung stellt und demokratische Beteiligung herausfordert.

Für die verschiedenen Projekte der politischen Jugendbildung im AdB sind die Fachgruppen und der Austausch zwischen Projektbeteiligten und den Jugendbildungsreferent*innen bereichernd und geben neue Impulse. So hat bspw. die Fachgruppe „Flucht und Migration“ die fachliche, innerverbandliche Begleitung

für das Projekt „Empowered by Democracy“ geleistet und hierzu einen wirkungsvollen Resonanzraum gebildet. Der Aufbau der Plattform politischbilden.de (www.politischbilden.de) im Rahmen des Bundesprogramms der Respect Coaches wurde durch alle Jugendbildungsreferent*innen und insbesondere durch die Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ unterstützt.

Zur Broschüre

Die Jugendbildungsreferent*innen im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, ihre Träger und Kooperationspartner*innen haben in den letzten sechs Jahren verschiedene Ansätze erprobt, neue Perspektiven einbezogen und spannende Erfahrungen gemacht. Dies wird in den folgenden Texten deutlich.

Die gemeinsame Arbeit in den Fachgruppen ist einerseits geprägt von den unterschiedlichen Themen und Herangehensweisen, die im Rahmen der Vorhaben der Träger im Schwerpunkt umgesetzt werden. Andererseits tragen besonders diese Unterschiede auch dazu bei, dass sich Auseinandersetzungen zu verschiedenen Aspekten desselben Themas entspinnen, sich Anknüpfungspunkte ergeben, neue Perspektiven eingebracht werden und so Entwicklungen in Debatten möglich werden. Hierbei spielen selbstverständlich nicht nur die Erfahrungen der Jugendbildungsreferent*innen und ihrer Träger in der Praxis der politischen Bildung eine Rolle, sondern auch Fachdebatten und gesellschaftspolitische Entwicklungen und Ereignisse. Der Zuzug von geflüchteten Jugendlichen, die Corona-Pandemie und nun der Krieg in der Ukraine und seine Folgen sind Themen, die die politische Bildung im AdB in den letzten Jahren deutlich geprägt haben.

Kollegialer und fachlicher Austausch bestärkt die Vielfalt der spannenden Formate und Methode, die in den folgenden Praxisbeispielen aus der Arbeit der Fachgruppen sichtbar werden. Die Arbeit in den Fachgruppen und der Austausch zwischen allen Jugendbildungsreferent*innen im Programm hat jede*n einzelnen geprägt und persönlich und fachlich weitergebracht. Diese Weiterentwicklung der Jugendbildungsreferent*innen sowie die Debatten in den Fachgruppen und im Programm insgesamt, prägen darüber hinaus auch immer die Arbeit der Träger. Dies alles spiegelt sich auf vielfältige Weise in den Statements, kurzen Interviews und Reflexionen der Jugendbildungsreferent*innen und der Verantwortlichen der beteiligten Träger in dieser Broschüre wider.

Die nachfolgenden Texte zeichnen Themen und Konzepte nach, die in den vier Fachgruppen über die Programmlaufzeit hinweg erarbeitet und diskutiert wurden. Im Zentrum stehen die im Rahmen der persönlichen Weiterbildung der Jugendbildungsreferent*innen generierten Erkenntnisse für eine inklusive politische Jugendbildung, die Darstellung der inhaltlichen und konzeptionellen Entwicklungen in den Fachgruppen sowie der damit verbundene Anschluss der politischen Bildungsarbeit an aktuelle politische Diskurse. Die Texte spiegeln dabei auch die unterschiedlichen Zugänge und Vorgehensweisen wider, die von den Fachgruppen für ihre konzeptionelle Arbeit gewählt wurden und in den Berichten ihren Niederschlag fanden. Die Umsetzung des theoretisch Erarbeiteten in die Praxis der politischen Bildung bei den beteiligten Trägern und die dabei zugrunde gelegten methodischen Ansätze werden an ausgewählten Beispielen illustriert. ■



Themen
und Konzepte

Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ Emanzipatorische Potenziale der Digitalität

Wohl kaum ein Thema ist so präsent in der Gesellschaft und im Leben jedes und jeder Einzelnen wie die Digitalisierung. Über Chancen und Risiken des digitalen Wandels für eine offene demokratische Gesellschaft wird viel diskutiert. Wie aber die politische Jugendbildung die Digitalisierung als Vehikel für Beteiligungsprozesse und die Stärkung der Selbstwirksamkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nutzen kann, steht im Fokus der professionellen Aufmerksamkeit. Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung des Digitalen auch für die außerschulische politische Bildung wie unter einem Brennglas zum Vorschein gebracht: Für die politischen Bildner*innen halten Digitalisierung und Verbreitung der Sozialen Medien eine Fülle technischer wie inhaltlicher Herausforderungen und Möglichkeiten bereit.

Themenschwerpunkte und konzeptionelle Entwicklung

Mit der „*Hoffnung auf ein Netz ... , das Teilhabe und den politischen Diskurs befördert*“, startet die Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ in die aktuelle Programmphase. Der Einstieg in das Aufgabenfeld erfolgt selbstbewusst und kämpferisch, denn an Themen und Ideen für Seminare, Projekte und neue methodische Ansätze herrscht in der Welt des Digitalen kein Mangel: Fake News, Hate Speech und die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit, Datenschutz und die digitale Selbstbestimmung, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im digitalen Raum und die Kontrolle der Akteur*innen im Netz sind offensichtlich. Das alles bildet das digitale Grundrauschen über und neben der zentralen Aufgabe einer digitalen politischen Jugendbildung: Strukturen und Möglichkeiten zu schaffen für die digitale Selbstbestimmung junger Menschen im Netz und damit für ihre demokratische Partizipation und politische Teilhabe in der digitalen Öffentlichkeit.

Als Ansatzpunkt für ihre Bildungsveranstaltungen wählt die Fachgruppe das Thema Utopie und Dystopie in der Politik. Dabei gilt die Konzentration in unterschiedlichen Veranstaltungsformaten einer erdachten Zukunft als Vorstellungs- und Planungsraum für Ideen und Träume. Die jugendlichen Teilnehmer*innen sollen ermutigt werden, eigene Utopien für ihr Leben in einer zukünftigen digitalen demokratischen Gesellschaft zu formulieren und kreativ umzusetzen. Im Hintergrund dieser selbstermächtigenden Erfahrung als Bestimmer*in über die eigene Zukunft schwingt die Erkenntnis mit, dass auch der „digitale Citoyen“ (Thimm/Bürger 2013) das kritisch-reflektierte Handeln in einer demokratischen digitalen Gesellschaft erst erlernen muss.

Das Barcamp politische Bildung bcpb17 des *ABC Bildungs- und Tagungszentrums e. V.* stellte die Frage, wie mit Gefühlen, Ängsten und Sorgen der jungen Teilnehmer*innen umgegangen werden muss. Die Diskussionen der politischen Jugendbildner*innen auf dieser Veranstaltung brachten aus Sicht der Fachgruppe ermutigende Erkenntnisse zutage. Emotionalisierung mache, so der Befund, Konflikte sichtbar und wecke Motivation, diese zu verstehen und Lösungen zu entwickeln. Aus dem im Bildungsprozess entstandenen Wunsch, etwas zu verändern, erwachsen so, ganz im Sinne einer auf Teilhabe zielenden politischen Bildung, Perspektiven und Strategien für das Handeln der Beteiligten als mündige Bürger*innen in einer digitalen Umgebung.

Aus der Arbeit der Fachgruppe heraus, ist es den Jugendbildungsreferent*innen immer wichtig zu betonen, dass Digitalisierung nie zum Selbstzweck verkommen darf. „Was es braucht, ist eine inklusive, intersektionale, diskriminierungskritische Perspektive, die sich Technik und Digitalisierung in ihren emanzipatorischen Potenzialen zunutze macht. Technik- und Medieneinsatz soll Partizipation begünstigen, Selbstbestimmung ermöglichen und freiheitliche Räume eröffnen – und nicht genau das Gegenteil.“ Mit dieser Hoffnung verbindet sich ein spürbar nachdenkliches Vorgehen. Deutlich artikuliert werden Zweifel an dem mit der Digitalisierung verbundenen Modernisierungsversprechen. Auch die digitalen Medien kennen Klassengrenzen, auch die sich digitalisierende Gesellschaft kennt informierte Nutzer*innen der Medien auf der einen und die von der Digitalisierung Abgehängten und Überforderten auf der anderen Seite. Und die politische Bildung muss mit einem breiten Spektrum an Menschen arbeiten, die als „digital Mithaltende“ irgendwo zwischen diesen einander fernen Polen im digitalen Raum verortet sind. Angesichts einer die Gesellschaft



prägenden Intersektionalität aber ist Digitalität, also der Zugang zu Technik und Medien und die Erfahrung im Umgang damit, doch nur eine von zahlreichen Dimensionen. Das Internet und die digitalen Technologien können emanzipatorische Prozesse befördern, aber auch hier gibt es wie in der realen Welt Gewinner*innen und Verlierer*innen. Für eine politische Bildung, die sich transkulturell und inklusiv positioniert, ist diese Erkenntnis nicht ohne Folgen.

Beim Anpassen ihres inklusiven Anspruches an die Bildungspraxis der beteiligten Einrichtungen blieb es für die Fachgruppe dennoch bestimmend, den Fokus der Veranstaltungen auf die Digitalität zu richten. Pragmatische Überlegungen wie die direkte Ansprache und Bevorzugung heterogener Teilnehmenden-Gruppen, eine gute digitale Ausstattung der Bildungsträger, hybride Veranstaltungen als Antidot gegen Filterblasen und zur Förderung des Verständnisses für die unterschiedlichen Bedarfe in einer Seminargruppe, das Delegieren von Verantwortung für die Gestaltung und Produktion der Seminarergebnisse an die jungen Teilnehmer*innen – das alles hilft dabei, Relevanz und Nähe zur Erfahrungswelt junger Menschen zu erzeugen. Ziel digitaler politischer Bildung muss sein, dass sich junge Menschen das Handwerkszeug und das Verständnis für ihre digitale Zukunft aneignen und selbst politisch für ihre Interessen eintreten können.

Einen Pfeiler der demokratischen Gesellschaft muss digitale Souveränität sein. Damit verbunden ist der Auftrag für die politische Bildung, hierfür zu sensibilisieren. Die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe merken in ihren Überlegungen stets an, dass der Begriff der Selbstbestimmung in einer digitalen Umwelt schwierig ist. Unumstritten ist aber, dass digitale Kompetenz Wissen und Können beinhaltet. Die umgangssprachliche Bedeutung von Souveränität, Sicherheit und Selbstvertrauen im Umgang

mit dem Netz und den neuen Medien, muss damit mindestens ebenso ernst genommen werden wie die deutlich abstraktere Vorstellung von Verfügung und Kontrolle des eigenen Handelns im Netz. Teilhabe in der digitalen Gesellschaft braucht digitale Fähigkeiten und Fertigkeiten und den Mut, diese anzuwenden. Und es braucht das Wissen um die Risiken des Digitalen und die souveräne und mündige Entscheidung des Bürgers und der Bürgerin, dennoch diese Entwicklungen mitzugestalten. Hier liegt der Auftrag der politischen Bildung, mitzuwirken bei der Kompetenzerweiterung des und der Einzelnen im Sinne des von der EU entwickelten „Digitalen Kompetenzrahmens für Bürger*innen“. Die Jugendbildungsreferent*innen in der Fachgruppe sind dafür sehr gut aufgestellt.

In den Jahren, die stark von der Pandemie geprägt waren, musste nüchtern wie ernüchternd festgestellt werden, dass der politischen Bildung keine „Systemrelevanz“ zugemessen wurde. Die Ambivalenzen der Pandemie-Erfahrungen reichen allerdings sehr viel weiter, als es diese Adaption eines Schlüsselbegriffs aus dem einschneidenden Jahr 2020 zum Ausdruck bringt. Für die Fachgruppe brachte Corona die Bestätigung einer keineswegs neuen Vermutung: dass Digitalisierung nicht in erster Linie eine Ausweitung von Vielfalt und Beteiligungschancen bedeutet, sondern vielmehr Abhängigkeiten erzeugt und Ungleichheit vertieft. Der optimistische Zukunftsbegriff der „digitalen Souveränität“ und die Hoffnung auf die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen durch Digitalisierung verblasen angesichts der Corona-getriebenen Desillusionierung des Digitalen.

Die Jugendbildungsreferent*innen machen deutlich, dass nicht alle Erkenntnisse dieser belastenden Monate neu sind, dass keineswegs alle Erfahrungen unerwartet kommen. Die Thematisierung

von Phänomenen wie Fake News, Hate Speech oder Filterblasen, die Diskussion von Inklusion und Exklusion in der neuen Medienwelt und nicht zuletzt die Förderung von Fähigkeiten zum souveränen Umgang mit dem Internet spielen schon lange eine wichtige Rolle in den Bildungsveranstaltungen der beteiligten Einrichtungen. Die Notwendigkeit, „digital literacy“ als zentrale Voraussetzung für Teilhabe auch im Rahmen der politischen Jugendbildung zu fördern, um Voraussetzungen für ihre Entfaltung zu schaffen, wurde in der Pandemie „brutalstmöglich“ sichtbar. Die Verfügbarkeit von Hardware, einer funktionierenden Datenverbindung und einem stabil laufenden Webkonferenzsystem entscheidet nicht



weniger über digitale Souveränität als Achtsamkeit im Umgang mit den eigenen Daten, die Kenntnis von Tools und der selbstbewusste Auftritt in den neuen Medien. Die Fachgruppe benennt die in allen Bereichen zu Tage tretenden Defizite und führt diese auf ihre soziale Bedingtheit zurück. Besonders deutlich wird dabei, dass soziale Umfeldbedingungen auch auf die digitale Souveränität der Jugendlichen großen Einfluss haben.

Recht behalten zu haben mit der Sorge vor einer digitalen Spaltung der Gesellschaft, ist für die Fachgruppe in der Corona-Situation kein Trost und für die politische Bildungsarbeit ohnehin wenig hilfreich. Auf der Tagesordnung stand darum sehr früh die Aufgabe, Bildungsprojekte in netz-adäquate Formate zu überführen, ohne die jungen Teilnehmer*innen inhaltlich und technisch zu überfordern. Beispielhaft für diese Bemühungen steht die schnelle Umstellung des BarCamp-Formats vom Präsenz-Modus in ein erfolgreiches und rege nachgefragtes Onlineangebot. Der „Probelauf“ des neuen Formats diente zudem als Gelegenheit, alle Referent*innen im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ zumindest in der virtuellen Welt einmal „zusammenzubringen“. Solche Erfolgserlebnisse konnten gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der Veranstaltungen unter Corona-Bedingungen drastisch zurückging und nur ein kleinerer – und älterer – Teil der Zielgruppe die digitalen Angebote aus der Fachgruppe wahrzunehmen imstande war.

Die Mitglieder der Fachgruppe haben die Corona-Zeit ungeachtet vieler Einschränkungen und mancher persönlichen Sorgen kreativ und produktiv zur Weiterentwicklung ihrer technischen Kenntnisse und digitalen Angebote genutzt. Dazu zählen Überlegungen zur Entwicklung eines Lernsettings, das hybride Lernformen mit der inhaltlichen Arbeit zu Fragen von Digitalisierung und Gesellschaft verbindet. Von großer Bedeutung ist auch die Mitwirkung im Netzwerk *bewegtbildung.net*, in dem eine digitale Handreichung zum Arbeiten mit Videos in der politischen Jugendbildung unter Mitwirkung von Influencer*innen und politischen Bildner*innen produziert wurde. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Arbeit mit Filmen eine stetig wachsende Rolle in der politischen Jugendbildung und bei der Entwicklung selbstbestimmten Lernens von Jugendlichen spielt. Auch in der digitalen Bildungsarbeit ist es unabdingbar, junge Menschen zu/in ihren virtuellen Alltagsorten wie YouTube oder TikTok zu begleiten und somit diese Orte aktiv in die Bildungsarbeit einzubeziehen.

Corona war also für die Fachgruppe eine zweischneidige Erfahrung. Die Pandemie stellte die zahllosen Defizite bei der gesellschaftlichen Aneignung der digitalen Welt schonungslos ins Schaufenster. Für die politische Bildung und ihre Träger bedeutet(e) Corona eine elementare Herausforderung, für nicht wenige Mitarbeitende der Bildungsstätten eine existentielle Krise. Die Pandemie brachte aber auch einen Schub für die Kernanliegen der beteiligten Träger. Von Anfang der Programmlaufzeit an hat das Thema Digitalisierung als Scharnier zwischen den beteiligten Fachgruppen fungiert, wobei immer wieder Inhalte der politischen Jugendbildung aus anderen Themenfeldern in den digitalen Bereich übertragen wurden. Corona stellt noch einmal klar: Die Digitalisierung selbst ist ein Thema, das auf der gesellschaftspolitischen Agenda der außerschulischen politischen Bildung einen festen Platz einnehmen muss!

Dass es keine Rückkehr in eine Vor-Corona-Bildungszeit geben würde, wurde schnell deutlich. Dennoch bedeutete der lange Lockdown im ersten Halbjahr 2021 einen weiteren Schlag ins Kontor der politischen Jugendbildung, dem sich auch die Spezialist*innen für die digitale Welt nicht entziehen konnten. Corona hatte unterschiedliche Dynamiken befördert, deren Gewichtung keineswegs leichtfiel. Mehr als nur ein Nebengedanke galt dabei den psychischen Folgen für die Zielgruppe der politischen Jugendbildung, nämlich den Kindern und Jugendlichen.

Im Rückblick auf die Folgen von zwei Jahren bildungspolitischem Ausnahmezustand steht der Ausblick in die Zukunft einer digitalen politischen Jugendbildung nach Corona. Nicht alle Erfahrungen des Wandels vom analogen zum digitalen Bildungsbetrieb waren in der stürmischen Umbruchzeit zu dokumentieren. Dennoch kann die Fachgruppe auf einige Arbeitshilfen verweisen, die in den zwei Corona-Jahren veröffentlicht wurden. Dazu zählen

4

Fragen an **Annette Ullrich** Referentin für Neue Medien

Stiftung wannseeFORUM



Bitte nenne uns ein Projekt oder Thema, das für dich in den vergangenen Jahren besonders wichtig war. Was macht es zu etwas Besonderem?

Der Schwerpunkt unserer Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ ist innerhalb der Programmlaufzeit noch stärker in den Fokus gesellschaftspolitischer Debatten gerückt. Technische Entwicklungen, weltpolitisches Geschehen und vor allem die Covid-19-Pandemie haben Tempo und Grad von Veränderungsprozessen noch mal verschärft. In der Fachgruppe waren auch vor der Pandemie digital gestütztes Lernen sowie Digitalisierung und Gesellschaft schon zentrale Lerninhalte. Die kurzfristige Entwicklung von qualitativ hochwertigen Onlinelernformaten fiel uns daher vielleicht leichter. Vom geringen Arbeitsspeicher bis zu nicht vorhandenem Internet – viele Barrieren durch mangelhafte oder fehlende Zugänge waren leider nicht neu. Angesichts geschlossener Bildungsstätten stellten sich aber nun ganz neue Herausforderungen beim Verschmelzen von digitalen und physischen Lern- und Handlungsräumen. In das Fachgruppenprojekt „Archiospace“, das wir 2021 begonnen haben, konnten daher einerseits viele Erfahrungen z.B. zu spielerischen Herangehensweisen und zur modularen Nutzung bestehender digitaler Dienste/Tools einfließen. Andererseits bot uns die Entwicklung des Escape-Room-Spiels mit Off- und Online-Aufgaben zum Thema Digitalisierung die Chance, selbst neue Kompetenzen zu entwickeln und methodisch inhaltlich neue Ansätze auszuprobieren – auch zusammen mit anderen Akteur*innen der politischen Bildung.

Gleichzeitig machte die Entwicklung die vielen Defizite deutlich, die bewältigt werden müssen, damit Jugendliche an

Digitalisierung überhaupt teilhaben/„mitspielen“ können – in einer demokratischen Gesellschaft, die sie mitgestalten sollten. Hier bleibt noch (mega) viel zu tun

Hat sich deine Bildungsarbeit durch die Zusammenarbeit im Programm verändert? Und wenn ja, auf welche Weise?

Der fachliche Austausch untereinander ist eine große Bereicherung – auch in Arbeitsfeldern, die nicht direkt mit dem AdB zu tun haben. Wir haben im Programm und insbesondere in unserer Fachgruppe neue Methoden und Werkzeuge ausprobiert, inhaltliche Zugänge diskutiert und Erfahrungen aus Seminarprojekten oder zu Förderfragen geteilt. Durch den Wegfall persönlicher Begegnungen fand dieser Austausch per Zoom, WorkAdventure, Slack oder in anderen Kanälen statt. Weniger intensiv als in Präsenz, dafür aber häufiger. Kollegiale Beratung ist ein Gewinn für alle Beteiligten. Klimakrise, Pandemie, Ukraine-Krieg ... die Fülle und Komplexität mit den aktuellen Herausforderungen ist nur zu bewältigen, wenn es regelmäßigen Austausch mit Kolleg*innen gibt – auch um weiter vorausschauend gestalten zu können, statt nur noch aus der Überforderungen heraus zu reagieren.

Welchen Rat möchtest du deinen Kolleg*innen mitgeben, die in der kommenden Programmphase aktiv sein werden?

Die neue Möglichkeit, als Fachgruppe Projekte zu entwickeln, birgt große Chancen für kreative und fokussierte Arbeit an gemeinsamen Themen. Dafür im Arbeitsalltag ausreichend Zeit einzuplanen, ist eine Herausforderung, lohnt sich aber für die

eigene Fortbildung, für Weiterentwicklungen in der eigenen Organisation und für das Fachfeld politische Bildung. Neue Impulse entstehen nur durch das Ausloten, Erproben und Evaluieren von Ideen, Ansätzen, Tools – diese Zeit ist für produktive Zusammenarbeit gut „investiert“ – und macht aus Erfahrung Spaß!

Gibt es etwas, was du dir gewünscht hättest, das aber bisher nicht realisiert werden konnte?

Der Austausch in der Fachgruppe ist sehr bereichernd. Auch fachgruppenübergreifend an Querschnittsthemen zu arbeiten fiel jedoch oft dem Zeitmangel zum Opfer. Das aber würde Impulse für interdisziplinäres Arbeiten setzen, auch über die Fachgruppen, die ja in unterschiedlichen nationalen und internationalen Bildungsfeldern/Netzwerken arbeiten, hinaus.

<https://wannseeforum.de/de/stiftung>



„Zehn Gebote für Online-Seminare“ (ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V.), „Wohlfühl-Seminarregeln für digitale Veranstaltungen (Stiftung wannseeFORUM) oder ein Padlet „Nicht schon wieder Zoom“ zur Kommunikation im Internet (Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.). Auch eine Methodenhandreichung zu diversitätssensibler Online-Bildung von *basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach* wurde vorbereitet. Die Erfahrung mit dem Einsatz digitaler Werkzeuge in Präsenzveranstaltungen hilft bei der Entwicklung von Online-Formaten. Die dabei entwickelten Tools stoßen auf rege Nachfrage bei anderen Bildungsveranstaltern, ebenso die von Mitgliedern der Fachgruppe veranstalteten Work-

auch im Digitalen beimessen. Die Umsetzung der konzeptionellen Überlegungen in die Praxis politischer Bildung muss Empowerment der Beteiligten zum Ziel jeder Bildungsmaßnahme machen, sollen diese nicht im virtuellen Raum verloren gehen.

Projekte der politischen Jugendbildung wie „dieWelttrettung.org“ des ABC Bildungs- und Tagungszentrums e. V. oder „Clips für Europa“ in der *Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz* setzen auf eigene Medienproduktion unter Einsatz unterschiedlicher digitaler Medien bei gleichzeitiger Reflexion der Notwendigkeit, auch im Zeitalter einer Künstlichen Intelligenz Gefühlen und Werten Freiräume zu lassen. Auch Rollenspiele mit dystopischen Settings



shops zum Umgang mit Daten oder zur interaktiven und kollaborativen Gestaltung von Online-Veranstaltungen. In hohem Maße anschlussfähig für die Zielgruppe dürfte der Nachbau der *Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz* in MineTest/-Craft als hybrid zu nutzendes Tool für Veranstaltungen der politischen Bildung sein.

Die neue Lust am digitalen Tun kann betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten nicht außer Kraft setzen. Bildungseinrichtungen brauchen Teilnehmer*innen für ihre Veranstaltungen, sie sind an Förderrichtlinien gebunden, die in der Regel nur mit zeitlichem Verzug an veränderte Bedingungen angepasst werden können. Dennoch hat das Plädoyer der Fachgruppe für eine hybride Bildungszukunft Bestand. Ein wichtiges Argument ist dabei die Tatsache, dass solche Veranstaltungen inklusiver sein können als traditionelle Präsenzveranstaltungen. Der Aufwand, um solche Veranstaltungen effektiv zu gestalten, ist allerdings erheblich, auch was das benötigte (und häufig nicht vorhandene oder finanzierbare) Personal betrifft. Ein wesentlicher Gedanke dabei, der vielleicht die wichtigste Lehre aus den Corona-Jahren ist: Bei allen Präsenzveranstaltungen, die ohne Zweifel einen wesentlichen, wenn nicht den wichtigsten Baustein außerschulischer Bildungsveranstaltungen in Zukunft darstellen werden, sollte das Online-Element zuerst gedacht und geplant werden.

Zur Praxis politischer Jugendbildung in der digitalen Welt

Die vielfältigen Bildungsangebote der in der Fachgruppe beteiligten Träger zeigen, welche Bedeutung die Jugendbildungsreferent*innen dem Gedanken der Inklusion und der Teilhabe

wie das Mini-LARP „Datenwelten 2084“ der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.* zielten darauf ab, Handlungsmöglichkeiten in einer digitalen Umgebung aufzuzeigen und die jugendlichen Teilnehmer*innen in vertrauten digitalen Formaten und medialen Umgebungen zu politischer Selbstwirksamkeit zu ermutigen.

Nähe zur Erfahrungswelt der jungen Teilnehmenden spielte eine große Rolle bei den Bildungsangeboten. So ging es beispielsweise im Seminar „Bilder im Kopf 2.0 – Interaktiv gegen Stereotype“ um die digitale Selbstverortung junger Auszubildender zur/m Sozialassistent*in. Neben „klassischen“ Themen der politischen Jugendbildung wie Stereotypen, Gender-Rollen und dem Umgang mit Diversität standen hier Internet-Phänomene wie Fake News und die Rolle von Influencer*innen im Zentrum. Neben der Befassung mit den digitalen Welten ging es für die Fachgruppe aber auch darum, junge Menschen zur Arbeit mit Medien aller Art zu ermutigen. Ein Beispiel dafür war das Projekt „Dein Fotofilm zum Thema Heimaten“, das die *Stiftung wannseeFORUM* zusammen mit *Concrete Narrative Society e. V.* mit geflüchteten Mädchen und Frauen durchführte. Die im Seminar entstandenen Filme der jungen Medienproduzentinnen spiegeln Vorstellungen von Heimat und Fremde und die individuelle mediale Auseinandersetzung der Teilnehmer*innen mit ihrer Herkunft.

Die Fachgruppe hatte sich die Förderung der digitalen Souveränität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Ziel gesetzt. In den vorgestellten Modellprojekten spiegelt sich die doppelte Bedeutung des Begriffs der „Digitalen Souveränität“. Selbstermächtigung und die Förderung von Haltung im Umgang mit den digitalen Medien werden mit höchst praktischen inhaltlichen Zugängen kombiniert. Eigene Medienproduktion, eigenes

Programmieren von Tools fördern die Befähigung zum souveränen Handeln und Auftreten im Netz, ohne dass die Frage ausgeblendet wird, ob Digitalisierung nicht auch wiederum ausgrenzt, Inklusion verhindert und zu neuer Benachteiligung und Rassismus führt. Die Jugendlichen befassen sich also mit einschlägigen Themen der politischen Jugendbildung wie Identität, strukturelle Diskriminierung und Toleranz. Sie gehen dabei aber neue digitale Wege und erleben Ermutigung, die Digitalisierung selbst mitzugestalten.

Erzwungene Digitalität – so hätte die Überschrift über den Veranstaltungen der beiden Corona-Jahre lauten können. Nur für



kleine Zeitfenster waren im Lockdown überhaupt Präsenzveranstaltungen möglich, beispielsweise ein Seminar mit Jugendlichen zur Wirkung von sozialen Medien oder ein Mädchenwochenende zur informationellen Selbstbestimmung und zum mündigen Handeln im virtuellen wie im realen Raum (beide in der Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz). Ins Zentrum aber trat die Transformation von Bildungsangeboten aus dem physischen Raum in die digitale Sphäre. Neben der Erfahrung, dass sich vieles an Formaten und didaktischen Prinzipien problemlos vom realen in den virtuellen Raum übertragen lässt, stand dabei auch die Erkenntnis, dass die Befähigung zur Mitarbeit am eigenen Bildschirm oder Smartphone anderen Parametern folgt als es bei Präsenzveranstaltungen in der Bildungsstätte der Fall ist. Zusätzliche Anreize wie Rollenspiele in Breakout-Sessions, das Programmieren eigener kleiner Tools, vor allem aber auch Anregungen zur Bewegung und Erkundung der eigenen Umwelt hinter dem Bildschirm ergänzten schnell den gewohnten Methodenkoffer. Für eine Zeit „nach Corona“ erarbeitete *basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach* in Zusammenarbeit mit *medialepfade.de* „Canvas City“, ein geodatenbasiertes Spiel unter Einbeziehung von Augmented Reality. Die Erprobung dieses spielerischen Ansatzes der politischen Jugendbildung mit jungen Leuten steht corona-bedingt noch aus.

Methoden und Formate

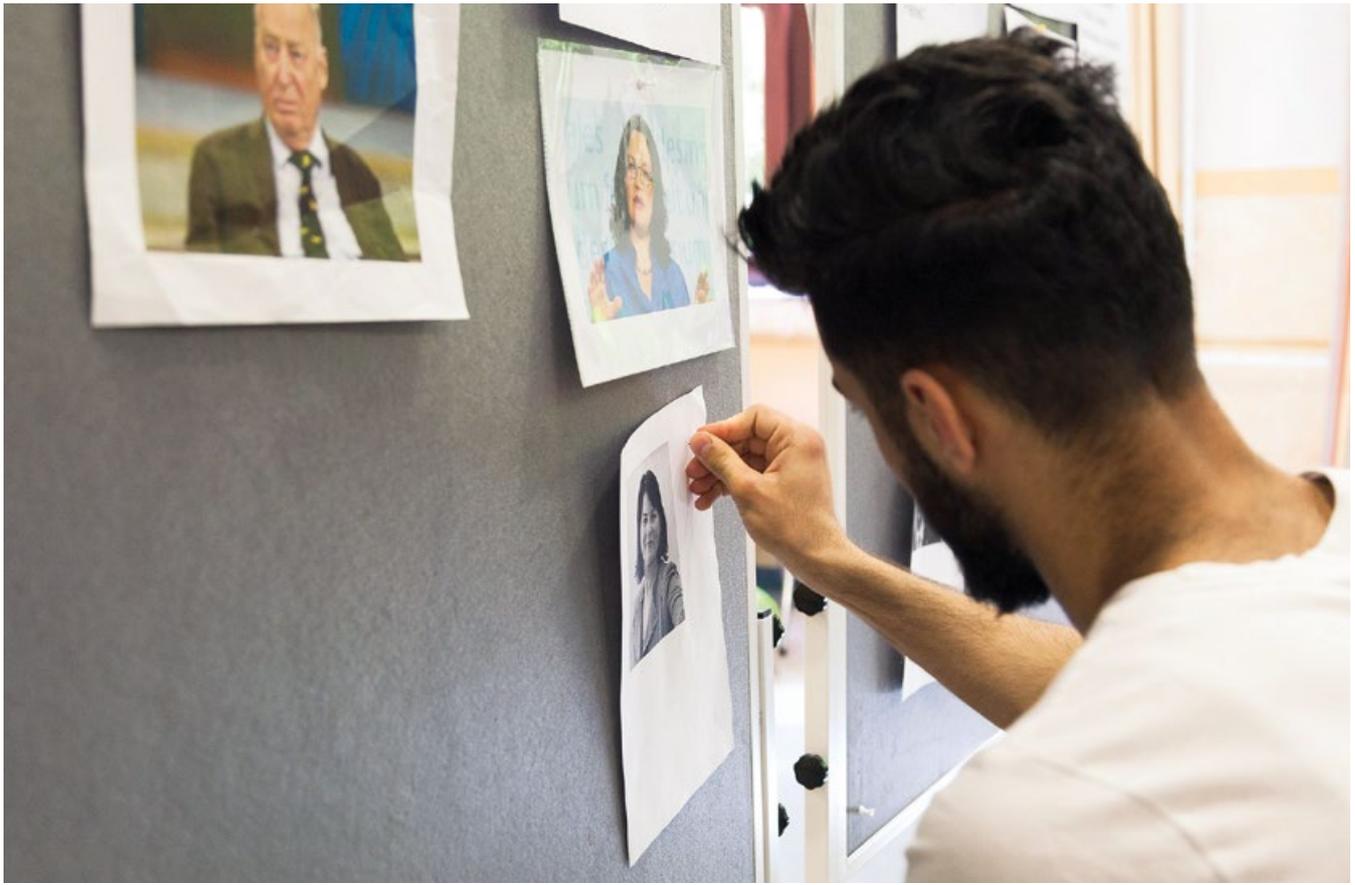
Cyber-Space und Internet sind die globalen Experimentierstufen des 21. Jahrhunderts. Die Betonung methodischer Überlegungen in der Arbeit der Fachgruppe kann darum nicht wirklich überraschen und ist auch keineswegs nur den Pandemiefolgen

geschuldet. Der Fachgruppe war dabei von Anfang an klar, dass die Debatte über diese Entwicklungen nicht im leeren (Cyber) Raum stattfindet, sondern dass es dabei um sehr reale Probleme beim Umgang mit digitalen Medien und beim Empowerment für die digitale Gesellschaft geht. Soziale Ausgrenzung und Klassismus als Integrationshemmnisse, die in anderen Fachgruppen thematisiert wurden, lassen sich im Fall der digitalen Medien unschwer auf den Besitz und den Zugang zu digitalen Endgeräten, auf Internet-Bandbreiten und andere Hardware-Defizite zuspitzen.

Im fachlichen Austausch der Fachgruppe wurden solche Probleme angesprochen und im Blick auf eine gelingende politische Jugendbildung bewertet. Wege werden aufgezeigt, durch spezifische methodische Angebote Inklusion zu ermöglichen und digitale Diskriminierungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Deutlich wird aber, dass die Eröffnung digitaler Teilhabe auch eine politische Aufgabe darstellt, die Maßnahmen der politischen Jugendbildung vorausgehen muss. BarCamps, die von der Fachgruppe erfolgreich in die Bildungsarbeit integriert und in Online-Formate übersetzt wurden, stellen eine wichtige methodische Maßnahme zur Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Inklusion der Teilnehmer*innen dar. Bei der Vermittlung von politischen Werten und Haltungen in der Jugendbildung stellen sie einen gangbaren Weg neben anderen dar. Der Weg zu einer demokratischen digitalen Gesellschaft führt immer über das digitale Empowerment der Beteiligten.

Unübersehbar ist die Bedeutung, die die Fachgruppe der spielerischen Hinführung an politische Bildungsinhalte beimisst. Rollenspiele im Lernsetting der Dystopie oder als Übernahme fremder Identitäten im Filmprojekt *Adamstown*, Escape Games oder das geodatenbasierte Augmented Reality-Spiel *Canvas City*, Online-Spiele wie *kahoot* oder *sketchy games*, die Erschaffung virtueller Räume mit *MineTest* oder Gaming-Ansätze – die Liste der erprobten Spielformen in den vergangenen sechs Jahren ist lang und wird durch App-basierte Spiele wie *Actionbound*, den Anschluss an die Gamer*innen-Szene und durch eigene Entwicklungen und selbst programmierte Online-Angebote wie *Archio-Space* in den nächsten Jahren weiter wachsen. Ist die hybride Vermittlung politischer Bildungsziele in spielerischer Weise zu Beginn der Programmlaufzeit noch ein Versuchsballon, so hat sich die Verbindung zwischen Spiel und politischer Bildung in der Fachgruppe inzwischen fest etabliert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bildungsarbeit liegt auf der Arbeit mit Film- und Foto-Kamera. Die Produktion von Video-Clips, Kurzfilmen oder Fotofilmen trägt auch den Interessen der jungen Teilnehmer*innen Rechnung, für die YouTube längst zu einem Leitmedium geworden ist. Im Rahmen inklusiver Filmprojekte machen die Teilnehmer*innen Erfahrungen mit Kamera-, Licht- und Tontechnik, sie befassen sich mit Fragen des Urheberrechts im Netz und der Produktion von Fake News, und sie nehmen sich als selbstbestimmte kreative junge Menschen wahr. Hier wie an anderer Stelle zeigen sich die Stärken der neuen medialen und virtuellen Angebote, flexibel, interaktiv und inklusiv mit der Zielgruppe arbeiten zu können. Dieses Potenzial wird die politische Jugendbildung in den kommenden Jahren heben müssen, ungeachtet des Fortgangs der Pandemie oder anderer externer Einflüsse. ■



Fachgruppe „Flucht und Migration“ Inklusion in der Migrationsgesellschaft stärken und leben

Seit vielen Jahren gestalten in Deutschland Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte gemeinsam Gesellschaft. Die Begleitung einer großen Zahl von Zugewanderten unterschiedlicher Herkunft in die hiesige Gesellschaft – ihre Unterstützung beim Ankommen im Alltag, das Verstehen, wie hier verwaltungstechnische und politische Prozesse funktionieren und die Entwicklung von Selbstwirksamkeit – zählt seit langem zu einer der wichtigsten Aufgaben der politischen Bildung. Nicht erst die großen Fluchtbewegungen der letzten Jahre haben Deutschland zu einer Migrationsgesellschaft gemacht. Mit der Zuwanderung von Menschen aus unterschiedlichen Regionen dieser Welt ist aber das Bewusstsein dafür gewachsen, dass die Aufforderung zum Anschluss an ein politisches und gesellschaftliches Modell und zur Übernahme von Werten und Narrativen der Aufnahmegesellschaft Inklusion verhindern und zugleich die Grundlage für Diskriminierung und die Reproduktion von Ungleichverhältnissen bilden kann. Die Migrationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts muss es sich zum Ziel machen, die gleichberechtigte Teilhabe aller zu erreichen, um Inklusion zu verwirklichen.

Themenschwerpunkte und konzeptionelle Entwicklung

Mit dieser grundsätzlichen Überlegung startete die Fachgruppe „Flucht und Migration“ in das sechsjährige Programm, das unter der Frage stand, wie Inklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte gelingen kann und was damit überhaupt gemeint und verbunden ist. Die Fachgruppe hebt dabei hervor, dass in einer Migrationsgesellschaft die Anerkennung von Anders- und Verschiedenartigkeiten die Voraussetzung für das Gelingen demokratischer Prozesse darstellt. Die politische Bildung muss Menschen mit Migrationsgeschichte eine Stimme geben und die Gesellschaft dazu befähigen, das „Andere“ eines (post)migrantischen Lebens nicht nur zu „ertragen“, sondern in seiner Unbestimmtheit als Ausgangspunkt für ein inklusives und partizipatives gesellschaftliches Miteinander zu sehen und damit die Voraussetzung für „Empowerment“ zu schaffen. Empowerment aber darf nicht bei der Beteiligung von geflüchteten Menschen am Diskurs enden – so wichtig diese auch ist. Genauso wichtig ist die Befähigung der Gesellschaft zur Bewältigung von Konflikten und zu einem ebenso kooperativen wie konstruktiven Umgang mit Spannungsverhältnissen.

Für die Jugendbildungsreferent*innen in der Fachgruppe verbindet sich mit dieser Erkenntnis die Aufgabe, in ihren Veranstaltungen nicht Integrationsforderungen und die Übernahme hiesiger Narrative durch Menschen mit Migrationsgeschichte zu vertreten, sondern Räume für Teilhabe zu schaffen, in denen geflüchtete Jugendliche selbst zu Wort kommen. Dies setzt die kritische Reflexion vertrauter politisch-gesellschaftlicher Wissensbestände ebenso voraus wie eine große Behutsamkeit im Umgang mit Sprache und Ausdrucksformen. Ohne die Bereitschaft, kulturelle Traditionen und individuelle Anschauungen von zugewanderten Menschen als gleichrangigen Bestandteil der Kultur der deutschen Migrationsgesellschaft neben den Perspektiven und Erzählungen der bereits hier Lebenden zu begreifen, bleibt das Ziel einer inklusiven politischen Jugendbildung eine Utopie. Die Zuordnung von Menschen mit Migrationsgeschichte zu einem wie auch immer definierten Kollektiv und die Ausrichtung auf eine singuläre Identität laufen Gefahr, die Illusion einer Integration zu schaffen, die nichts mit Inklusion gemein hat. Politischer Bildung muss es aber darum gehen, so formuliert es die Fachgruppe, „als Vermittlungsinstanz durch das Praktizieren kritischen Denkens und Hinterfragens von vermeintlichen kulturellen Selbstverständlichkeiten zwischen dem Spannungsverhältnis eines anthropologischen Zugehörigkeitsbedürfnisses und einem Streben nach Autonomie zu vermitteln.“ Dieses Postulat bildete den Ansporn der Arbeit der Fachgruppe in der aktuellen Laufzeit des Programms und ist wegweisend, um Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft inklusiv zu gestalten und mit Leben zu füllen.

Aus dieser Haltung heraus und aufgrund einer Vielzahl muslimfeindlicher Vorfälle setzte sich die Fachgruppe intensiv mit der Diskriminierung muslimischer oder als muslimisch gelesener Menschen auseinander. Dabei ging es nicht nur darum, ein Zeichen gegen diese Form der Diskriminierung zu setzen. Vielmehr war es zentral, Konzepte zu entwickeln, um in der Bildungsarbeit gezielt gegen eine oft auf Religionen bezogene Form des alltäglichen Rassismus anzugehen.

Die Fachgruppe reflektiert aber auch, dass die Fokussierung auf anti-muslimischen Rassismus die Gefahr in sich trägt, selbst wieder zur Stereotypisierung beizutragen. Eine solche singuläre Identitätszuschreibung hat die Fachgruppe explizit als gefährliche Versuchung einer nur integrativ wirkenden politischen Bildung benannt. Die Einordnung von Menschen in vermeintlich religiöse Kategorien ist ebenso wenig stichhaltig wie jede andere Konstruktion einer homogenen Gruppe innerhalb einer Gesellschaft. Diskriminierung zielt demnach auch nicht auf die Konstruktion der/die „Andere“ mit seinen/ihren wie auch immer definierten Eigenschaften, sondern auf die Unterteilung der Gesellschaft in ein zweifelhaftes „Wir“ und ein ebenso zweifelhaftes „Sie“ (vgl. Broden 2012). Für die politische Bildungsarbeit ist es dennoch wichtig, diesen antimuslimischen Diskriminierungsdiskurs im Blick zu haben, dessen Konsequenz eine „Essentialisierung, Dichotomisierung und Hierarchisierung von Religionen und Kulturen“ (Shooman 2016) und damit nicht weniger als eine grundlegende Infragestellung der pluralistischen Demokratie ist.

Den Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe ist das Bewusstsein, in solchen Diskursen nicht neutral sein zu dürfen, wichtig. Demokratie ist nicht verhandelbar, und ebenso wenig sind es die Grundlagen der Demokratie, die zu vermitteln eine wesentliche Aufgabe einer politischen und demokratischen Bildungsarbeit ist. Dafür muss sie Lern- und Bildungsorte anbieten, in denen junge Menschen unterschiedlicher Herkunft und Prägungen Lebensperspektiven entwickeln und ein inklusives Miteinander erfahren können, in dem für Rassismus und Diskriminierung kein Platz ist.

Mit diesem demokratischen Grundverständnis widmete sich die Fachgruppe der Aufgabe, antimuslimischen Rassismus in Veranstaltungen zu thematisieren und die Teilnehmer*innen stark zu machen, gegen diesen einzutreten. Ein wichtiger Baustein ist es dabei, die Vielfalt der Migrationsgesellschaft in der politischen Bildungsarbeit abzubilden. Dies erreichte die Fachgruppe durch die Erhöhung der Zahl von Trainer*innen mit Migrationsgeschichte, durch die Zusammenführung von Multiplikator*innen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen, Lebensweltbezügen und persönlichkeitsprägenden Narrativen. Sowohl in den Angeboten als auch in den Diskussionen der Fachgruppe „Flucht und Migration“ spielt dieses Empowerment von Personen mit und ohne Migrationsgeschichte zur aktiven Gestaltung einer rassismuskritischen Bildungsarbeit eine entscheidende Rolle, die folgerichtig fortan in der Formatentwicklung berücksichtigt wurde.

In den Diskussionen der Fachgruppe ging es auch um die Parallelisierung der Diskriminierungserfahrungen von Muslim*innen und Ostdeutschen, wie sie in einer aktuellen empirischen Studie vorgenommen wurde (vgl. DeZIM 2019). Die bundesweit aktive und die Grenzen zwischen Westen und Osten überwindende Fachgruppe setzte sich das Ziel, ungleichgewichtige Machtverhältnisse auch in der postmigrantischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zum Thema ihrer politischen Bildungsarbeit zu machen.

Ziel war es dabei, Platz zu schaffen für neue Perspektiven in der außerschulischen politischen Bildung, viele unterschiedliche Geschichten zu erzählen, viele unterschiedliche Menschen in der politischen Bildung zu empowern und neue und andere Perspektiven zuzulassen. In den Veranstaltungen und Fortbildungen der Träger wurde Raum zur Vernetzung und zum Austausch gegeben,



insbesondere für junge politische Bildner*innen mit eigenen Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus. Themen und Erfahrungen im Kontext von Migration und Flucht konnten so mit Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Macht verknüpft und reflektiert werden.

Auch die konzeptionelle Weiterentwicklung in der Fachgruppe setzte sich stetig fort. Ganz wesentlich ist dabei die Verortung der politischen Jugendbildung und ihrer Vertreter*innen in einer sich verändernden Gesellschaft, in der vertraute Gewissheiten und Setzungen an Bedeutung verlieren. Die Forderung nach einer antirassistischen und diskriminierungssensiblen Haltung in der politischen Bildung ist seit vielen Jahren präsent, aber bis heute nicht umfänglich eingelöst. Das spiegelt sich in der Forderung, in der politischen Bildung die Lebenswelten und -wirklichkeiten von vielen unterschiedlichen Menschen aus unterschiedlichen familiären und kulturellen Kontexten zu repräsentieren, viele unterschiedliche „stories“ zu hören. Formate der politischen Bildung bedarfsorientiert zu gestalten, den Teilnehmenden nicht nur eine Stimme, sondern auch das Bestimmen über Inhalte anzuvertrauen, sie zu Expert*innen zu machen und als Expert*innen anzuerkennen, sind Appelle, die aus dieser selbstreflexiven Arbeit hervorgehen. Partizipation und Empowerment, Selbstwirksamkeit und Professionalität müssen bei der Aktivierung von Menschen mit Migrationsgeschichte, von postmigrantischen Gruppen oder People of Color zusammengedacht werden. Das Hinterfragen von Hierarchien und das „Räumen“ von Führungspositionen bedeutet aber nicht, wie die Jugendbildungsreferent*innen betonen, das „Abräumen“ von Grundsätzen, Werten und damit verbundenen Bildungszielen. Menschenrechtsorientierte Grundsätze in der Jugendarbeit und Menschenrechtsbildung als Teil der politischen Jugendbildung werden in ihre Bedeutung in der Arbeit der

beteiligten Träger wie überhaupt als Grundlagen der außerschulischen politischen Bildungsarbeit immer weiter gestärkt.

Diese und weitere Überlegungen fanden Eingang in die Zentrale Arbeitstagung (ZAT) im Programm „Politische Jugendbildung des AdB“, die Ende Februar 2020 federführend von der Fachgruppe „Flucht und Migration“ gestaltet wurde. Das Ziel der ZAT war es, diskriminierungskritische Perspektiven im Blick auf die eigene Arbeit zu entwickeln, respektive zu vertiefen, wobei die Kritik der eingeladenen Referentin an rassistischen Elementen im deutschen Bildungssystem durchaus auch Irritationen bei den Jugendbildungsreferent*innen erzeugte.

Dass die thematischen Überschneidungen der Fachgruppenarbeit und die Zusammenarbeit der Fachgruppen untereinander unmittelbar nach dieser Veranstaltung durch die Corona-Pandemie ausgebremsst wurden, kann nur als Verlust für das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ gesehen werden. Zugleich aber gab die Pandemie-Zeit den theoretischen Überlegungen auch manchen höchst pragmatischen „Schubs“ bei der Wahrnehmung von Beteiligungsdefiziten und Diskriminierungserfahrungen im Feld der außerschulischen politischen Jugendbildung. Hierzu beigetragen haben auch die Jahresthemen 2021 und 2022 des AdB, die Rassismuskritik in den Mittelpunkt stellen sowie der Beginn eines Prozesses zur diversitätsorientierten Organisationsentwicklung im Verband.

Nach Beginn der Corona-Pandemie reflektierte die Fachgruppe anschaulich, wie in der Pandemie auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen der deutschen Dominanzgesellschaft Zusammenhänge zwischen der gelesenen Herkunft von (migrantischen) Minderheiten und dem Wirken des Virus konstruiert und bereitwillig weitergegeben wurden. Der postkoloniale, rassistische und exkludierende Charakter solcher Zuschreibungen

4

Fragen an **Theresa Slaghekke** Bildungsreferentin

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland
in Papenburg e.V.



Bitte nenne uns ein Projekt oder Thema, das für dich in den vergangenen Jahren besonders wichtig war. Was macht es zu etwas Besonderem?

Ein besonderer Fokus in der Seminararbeit lag auf den Arbeits- und Lebensperspektiven junger Erwachsener. Spätestens nach dem Schulabschluss befasst man sich mit der Frage, was man werden möchte. Zu kurz kommt allerdings eine eigene Definition von „guter Arbeit“. Welche Werte sind mir wichtig? Welche Vorstellungen von Arbeit habe ich? Was soll auf keinen Fall passieren oder vorzufinden sein? Was sind meine Bedürfnisse?

Wenn man mit Jugendlichen darüber in den Austausch geht, nennen sie oftmals new work-Ansätze: Persönliche Entfaltung, Work-Life-Balance, sinnstiftende, abwechslungsreiche Arbeit, Flexibilität und ein hohes Gehalt. Dieser Wandel der Arbeitswelt sieht kontinuierliche Innovation vor, um Lohnarbeit nicht mehr als nur das zu begreifen, was es bislang überwiegend darstellte, nämlich ein Muss zur Existenzsicherung. Damit der Arbeitsmarkt auf diese Anforderungen reagieren kann, braucht es einen inneren roten Faden des Individuums, das Wissen darüber, wie wir zukünftig arbeiten wollen. Diese Auseinandersetzung ist wichtig, um Einfluss auf Feedbackkulturen, Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und Beteiligungen – um einige Aspekte zu nennen – zu nehmen. Dadurch können unter Umständen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und Machtstrukturen aufgebrochen werden und negative Folgen der

Erwerbsarbeit wie bspw. Erkrankungen reduziert werden. Mit der neuen Generation, die zukünftig auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen wird, kommen also neue Herausforderungen und Chancen, Bedürfnisse und Forderungen auf uns zu.

Hat sich deine Bildungsarbeit durch die Zusammenarbeit im Programm verändert? Und wenn ja, auf welche Weise?

Ich durfte glücklicherweise fast parallel zu meinem Berufseinstieg im Programm mitwirken. Dies bedeutete für mich Ratschläge, Sichtweisen, Inspirationen und Hilfe von den Kolleg*innen der Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektiven“ und darüber hinaus zu erfragen und zu erhalten. Dieser (fachliche) Austausch fließen in mein Tun in meinem Arbeitsalltag mit ein. Genauer gesagt hat man immer wieder eine Perspektive von „außen“ auf die Dinge, denn häufig bringt man eh schon eigene Themen mit und kann sich dadurch nochmal neuen Themen annehmen oder sich hinsichtlich geplanter Vorhaben „absichern“.

Welchen Rat möchtest du deinen Kolleg*innen mitgeben, die in der kommenden Programmphase aktiv sein werden?

Ich denke, die Schwerpunkte in der kommenden Programmphase bieten die Möglichkeit, die (zukünftigen) Themen und all die Herausforderungen und Chancen aufzugreifen, mit denen sich die jungen

Erwachsenen auseinandersetzen (müssen). Wir können junge Erwachsene dabei unterstützen und ermutigen, Lösungen zu finden, Handlungssicherheit zu erlangen, Dinge kritisch zu hinterfragen u.v.m. Wichtig ist hierbei meines Erachtens, Zuversicht und Mut zu vermitteln. Zuversicht, um positiver(e) Zukunftsprognosen zu erhalten, damit man nicht dem Fatalismus verfällt. Mut aufzubringen, Krisen als gesellschaftliche Aufgabe zu verstehen und aktiv zu werden. Wir können dabei in unserer Rolle den Teilnehmenden Gehör verschaffen und die Möglichkeit bieten, mitzuwirken und zu gestalten – etwas, das insbesondere in der letzten Zeit mit all ihren Krisen zu kurz kam. Vielleicht kann das weniger als Rat, dafür mehr als Erinnerung interpretiert werden.

Gibt es etwas, was du dir gewünscht hättest, das aber bisher nicht realisiert werden konnte?

Ich hätte gerne noch mehr Methoden- und Wissensaustausch, z. B. in Form von Fortbildungen, unternommen – aber vielleicht bietet sich das noch zukünftig an.

www.hoeb.de



ist nach zwei Jahren Pandemieerfahrung schwerlich zu leugnen. Was aber bedeutet das für die politische Jugendbildung? Die Fachgruppe macht deutlich, dass auch und gerade in Krisenzeiten der Wert und die Notwendigkeit politischer Bildung darin liegt, der Diskriminierung der „Anderen“ durch das Zulassen und Ermutigen postmigrantischer Perspektiven und das Offenhalten von Räumen für Geschichten, Empfindungen und den Austausch entgegenzuwirken. Anti-Bias-Ansätze in Bildungsveranstaltungen, inklusive Seminargestaltung oder immer wieder auch die Kooperation mit Partner*innen aus der formalen Bildung sind wichtige Bausteine, um nationalistischen und diskriminierenden Strömungen entgegenzuwirken.

Die Pandemie markiert auch 2021 das Gravizentrum der Arbeit bei den verschiedenen Trägern der Fachgruppe. Neben unvermeidlichen und – bei aller Mühe – auch zukunftsorientierten Maßnahmen, die in diesem Kontext ergriffen wurden, ging es auch um Reflexion und Bewertung der im Programmverlauf entwickelten Ideen und Umsetzungen einer rassismuskritischen und diversitätsoffenen politischen Jugendbildung. Deutlich wird dabei, wie wichtig die Überprüfung der eigenen Haltung und die Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen beim Bemühen um eine inklusive politische Bildung sind. Als hilfreiches Werkzeug auf dem Weg dahin benennt die Fachgruppe den Ansatz der *Diversitätssensiblen Organisationsentwicklung* (DO) (vgl. RAA 2017). Neben der Identifizierung von Zugangsbarrieren geht es dabei insbesondere auch um die Förderung der Fähigkeiten und Potenziale der Mitarbeitenden bei den Trägern. Die Fachgruppe nennt Schritte auf diesem Weg in den Mitgliedseinrichtungen und geht kritisch auf Probleme bei der Umsetzung ein. Unübersehbar ist dabei die Diskrepanz, dass DO zwar in der Praxis der politischen Bildung der Träger häufig zum Ausdruck kommt, dass sie aber nicht immer im selben Maße nach innen in die Träger hineinwirkt. DO beim Träger umzusetzen bedeutet dabei auch immer die Teilung und Abgabe von Macht. Privilegien und lange als „normal“ erachtete Strukturen müssen verändert werden, um Nachteile von marginalisierten Gruppen abzubauen oder auszugleichen. Das Empowerment und die Erweiterung der gesellschaftlichen Teilhabe der vermeintlich „Anderen“ bedeutet auch eine neue Form der Kommunikation für alle Leitenden und Mitarbeitenden bei den Trägern und eine Kultur der Zusammenarbeit, die das erlernte Verhalten immer von neuem auf den Prüfstand stellt.

In der Rückschau auf sechs Jahre Zusammenarbeit im Programm wird deutlich, wie sich die Perspektive der Fachgruppe „Flucht und Migration“ nicht zuletzt in Folge der Pandemieerfahrung verändert hat. Dazu hat die Auseinandersetzung mit den Fluchtbewegungen von 2015/2016 in der alltäglichen Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen sicher ebenso beigetragen wie die Erweiterung des gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurses über Flucht und Migration und die Folgen für die Gesellschaft in den Folgejahren.

Zur Praxis politischer Jugendbildung in der inklusiven Migrationsgesellschaft

Geflüchtete Jugendliche zu aktiven Mitgestalter*innen einer inklusiven politischen Jugendarbeit zu machen, welche der Vielfalt der Migrationsgesellschaft gerecht wird – dies war das Anliegen einer Vielzahl von Praxisprojekten der Fachgruppe. Die *Alte Feuerwache e.V.*, *Jugendbildungsstätte Kaubstraße* lud im Seminar „Misto aljan!“ Multiplikator*innen und Quereinsteiger*innen aus den Roma- oder Sinti-Gemeinschaften der Hauptstadt ein, sich zu Trainer*innen für Seminare zu Gadjé-Rassismus¹ fortzubilden. Die Teilnehmer*innen sollten so an für sie sonst kaum zugänglichen Bildungs-Ressourcen beteiligt werden. Das schloss unvermeidlich die Hinterfragung der Rolle und der Machtposition der „alten“ Trainer*innen mit ein. Neben der Einübung von Methoden

¹ Damit wird die Form des Rassismus bezeichnet, die von Nicht-Rom_nja gegen Rom_nja ausgeübt wird.

und dem Kennenlernen von Inhalten politischer Bildung ging es ganz gezielt um die Stärkung der Selbstwahrnehmung der Teilnehmer*innen, um die Wertschätzung für das, was sie existentiell ausmacht mit ihren je eigenen individuellen Geschichten. In ähnlicher Weise zielte „Let’s organize education!“ von *dock europe e.V. – Internationales Bildungszentrum* auf die Ausbildung von BIPOC (Black, Indigenous, People of Color) zu Trainer*innen der politischen Jugendbildung. Die Konfrontation mit Fragen von Flucht, Migration und Alltagsrassismus kann nur unter gleichberechtigter Beteiligung der Betroffenen erfolgen. Das Seminar setzte sich darum die Aufgabe, gegen die gesellschaftliche Unterrepräsentation von BIPOC anzugehen und dabei auch die eigene institutionelle Situation zu reflektieren. Über die Beschäftigung mit der Theorie politischer Bildung gelangten die Teilnehmenden so schnell zu ersten Praxisprojekten in Einrichtungen der Jugendhilfe oder in Schulen. In Fortbildungsseminaren und mit Hilfe von Interventionsgruppen werden die neu gewonnenen Trainer*innen auch weiterhin bei ihren Einsätzen in der politischen Bildungslandschaft begleitet und zur Überprüfung und Weitergabe ihrer Erfahrungen in der diskriminierungskritischen Bildungsarbeit ermutigt.

Neben dem individuellen Empowerment der jungen Teilnehmer*innen standen auch die Erfahrung mit und das Aushalten von Diversität im Zentrum der Angebote politischer Jugendbildung für junge Menschen und Multiplikator*innen. Eine Fachkräftebegegnung mit ihrer Partnerorganisation *ANTIGONE* in Thessaloniki in Griechenland organisierte die *Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.* Dabei wurde die historische Vielfalt der Hafenstadt im Norden des Landes wirkungsvoll mit der Unterstützung geflüchteter Menschen und der Antidiskriminierungs-Arbeit verschiedener NGOs kontrastiert. Über politische Bildung Bewusstsein und Empathie zu schaffen, war auch das Ziel eines Projektes des *Bildungswerks der Humanistischen Union e.V.* mit der *Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“* (EJBW). Junge Menschen, die meisten von ihnen mit Fluchterfahrung, befassten sich an unterschiedlichen Orten der deutschen und insbesondere der NS-Geschichte mit Diktatur- und Demokratie-Erfahrungen. Es waren höchst bewegende Geschichten, mit denen sich die jungen Leute im Ruhrgebiet, in der ehemaligen *NS-Ordensburg Vogelsang IP* und vor allem in Weimar auseinandersetzten. Die Diskussionen unter den Teilnehmer*innen verliefen kontrovers und zeigte neben sprachlichen Verständnisschwierigkeiten auch kulturelle Differenzen auf. Solche unterschiedlichen Vorstellungen und Wertigkeiten

Ich bin sehr dankbar, Teil des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ zu sein. Sowohl persönlich, als auch fachlich bietet es eine hervorragende Gelegenheit, mit Kolleg*innen in bundesweitem Kontext in Austausch zu gehen. Dabei geht der Austausch weit über eine kollegiale Beratung hinaus. Ich empfinde jede Begegnung auf unseren gemeinsamen Tagungen und die damit verbundenen Einblicke in die Erfahrungswelt der anderen Jugendbildungsreferent*innen als großes Geschenk, das mich in meinem eigenen Alltag danach noch lange bereichert. Gleichzeitig fühle ich mich auch jedes Mal eingeladen, meine eigenen Erfahrungen zu teilen und dadurch auch ein Feedback für meine eigene Arbeit zu bekommen. Ganz besonders freue ich mich dabei über tolle Projektideen, die in diesem fruchtbaren Austausch entstehen und dann auch über die Distanzen der Bildungsstätten hinweg realisiert werden. Den größten und bedeutsamsten Vorteil, den ich aus dem Programm für mich ziehe, ist vor allem die Entschleunigung, die ich auf den gemeinsamen Tagungen erlebe, die diesen wertvollen Austausch erst möglich macht. In unserem Bildungsstättenalltag sind wir sehr schnell in einer Art Hamsterrad zwischen Vor-Nachbereitung und Durchführung der Seminare, sodass kaum Zeit und Raum für Austausch bleibt. Das Programm „Politische Jugendbildung“ schafft genau diese Pause ...“

Kerem Atasever

Alte Feuerwache e. V.,
Jugendbildungsstätte Kaubstraße,
Fachgruppe „Flucht und Migration“





auszuhalten, mit Sensibilität zu reagieren und dabei doch Stellung zu beziehen, erwies sich aus der Sicht der Organisator*innen der Veranstaltung als wichtige Erfahrung aus diesem Projekt. Es ging um Identität und Vielfalt, Erfahrungen von Diskriminierung und um die Reflexion der eigenen Position in der Gesellschaft, kurz: um Empowerment und die Stärkung von (Selbst)Vertrauen.

Das Zusammenkommen von geflüchteten Jugendlichen jenseits alltäglicher Zwänge stand 2019 auch im Mittelpunkt des Seminars „Frei#heit – Come as you are - #10“ (CAYA) der *Jugendbildungsstätte Kaubstraße e. V.* Die „10“ im Projekttitel stand dabei für das bereits zehnte „CAYA“-Seminar. Es ging um die Auseinandersetzung mit Fragen von Identität und Gesellschaft, wobei die individuellen Interpretationen des Freiheitsbegriffs aufgenommen, kontextualisiert sowie historisch eingeordnet wurden. Das Seminar orientiert sich damit eng an dem erörterten Postulat, in der politischen Jugendbildung, Lebenswelten und -wirklichkeiten von unterschiedlichen Menschen aus unterschiedlichen Kontexten wahrzunehmen und die Selbstwahrnehmung der Teilnehmer*innen durch das Anhören „ihrer“ Geschichten zu stärken. Hören stand auch im Mittelpunkt eines Workshops des *Gustav-Stresemann-Instituts in Niedersachsen e. V.* in Bad Bevensen. „Wie willst DU leben?“ war die Veranstaltung überschrieben, in der junge Menschen mit diversen Hintergründen zum Austausch über Demokratie, demokratische Werte und Menschenrechte ermutigt werden sollten. Es ging um Meinungen, Haltungen und Perspektiven für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft, die Diversität nicht nur erlebt, sondern ganz bewusst gemeinsam lebt – und, wie in diesem Fall, sogar musikalisch feiert.

„Impfen“ wollte die Fachgruppe im ersten Corona-Jahr 2020 die postmigrantische Gesellschaft gegen die Diskriminierung der „Anderen“ und gegen das Verschließen gegenüber ihren Geschichten und Empfindungen. Aber um diese „stories“ erzählen zu können, um sich hörbar zu machen, brauchen junge Zugewanderte Zugänge zum deutschen Bildungssystem. Ein Projekt der *Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg* in Kooperation mit der Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte des Kreises Schleswig-Flensburg zielte darauf ab, neu zugewanderten Familien im deutschen Bildungsdschungel Orientierung zu verschaffen. 12 Jugendliche unterschiedlicher Herkunft erstellten gemeinsam

Erklärfilme zu Bildungszugängen in Deutschland, integrativ und inklusiv und – dank der Expertise der Bildungsstätte – mit erheblicher praktischer Medienkompetenz. Dass das Projekt trotz Corona-Lockdowns erfolgreich abgeschlossen werden konnte und sogar über das Projektende hinaus weitere Wirkungen zeitigt, zeigt in erhellender Weise, wie relevant Vernetzung und der Gebrauch der digitalen Möglichkeiten für eine inklusive Bildungsarbeit sind. Die *Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg* nutzte zudem den pandemiebedingten Leerlauf und die dank Corona vorhandenen Fördermöglichkeiten zum Ausbau ihrer digitalen Angebote. Im neuen „Digital-

Labor“ der Einrichtung wurde mit jungen Geflüchteten eine Hörspielwerkstatt „Ankommen“ durchgeführt, die diesen zwischen Diskriminierung und Integration oszillierenden Begriff in Form eines Kurzhörspiels durchdeklinierte. Die Reflexion der Teilnehmenden über das eigene Selbstverständnis in einer immer noch fremden Umgebung wurde in eine künstlerische Collage umgesetzt, wobei die geflüchteten Jugendlichen als selbstbestimmte Gestalter*innen agierten. Die Erweiterung von Teilhabemöglichkeiten kann, wie die Praxisbeispiele aufzeigen, in vielerlei Formen und Bildungsformaten erfolgen.

Methoden und Formate

Insgesamt sind die Bildungsveranstaltungen der Fachgruppe „Flucht und Migration“ durch ein breites Spektrum an methodischen Herangehensweisen und Formaten gekennzeichnet. Breiten Raum nehmen dabei bewährte Formate der politischen Jugendbildung mit geflüchteten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte ein: Ausbildungsreihen mit modular gestalteten Seminaren und Workshops, Seminare in Verbindung mit Exkursionen und Bildungsreisen, Fachkräftebegegnungen mit Gesprächsangeboten, Präsentationen und Arbeitstreffen. Daneben wurde aber auch künstlerischen Ansätzen und den neuen digitalen Möglichkeiten breiter Raum in den Veranstaltungen der Träger eingeräumt. Die musikalische Umsetzung des Seminars Erarbeitete zu Kunst, die im Gedächtnis weiterwirkt, nicht anders als der Hip-Hop-Workshop zum Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft, der eng an der Lebenswelt der jugendlichen Teilnehmer*innen andockte. Mit der Stärkung von körperlicher und geistiger Resilienz durch Übungen zur Body Awareness wurde die Selbstermächtigung geflüchteter Jugendlicher vom inhaltlichen Verstehen auf die körperliche Erfahrung gehoben. Schüler*innen produzierten Filme zum Ankommen in der deutschen Verwaltungslandschaft. Gehört werden und sich hörbar, bemerkbar machen – das bildete den Subtext manches methodischen Experiments, das in politischen Bildungsveranstaltungen im Kontext von Flucht und Migration im Lauf der Programmlaufzeit durchgeführt wurde. ■

Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“ Auf dem Weg zu einem inklusiven und multiperspektivischen Erinnern

Auf eine Spurensuche im wortwörtlichen Sinne begibt sich die Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“. Mit dem Anliegen, Aus- und Nachwirkungen der Geschichte der deutschen Einwanderungsgesellschaft in den Blick zu nehmen, verbinden die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe das Ziel, Schritte hin zu einer inklusiven und multiperspektivischen Erinnerungskultur zu gehen. In Seminaren und Projekten zur Zeitgeschichte sollen neben thematischer Offenheit auch methodische Vielfalt und erweiterte Zugänge zur historisch-politischen Bildung ermöglicht und erprobt werden. Das ist in den Folgejahren in den Veranstaltungen der teilnehmenden Träger in umfassender Weise erfolgt. Inklusion und Teilhabe in einer von vielfältigen und sich häufig überlagernden historischen Erinnerungen geprägten postkolonialen Gesellschaft werden so gefördert.

Themenschwerpunkte und konzeptionelle Entwicklung

Am Anfang der inhaltlichen Überlegungen steht die Kritik an der vorherrschenden Art und Weise, deutsche (Kolonial-)Geschichte in Bildungsformaten zu thematisieren – sofern sie überhaupt eine Rolle spielt. Dies sei, so die Fachgruppe in Anlehnung an *Jule Bönkost* und *Josephine Apraku* (2016), mit der Gefahr behaftet, koloniales und rassistisches Denken in der aktuellen Bildungspraxis zu reproduzieren, nicht zuletzt durch die fehlende Reflexion geschichtlicher Entwicklungen in der politischen Bildung. Denn koloniale Bilder und Phantasien wirken auch heute noch auf Identitätskonstruktionen ein und nehmen damit auch Einfluss auf die politische Bildung.

Ausgehend von dieser Kritik an einer nicht hinreichend postkolonial verorteten Bildungspraxis konnte die Fachgruppe die Notwendigkeit einer Dekonstruktion eurozentristischer Geschichtsvorstellungen deutlich machen. Postkolonialität wird dabei in den konzeptionellen Überlegungen der Jugendbildungsreferent*innen in erster Linie als theoretisches Hilfsmittel zur Kritik kolonial geprägten Wissens und als Analyseinstrument für das Weiterwirken kolonialer und rassistischer Machtverhältnisse gedeutet.

Ausgangspunkt bilden dabei basale Fragen, die die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe zum Beginn ihrer Zusammenarbeit folgendermaßen formulierten: „Wo finden wir als politische Bildner*innen lokale Anknüpfungspunkte und aktuelle Bezüge für unsere Arbeit? Welche Verantwortung haben wir als politische Bildner*innen? Welche Themen sind relevant und mit welchen Methoden lassen sie sich am besten bearbeiten?“

Der lokale Bezug der Bildungsmaßnahmen, der sich bei der Umsetzung der theoretischen Überlegungen in die politische Bildungsarbeit der Fachgruppe als hilfreich für die Motivierung der jugendlichen Zielgruppen erwiesen hat, wurde in den Jahren der Zusammenarbeit bei der Frage nach Erinnerungsprozessen und nach dem gemeinsamen Erinnern beibehalten und bestärkt. Allerdings zeigt sich in der Bildungsarbeit auch, welche neuen und zusätzlichen Fragen das Ziel kollektiven, multiperspektivischen und inklusiven Erinnerns mit sich bringt. Das ist eine wichtige Erfahrung, denn jenseits der Erwartung, durch die Veränderung der Perspektive auf die Geschichte und die Zerschlagung gängiger Geschichtsbilder das Erinnern zu demokratisieren, stellt sich in einer postkolonialen Erinnerungskultur die Aufgabe, konkurrierende Erinnerungen und Deutungen der Geschichte auszuhandeln. Das gilt in besonderer Weise, wenn man den Anspruch der Inklusion beim Wort nimmt.

Die unabdingbare Notwendigkeit von Inklusion und Ermöglichung von Teilhabe als Aufgaben der politischen Bildung erweist sich in der Praxis der politischen Jugendbildung als eine Herausforderung – nicht nur für die politischen Bildner*innen, sondern auch für die Teilnehmenden der Seminare und Veranstaltungen. Das Umdenken bzw. die Neujustierung von Angeboten hin zu mehr Teilhabe und Inklusion muss bei allen Akteur*innen stattfinden. Einerseits fordert es Bereitschaft der Teilnehmenden, sich einzulassen und auf Themen und Methoden einzustellen. Von den politischen Bildner*innen erfordert es neben Bewusstsein und Sensibilität auch ein gehöriges Maß an Pragmatismus im Umgang mit der Zielgruppe. Die Offenheit für Fragestellungen, die nicht eingeplant, aber akut sind, und für gruppenspezifische Entwicklungen, die das Erreichen der gesetzten Ziele vorübergehend

in Frage stellen, sind in der außerschulischen politischen Bildung unabdingbar, im Kontext der Zusammenarbeit in der Fachgruppe aber besonders aktuell und herausfordernd.

Neben methodischen Fragen und der Befassung mit der intrinsischen Motivation der Teilnehmer*innen, die weiter unten thematisiert wird, wird die theoretische Reflexion kontinuierlich fortgeführt. Im Zentrum steht dabei die Beobachtung der Unfertigkeit der Geschichte, die in vielen Erinnerungen und Narrativen zutage tritt. Anknüpfend an *Walter Benjamins* Geschichtsbegriff betont die Fachgruppe die Fragmentiertheit und Unabgeschlossenheit des Vergangenen. Erinnerung meint danach immer die

von Menschen mit Migrationsgeschichte ihren Platz. Dies ist als Empowerment für diejenigen zu werten, deren Geschichte die Mehrheitsgesellschaft oft nicht interessiert und nicht zum allgemein anerkannten „Erinnerungskanon“ gehört.

Im Laufe der Fachgruppenarbeit stand eine Erweiterung der postkolonialen Perspektive im Raum. Der Idee eines „Multidirectional Memory“ (Rothberg 2009) folgend, wird postmigrantisches Wissen und Erinnern mit deutscher Geschichte verbunden. Ziel ist es, ein integriertes Erinnern zu ermöglichen, das einen anderen, veränderten Blick auf Erinnerung und Identität ermöglicht – weg von weitgehend eindimensionalem deutsch-westeuropäischem



Auseinandersetzung mit dem Fortwirken der Vergangenheit in der Gegenwart und nicht zuletzt die Bewahrung der Geschichten, die als Ausweis des Scheiterns oft im Dunkel der Erinnerung verschwinden. Die historisch-politische Bildung kann und sollte sich dieser „unerledigten Vergangenheit“, wie *Aleida Assmann* (2013) es bezeichnet, annehmen und dabei nicht nur zur Erinnerung an Vergessenes beitragen. Vielmehr sollte politische Bildung den Teilnehmenden dabei auch Räume der Partizipation anbieten: Jugendliche und junge Erwachsene können so nicht nur ihre eigenen Geschichten und die ihrer Umgebung und Herkunft kennenlernen, reflektieren und diskutieren. Diese werden vielmehr auch zu einem Ankerpunkt für politisches Bildungserleben. Sie tragen damit auch zu einer inklusiven Erinnerungskultur bei, die eine „Erinnerungslandschaft“ aus vielen widersprüchlichen und quer zueinanderstehenden Erinnerungen schafft (vgl. Lücke 2015). Hier finden dann auch ganz selbstverständlich die Erinnerungen

Erinnern zu einer Weitung des Blicks und Verstehens. Dieser Kontextualitätswandel von Erinnerungslandschaften und Narrativen ist, so die These der Fachgruppe, unerlässlich für eine inklusive Erinnerungsarbeit. Für die Teilnehmer*innen der Bildungsveranstaltungen bedeutet das, ihre häufig marginalisierten, individuellen und familiären Erinnerungen in die Auseinandersetzung mit anderen Geschichten und mit aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen einbringen zu können.

Wie Teilhabe und Selbstwirksamkeit im Umgang mit der Geschichte erfahrbar gemacht werden können, ist eine weitere übergreifende Fragestellung. Dafür begab sich die Fachgruppe im wörtlichen wie im übertragenen Sinne in den öffentlichen Raum und erschloss sich damit ein Feld für die historisch-politische Bildungsarbeit, das ihren jugendlichen Teilnehmenden vertraut ist und von diesen in umfassender Weise genutzt wird. In diesen öffentlichen Raum sind viele Geschichten eingeschrieben, die sich

allerdings in unterschiedlicher Weise zu erkennen geben. Bei der historisch-politischen Erschließung des öffentlichen Raumes können diese Geschichten „lesbar“ gemacht und die Frage gestellt werden, wer hier an wen oder was erinnert – oder eben auch nicht.

Besonders im Umgang mit Ereignissen der Zeitgeschichte identifizierte die Fachgruppe den öffentlichen Raum als Ort mit hohen Beteiligungschancen. Das Spektrum reicht dabei von der kurzfristigen aktiven Aneignung der Räume bis hin zur dauerhaften Gestaltung als Räume der Geschichtskultur, wobei immer ein hohes Maß an Partizipation realisiert werden kann. Exemplifiziert wurde diese unter anderem in einem Projekt von *Soziale Bildung e. V.* in Rostock zu den Pogromen gegen Asylbewerber*innen in Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992. Das Projekt basierte auf den „vitalen Erinnerungen“ der Teilnehmenden, ohne dass diese von Anfang an ihre eigene Geschichte zum Thema machen mussten. Dieses Projekt ist ein Beispiel dafür, wie die postkoloniale Perspektive einer von vielfältigen Erinnerungen geprägten migrantischen (Jugend-)Kultur dazu beiträgt, neue Formate und methodische Zugänge in der integrativen Erinnerungsarbeit zu erproben und zu entwickeln.

Ausgehend vom „Vielklang der öffentlichen Erinnerungen“, wie der Leitbegriff „Multidirectional Memory“ von der Fachgruppe sehr passend eingedeutscht wird, setzen sich die Jugendbildungsreferent*innen das Ziel, einen unterbelichteten Aspekt der Geschichte mit der aktivierenden Teilhabe von jungen Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen zu verbinden. Dass dabei grundsätzlich von „Menschen mit Andersfähigkeiten“ gesprochen wird, verweist auf einen intersektionalen Zugang bei der Umsetzung einer inklusiven Geschichtsarbeit. So soll die Beschäftigung mit den Patient*innenmorden im Nationalsozialismus nicht nur die Möglichkeit bieten, die in der Fachgruppe postulierte Veränderung der Perspektive auf die Geschichte fortzuführen und im postkolonialen Sinne konkurrierende Erinnerungen und Geschichten zu integrieren. Es geht vielmehr auch darum, den Teilnehmenden einen Zugang zu alternativen Erinnerungskulturen zu eröffnen, bei dem die lange stigmatisierten und diskriminierten „Andersfähigen“ selbst als Akteur*innen der politischen Bildung aktiv werden.

Die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie bestärkte die Fachgruppe noch einmal auf neue Weise, den Weg zu einer wirklich inklusiven Erinnerungskultur weiter zu beschreiten. Neben den bereits erörterten methodischen Fragen und Ansätzen der politischen Bildung ist ein weiterer Diskussionspunkt zu erwähnen, der an dieser „Corona-Wegmarke“ in den Fokus der Fachgruppe

Durch das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ hatte ich die Chance, den Schwerpunkt Erinnerungskultur und Teilhabe im aktuellen forum e. V. weiter auszubauen und das Projekt „Lost Stories Lost Places“ durchzuführen. Ich habe mich verstärkt mit der inklusiven Erinnerungskultur beschäftigt. Gemeinsam im Team haben wir während des Projektes gesellschaftliche Entwicklungen zunehmend sensibler vor dem Hintergrund historischer Ereignisse betrachtet. Gemeinsam haben wir eine Definition der Inklusiven Erinnerungskultur erarbeitet. Inklusiv Erinnerungskultur ist für uns die nachhaltige Auseinandersetzung mit den (auch jüngsten, individuellen) Geschichte(n), zur Entgegnung von Rassismus, Militarismus, Sexismus und Diskriminierung jeder religiösen Weltanschauung. Dabei ist für uns entscheidend, alle Menschen mit oder ohne Zugangs-, Teilhabe- und Selbstbestimmungserschwernissen zu erreichen. Durch unser Projekt rückten zunehmend aktivierende Methoden unter Rückgriff auf digitale Medien in den Fokus. Dazu zählen das Anlegen von Geocaches, das Gestalten von Actionbounds und die Installation von Escape Games. Während der Corona Pandemie haben wir gemeinsam mit anderen Jugendbildungsreferent*innen unserer Fachgruppe unsere aktivierenden Methoden weiterentwickelt und uns fachlich ausgetauscht. Die Möglichkeit des Netzwerkes mit anderen Jugendbildungsreferent*innen auch außerhalb der eigenen Fachgruppe ist im Programm eine persönliche Bereicherung.“

Verena Reichmann

Bildungsreferentin, aktuelles forum e. V.
Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“



4

Fragen an **Olan Scott Pinto** Bildungsreferentin

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH



Bitte nenne uns ein Projekt oder Thema, das für dich in den vergangenen Jahren besonders wichtig war. Was macht es zu etwas Besonderem?

Besonders wichtig war in den vergangenen Jahren das Projekt „ColonialFootprints“, bei dem es darum ging, mit unterschiedlichen Jugendgruppen zu kolonialen Spuren im Stadtraum zu arbeiten. In den Workshops setzten wir uns zum einen mit kolonialengagierten Akteuer*innen aus Bremen auseinander und machten sichtbar, wie sich die Geschichte in den Stadtraum eingeschrieben hat. Zum anderen reflektierten wir, wie sich kolonialrassistische Strukturen noch heute auswirken. Die Rückmeldung der Teilnehmenden fiel sehr positiv aus, da sie durch die Verbindung in den Stadtraum eine direkte Verknüpfung zu ihrer Wohnumgebung ziehen konnten. Darüber hinaus meldeten sie zurück, dass die angesprochenen Themen im Schulunterricht kaum oder gar nicht behandelt werden und sie daher viel neues Wissen mitnehmen konnten. Ihr Blick, wenn sie sich durch die Stadt bewegen, hat sich durch das Projekt verändert. Im Projekt beteiligten sich viele junge Menschen ehrenamtlich und setzten sich für einen Wandel der Erinnerungskultur an die Kolonialzeit ein.

Das Projektergebnis ist eine gleichnamige App, die im App-Store kostenlos für alle Interessierten zugänglich ist. Es ist möglich, selbstständig postkoloniale Orte

aufzusuchen und mehr über ihre Geschichte zu erfahren oder durch Push-Nachrichten an die Nähe zu einem postkolonialen Ort erinnert zu werden. Die App soll in den nächsten Jahren durch weitere Projekte immer weiterwachsen und mit weiteren Orten gefüllt werden.

Hat sich deine Bildungsarbeit durch die Zusammenarbeit im Programm verändert? Und wenn ja, auf welche Weise?

Es war sehr wertvoll, auf Wissen und Erfahrung der Kolleg*innen zurückgreifen zu können. Der regelmäßige Austausch in der Fachgruppe „Erinnerung und Teilhabe“ ermöglichte das Kennenlernen unterschiedlicher Bildungsansätze, die ich für meine eigene Arbeit nutzen konnte: Das sind zum einen konkrete, praktische Methoden, die ich für meine eigene Arbeit übernehmen konnte und zum anderen die eigene Haltung, die durch kritische Diskussionen und solidarische Kritik beeinflusst wurde.

Welchen Rat möchtest du deinen Kolleg*innen mitgeben, die in der kommenden Programmphase aktiv sein werden?

Die Zeit ausnutzen, gemeinsame Projekte mit Kolleg*innen bundesweit durchzuführen. Verschiedenes Erfahrungswissen, unterschiedliche Herangehensweisen und

Arbeitskontexte ergeben tolle Synergieeffekte!

Gibt es etwas, was du dir gewünscht hättest, das aber bisher nicht realisiert werden konnte?

Die Zeit ging am Ende doch schneller vorbei als gedacht. Wir konnten als Fachgruppe eine gemeinsame Tagung organisieren und durchführen. Ich hätte rückblickend jedoch gerne noch mehr bilaterale Kooperationen und Bildungsprojekte mit den Kolleg*innen realisiert.

www.lidicehaus.de



trat: die Rolle von Emotionen in der historisch-politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen. Dass ein Gedenkstättenbesuch eine Annäherung an das Thema Euthanasie darstellt, der neben der Reflexion der eigenen Verortung in dieser Geschichte das Nachdenken über alltägliche Stigmatisierungen erzwingt, ist dabei nicht neu. Dies allerdings in unmittelbarem Kontakt mit Menschen zu erleben, die selbst mit großer Wahrscheinlichkeit während der NS-Zeit Opfer von Verfolgung geworden wären, bedeutet eine zusätzliche emotionale Berührung für die Teilnehmer*innen. Die Fachgruppe diskutiert diese Problematik mit Verweis auf das Überwältigungsverbot des *Beutelsbacher Konsenses* und verweist mit *Matthias Heyl* (2013) auf die Notwendigkeit der kontinuierlichen Selbstreflexion aller Beteiligten über diese Erfahrung der empathischen Annäherung an einen marginalisierten Aspekt der deutschen Erinnerungskultur.

Dieses Aufbrechen dominanter Geschichtserzählungen, das in den Jahren der Zusammenarbeit in der Fachgruppe entwickelt und kontinuierlich weitergedacht wurde, fand eine besondere Resonanz in einer im Oktober 2021 online von der Fachgruppe gemeinsam ausgerichteten Fachtagung zum Thema „Ausgeblendete Aspekte der Erinnerungskulturen im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Desintegration“. In den Beiträgen der Referent*innen wurde deutlich, dass eine teilhabeorientierte Erinnerungskultur zahlreiche unterschiedliche historische und aktuelle Hintergründe und Erzählungen integrieren muss, wenn der Anspruch inklusiven Erinnerens eingelöst werden soll. Der Abschied von der eurozentrischen Perspektive, aber auch vom monoperspektivischen Erzählen stereotyper „single stories“ kann den „Nährboden“ für verbindende Narrative in einer postmigrantischen Gesellschaft bereiten und, in den Worten der Fachgruppe, dazu beitragen, „die Vorstellung vom ‚naturgegebenen‘ Nationen- oder Zugehörigkeitsverständnis als Identitätskategorie zu überwinden.“

Die auf der Tagung geforderte „Pluralisierung von Erinnerungsräumen“ bedeutet allerdings auch eine stetige Herausforderung an die politische Jugendbildung, und das nicht nur auf der konzeptionellen und pädagogischen Ebene. Die Fachgruppe hat in der Programmlaufzeit in ihren Veranstaltungen mit der Arbeit an einer diskriminierungskritischen Erinnerungsarbeit neue Spuren gelegt und verfolgt und dabei neue Zugänge für die historisch-politische Jugendbildung erschlossen. Dass dabei immer wieder die Frage nach dem Sinn von Geschichte und Erinnerung für das eigene Leben gestellt werden muss, dass Methoden und Materialien einem permanenten Evaluierungsprozess unterliegen, versteht sich dabei von selbst. Eine ebenso große, wenn nicht größere Herausforderung für die politische Jugendbildung wird aber darin bestehen, in den Strukturen und dem Personal der Träger die Diversität der Gesellschaft abzubilden.

Zur Praxis inklusiver Erinnerungsarbeit in der postkolonialen und postmigrantischen Gesellschaft

In der Umsetzung ihrer theoretischen Überlegungen folgen die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe immer wieder einem lokalen Zugang, der auch methodisch begründet wird. So wurde die postkoloniale Um- oder Neuschreibung der dominierenden

nationalen Geschichte unter anderem mithilfe eines postkolonialen Stadtrundgangs in Bremen unternommen. Hierbei spürten die Teilnehmer*innen anhand einer Spurensuche zu kolonialen Erinnerungsorten im Stadtraum der Einschreibung kolonialer Bilder und Phantasien in die deutsche Identitätskonstruktion nach. Die



jungen Teilnehmer*innen der Veranstaltung der *Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH* sollten sich auf diese Weise eine eigene Haltung zur kolonialen Geschichte der Stadt erarbeiten und zugleich lernen, unterschweligen Rassismus, wie er in Denkmälern und Straßenbenennungen weiterlebt, zu dechiffrieren.

In Essen wurden geflüchtete Jugendliche am Beispiel des fast hundert Jahre zurückliegenden Ruhrkampfes mit zivilgesellschaftlichen Gewalterfahrungen konfrontiert und aufgefordert, diese in ihre eigenen Erinnerungskulturen und Narrative einzubinden. Die Erweiterung des Wissens über einen im heutigen Erinnerungsdiskurs marginalen Aspekt der deutschen Geschichte im Rahmen einer Veranstaltung des *Bildungswerks der Humanistischen Union e. V.* führte zur Reflexion eigener Geschichtsbilder, die ja nun auch Teil des „Multidirectional Memory“ der neuen Heimat der Jugendlichen sind.



Alles andere als ein unterbelichtetes historisches Geschehen nahm im Jahre 2018 die Neugestaltung der Ausstellung „Alles über Anne“ im *Anne Frank Zentrum* in Berlin in den Blick. Die Korrektur der „Unfertigkeit der Geschichte“ im Sinne *Walter Benjamins* wurde hier durch einen gleichermaßen partizipativen wie inklusiven Ansatz vorangetrieben, dessen Ziel nicht in erster Linie die Erweiterung des ohnehin umfangreichen Wissens über das von den Nationalsozialisten ermordete Mädchen *Anne Frank* war. Vielmehr ging es darum, einen Lern- und Erlebnisort zu schaffen, der die Besucher*innen zum Nachdenken über die eigene Positionierung im Hinblick auf die Lebensgeschichte der jungen Jüdin anregt und zugleich eine inklusive Gestaltung von Ausstellungsinhalten ermöglicht.

Geschichte als verhandel- und veränderbar zu erfahren und die multiplen Vergangenheiten nicht allzu lange vergangener Zeiten in die eigene Erinnerung zu integrieren, sind wesentliche Umsetzungsaspekte der im „Raum“ verorteten Bildungsziele. Dies wird exemplarisch an zwei Projekten sichtbar, die lokale archäologische Artefakte freilegen. Das gilt für das Projekt eines Lidice-Denkmal für die *Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH* ebenso wie für die lokalhistorische Spurensuche anhand eines „Stolpersteins“ im *Bildungswerk der Humanistischen Union e. V.* in Essen. Spurensuche bis hinein in die eigene Familiengeschichte

beförderte auch ein Projekt von *Soziale Bildung e. V.* in Rostock zu den rassistisch motivierten Pogromen von 1992 im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen. Die künstlerische Umsetzung eines Konzepts des dezentralen Erinnerns durch fünf Stelen im öffentlichen Raum der Stadt soll gerade jene Geschichte sicht- und erfahrbar machen, die sonst in der Vielfalt der alltäglichen Eindrücke „ohne Raum“ bleibt.

Die Einbeziehung von Menschen mit Andersfähigkeiten zieht sich als roter Faden durch die vorgestellten Veranstaltungen der Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“. Barrierefreiheit, Einfache Sprache und das Bemühen um allgemeinverständliche Textgestaltung, dann aber auch die Einbeziehung andersbefähigter Menschen als Trainer*innen und Guides spielen immer wieder eine Rolle bei der Gestaltung der Bildungsangebote. Inklusion erscheint dabei nicht als Selbstzweck, sondern als wichtiger Baustein bei der Förderung von gesellschaftlicher und politischer Partizipation und damit auch für die Selbstermächtigung der jungen Teilnehmer*innen. Exemplarisch geschah dies 2019 im Rahmen eines Projektes „Partizipativ (GE)Denken“ der *Bildungsstätte Villa Fohrde e. V.*, das junge Menschen mit Bildungshindernissen zu einem Besuch in der Gedenkstätte Brandenburg einlud. Hier leiteten Menschen mit Lernschwierigkeiten als Guides durch die Veranstaltung, agierten dadurch also selbst als Akteur*innen politischer Bildung wie auch als Role Model für die jungen Teilnehmer*innen. Anfängliche Befangenheit und Irritationen regten zur Reflexion von Stigmatisierung und Ausgrenzung, Macht und Selbstermächtigung an. Der Plan einer gemeinsamen Exkursion der Fachgruppe in die Gedenkstätte konnte wegen der Corona-Pandemie nicht verwirklicht werden. In einem anderen Projekt des *Bildungswerks der Humanistischen Union e. V.*, einer Recherche zu einem Opfer der Kinder-Euthanasie im Ruhrgebiet, sollten die Teilnehmenden ermutigt werden, auch ihre eigenen Geschichten wahrzunehmen und zu hinterfragen. Mit unterschiedlich gestalteten medialen Umsetzungen wurde Verständnis für die Vielfalt der Erinnerung geweckt und das Nachdenken über Strategien gegen Diskriminierung und über die Bedeutung demokratischer Werte und Einstellungen angeregt.

Die Jugendbildungsreferent*innen konnten trotz Corona eine kleine Zahl von Veranstaltungen durchführen, die sich den in der Fachtagung aufgeworfenen Fragen nach der Relevanz von Erinnerung und Geschichte für den/die Einzelne/n und nach dem Sinn von Erinnerungsarbeit in der politischen Jugendbildung stellten. Ein gemeinsam von *aktuelles forum e. V.* und *Waldritter e. V.* konzipiertes Escape-Game zu Feldpostbriefen aus dem Ersten Weltkrieg motivierte die Teilnehmer*innen auf spielerische Weise, sich nicht nur mit einem Thema aus der Vergangenheit auseinanderzusetzen, sondern die Erkenntnisse aus dem Spiel beispielsweise auf aktuelle postkoloniale Strukturen und deren Folgen für die Gesellschaft anzuwenden. Historische Kontinuitäten von Gewalt und Rassismus waren auch Thema eines Ausstellungsprojekts (Projektwochen) zum NSU-Komplex von *Soziale Bildung e. V.* an Rostocker Schulen. Aspekte wie der lokale Bezug und die durch das Erzählen persönlicher Geschichten geweckte Empathie der Teilnehmer*innen fanden Eingang in eine musikalische Performance, die Teil eines bundesweiten Kulturprojektes zum Thema NSU-Komplex war. Die dadurch sichtbar gewordene postmigrantische Erinnerungskultur kann beispielhaft für eine aus den Überlegungen der Fachgruppe

resultierende Form der politischen Jugendbildung stehen. Dass die Arbeit daran nicht als abgeschlossen angesehen werden kann, versteht sich von selbst.

Methoden und Formate

Erinnerungsarbeit ist, wie die Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“ betont, ein Thema, bei dem es häufig zu „sperrigen oder irritierenden Kombinationen von Inhalten und Teilnehmenden“ kommt. Umso wichtiger ist eine ergebnisoffene methodische Annäherung an eine politische Jugendbildung, die die inklusive Neugestaltung von Lernorten ermöglicht – auch gerade in Zeiten der Pandemie.

Ein Kennzeichen der auf kollektives und inklusives Erinnern gerichteten Bildungsarbeit der Fachgruppe ist die Vielfalt der erprobten Formate: Stadtrundgang und Denkmalgestaltung, Geocaching und die historische Spurensuche im Escape-Raum, eine theaterpädagogische Methode wie das „Szenische Spiel“, Ausstellungsgestaltungen, Videoclips, die Umsetzung der Erfahrung rassistischer Gewalt in Klangcollagen und einem selbstgestalteten Oratorium, biografisches Arbeiten mit historischen Quellen und manches mehr finden Eingang in die Bildungsarbeit. Diese bleibt geprägt durch die zeitlich beschränkte Verfügbarkeit der Teilnehmenden und natürlich von den durch Corona gegebenen Einschränkungen. Die intrinsische Motivation der Teilnehmer*innen hochzuhalten, erweist sich als schwierig, wenn Themen fernab der eigenen Erfahrungswelt der Jugendlichen liegen bzw. ein Bezug zum eigenen Alltag nicht von Beginn an offensichtlich ist. Einen



Bezug zu Geschichten und Erzählungen herzustellen, die nicht die eigenen sind, fällt oft schwer.

Der in der Fachgruppe verfolgte raumbezogene Bildungsansatz erweist sich als hilfreich für den Zugang zu historischen Themen und das Verständnis der Teilnehmer*innen, denn Bezugspunkte zum eigenen Umfeld vereinfachen die Herleitung historischer Bezüge. Ungeachtet äußerer Einschränkungen wie Lockdown-Regeln in den Corona-Jahren (oder auch schlechtes Wetter) erwies sich der lokale Ansatz immer wieder als Augenöffner für die jungen Teilnehmer*innen und als Chance für die beteiligten Träger, die Vernetzung mit anderen Akteur*innen vor Ort voranzutreiben. ■

Ich bin nun im elften Jahr Jugendbildungsreferentin im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ und ich möchte gleich zu Beginn meines Statements sagen, dass ich sowohl persönlich als auch fachlich davon profitiere und der Bereich der politischen Bildung bei Jugendkulturarbeit sichtbarer und ihr Profil geschärft wurde. Teil des Programms zu sein bedeutet auch, Teil einer Fachgruppe zu sein und ich schätze den Austausch und die Anregungen für das eigene Arbeiten immer sehr. Durch die unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen der Bildungsarbeit in den Einrichtungen und die unterschiedlichen methodischen Ansätze bleibt die Zusammenarbeit interessant. Es entstehen Kooperationsprojekte mit Einzelnen, oder aber in der Gesamtgruppe, wo sich Neues entwickeln kann und Synergien gebildet werden.“

Gina Schumm
Jugendkulturarbeit e. V.
Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“





Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“ Zwischen Arbeit und L(i)eben

Die Wahl der beruflichen Tätigkeit und die Entscheidung für einen bestimmten Arbeitsplatz sind Weichenstellungen im Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Mit diesen Entscheidungen sind weitreichende Konsequenzen für die persönliche Lebensgestaltung und die Lebensperspektiven verbunden. Wenn diese Entscheidungen auch zumeist individuell begründet sind, so unterliegen sie doch gesellschaftlichen Normen und Erwartungen.

Die in der Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“ zusammenarbeitenden Träger richten sich mit ihren Seminaren und Veranstaltungen an junge Menschen, die an solchen Lebensweg-Gabelungen stehen. Sie wollen mit Angeboten der politischen Jugendbildung Jugendliche und junge Erwachsene dazu befähigen, die politischen und persönlichen Dimensionen ihrer (berufsrelevanten) Entscheidungen einzuordnen. Damit sollen die Selbstermächtigung und die Befähigung zur Teilhabe in der Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Themenschwerpunkte und konzeptionelle Entwicklung

Die Arbeitsschwerpunkte der in der Fachgruppe vertretenen Jugendbildungsreferent*innen widmen sich u. a. dem Menschen als arbeitendem Wesen. Dabei besteht ein wichtiges verbindendes Element darin, dass die Träger in ihrer politischen Bildungsarbeit sich kritisch mit dem Begriff „Arbeit“ auseinandersetzen, der in der gesellschaftlichen Realität zumeist mit dem Begriff „Erwerbsarbeit“ gleichgesetzt wird. Auch darum wurde die theoretische Beschäftigung mit CARE-Arbeit ins Zentrum der Zusammenarbeit gestellt. Die Unterschiede zwischen bezahlter und nicht bezahlter Arbeit, zwischen der gesellschaftlichen Achtung der Erwerbsarbeit und der damit häufig verbundenen Geringschätzung von CARE-Arbeit, zieht sich als roter Faden durch die Programmlaufzeit. Dabei wird auch die Frage nach dem „guten Leben“ gestellt, die individuell und nach jeweiliger gesellschaftlicher Zu- und Einordnung sehr differenziert beantwortet wird.

Das theoretische Konzept von CARE-Arbeit, das sich als Fürsorge für andere und als individuelle Sorge für das eigene Wohl definieren lässt, wurde im ausgehenden letzten Jahrhundert entwickelt. Wie der häufig synonym gebrauchte, allerdings nicht völlig deckungsgleiche Begriff der Reproduktionsarbeit, ist CARE-Arbeit weiblich konnotiert. Auch darum stand es für die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe außer Frage, dass die Konzepte ihrer politischen Bildungsarbeit einer feministischen Grundlage bedurften. Geschlechterreflektiertes, emanzipatorisches Denken könne, so die Erwartung der Gruppe, weit über berufliche und professionelle Perspektiven hinaus dabei helfen, Bildungsprozesse inklusiv und damit sozial gerecht zu gestalten. Wie diese Vorstellung in Modelle der politischen Jugendbildung übersetzt

werden können und welche Rolle der Austausch in der Fachgruppe und die gegenseitigen Anregungen der Teilnehmer*innen spielen, kann an verschiedenen Beispielen verdeutlicht werden.

Das erste Programmjahr nutzten die Jugendbildungsreferent*innen in der Fachgruppe, um die Vielfalt von Ansätzen und Zielgruppen der beteiligten Bildungsstätten aufzuzeigen und zu reflektieren. Einen Schwerpunkt bildete hier die arbeitsweltbezogene Jugendbildung unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen von queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Schule und Ausbildung. Dabei ging es um Diskriminierung und Inklusionshemmnisse, aber auch um Vernetzung und Ausweitung der Partizipation, wozu die Verankerung von LGBTIQ in Kontexten politischer Bildung eine wichtige Rolle spielt. Eine internationale Begegnung von jungen Menschen aus der Ukraine und Deutschland in der *Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz* trug diesem Themenschwerpunkt explizit Rechnung.

Eine weitere Fragestellung war, wie sich eine neoliberale Arbeitswelt in einer sich verändernden, inklusiver werdenden Gesellschaft weiterentwickeln muss. So wurden u. a. die Themen Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit, Diskriminierung und Benachteiligung, Geschlechterhierarchien und die gleichberechtigte Teilhabe *aller* Menschen in der Bildungsarbeit der Fachgruppen aufgegriffen. Zentral war dabei immer wieder die Frage, welchen Stellenwert Arbeit in einem gelingenden Leben einnehmen darf und soll. Das Thema Mobilität im Raum zwischen Land und Stadt und zunehmend über Landesgrenzen hinweg wurde als ein wichtiger Aspekt der Arbeits- und Lebenswirklichkeit junger Menschen identifiziert.

In dieser Vielfalt von Themen haben die theoretischen Überlegungen und konkreten Umsetzungen in der Bildungsarbeit der



Fachgruppe ihren Nährgrund gefunden. Deutlich wurde dabei, dass die politische Jugendbildung den Jugendlichen Orientierung und Hilfestellung in der wichtigen Übergangsphase zwischen Schule und Beruf bieten kann.

Wie weiter oben bereits angemerkt, hatte das Thema CARE-Arbeit einen besonderen Stellenwert in der Zusammenarbeit. Sie ist ein Segment des formellen und informellen Arbeitsmarktes mit hohen physischen und psychischen Anforderungen auf der einen und mit geringer gesellschaftlicher Wertschätzung und erheblichen Benachteiligungen für die in diesem Sektor Beschäftigten auf der anderen Seite. Sorge-Arbeit ist ein überwiegend weiblich geprägtes Arbeitsfeld, das durch prekäre Arbeitsverhältnisse und schlechte Bezahlung charakterisiert ist. Die Jugendbildungsreferent*innen formulieren: „Die Brisanz des Themas CARE-Arbeit ergibt sich somit aus der Logik des Zusammenspiels der Abdrängung Hilfebedürftiger an den Rand der Gesellschaft mit den Professionen, die sich um abgedrängte Personengruppen kümmern.“ Die Folgen dieses Beiseiteschiebens sind im negativen Sinne nachhaltig und reichen bis zur absehbaren Folge weiblicher Altersarmut in kommenden Jahren und Jahrzehnten. Die „Ökonomisierung des Sozialen“, wie die Jugendbildungsreferent*innen es benennen, stellt also viele Fragen an Politik, Unternehmen und Gesellschaft im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und die Gleichberechtigung von Frauen im Arbeitsleben. Für die politische Bildung sind damit Themenschwerpunkte aufgeworfen, die in einem gendersensiblen und intersektionalen Herangehen diskutiert werden müssen.

Die Auseinandersetzung der Fachgruppe mit theoretischen Grundlagen, Begriffsdefinitionen, Aspekten und Arbeitsansätzen rund um den Begriff CARE-Arbeit trug im Laufe der

Programmlaufzeit erkennbar Früchte. So konnten mit der Fortbildung „Die CARE-Seite des Lebens“, mit der im Rahmen der Zentralen Arbeitstagung (ZAT) im März 2018 im *ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.* in Hüll die Erkenntnisse der Fachgruppe an alle Jugendbildungsreferent*innen im Programm weitergegeben werden. Interessant war hier das als inhaltlicher und emotionaler Einstieg in die Thematik konzipierte Brainstorming „La Maison – es rappelt im Karton“. Die Kolleg*innen wurden mit dieser Methode zunächst kurz in die Thematik der CARE-Arbeit eingeführt, bevor sie in kreativer Form ihre eigene Lebenssituation in einem Schuhkarton vom Ist-Zustand in die Utopie eines besseren (Arbeits-)Lebens transponieren sollten. Am Ende einer sich von persönlichen Wahrnehmungen über die Diskussion von Geschlechterrollen, familiärer Arbeitsteilung und Marktmechanismen bis zur historischen Einordnung der Sorge-Bewegung spannenden Arbeitsphase wurden praktische Anknüpfungspunkte für die politische Jugendbildung formuliert und die politische Dimension des Themas verdeutlicht.

In ihrer Bildungsarbeit räumen die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe dem Querschnittsthema Inklusion großen Raum ein. Auch Anknüpfungspunkte zu Schwerpunkten anderer Fachgruppen wie beispielsweise die Gestaltung einer gender- und diversitätssensiblen Bildungsarbeit oder die Bedeutung von Teilhabe im beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld werden aufgegriffen. Dabei werden auch Umsetzungsprobleme und gelegentliche Frustrationsgefühle einer inklusiven politischen Jugendbildung sichtbar.

Seit 2019 setzt die Fachgruppe ein besonderes Augenmerk auf das Thema „Emotionen in der politischen Bildung“. Dies ist der

selbstverständliche Anschluss an die gemachten Erfahrungen der Vorjahre, da die bearbeiteten Themen sehr emotionale Reaktionen bei Teilnehmenden auslösen. Darüber hinaus sind aktuelle politische Entwicklungen der Gesellschaft Grund dafür, diesem Aspekt der Bildungsarbeit einen Schwerpunkt zu widmen. Als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen nennt die Fachgruppe das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen, deren Anziehungskraft für viele Menschen in der Emotionalität ihres Handelns und ihres Argumentierens begründet sei. Der politischen Bildung läuft diese Emotionalisierung durch rechtspopulistische Diskurse wegen des antidemokratischen Charakters dieser Bewegungen zuwider. Die große Bedeutung, die der Emotionalität in der politischen Jugendarbeit zukommt, wird daher unmissverständlich von diesen Strömungen abgegrenzt.

Wird sehr verkürzt von einem „binäre Prinzip“ von (männlicher) Rationalität und (weiblicher) Emotionalität ausgegangen, werden politische Lernprozesse und Meinungsäußerungen meist der verstandesmäßigen Überzeugung zugeordnet, nicht aber mit Emotionen verbunden. Auch wenn das im *Beutelsbacher Konsens* formulierte Überwältigungsverbot sehr ernst genommen wird, so ist es doch für die politische Jugendbildung unerlässlich, in Bildungsprozessen nicht nur auf die Kraft der rationalen Argumente zu setzen. Vielmehr muss der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass in einer von Diversität und mehrfachpositionierten Subjektidentitäten der Teilnehmenden geprägten politischen Bildung ein nachhaltiger „Bildungsalltag“ ohne emotionale Öffnung nicht denk- und gestaltbar ist. Nur über diesen Zugang können Erfahrungen von Zugehörigkeit und Ausgrenzung, von Vielfalt und Diskriminierung verbalisiert und im Gespräch verhandelt werden. Emotionalität, die von der neuen Rechten als Mittel der Desintegration einer demokratischen Gesellschaft missbraucht wird, eröffnet in der politischen Jugendbildung zugleich Zugänge zu Lern- und Lebenswelten junger Menschen und zu Räumen der Begegnung, die einer nur rationalen Annäherung verschlossen bleiben. Sie ermöglicht Teilhabe und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie.¹

Greifbar wurde der praktische Nutzen dieser theoretischen Überlegungen der Fachgruppe in den Veranstaltungen der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung der teilnehmenden Bildungsstätten: Die Thematisierung von Lebensentwürfen und Perspektiven für die eigene Lebensgestaltung

Das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ bietet politische Jugendbildung auf höchstem Niveau – das bedeutet für mich als Jugendbildungsreferentin in der Bildungsstätte viel Inspiration für die konkrete Arbeit, Austauschmöglichkeiten zu fachlichen Fragen und kollegiale Beratung auf Augenhöhe. Die unterschiedlichen Ebenen des Programms kennenzulernen und mit eigenem Schwerpunkt mitwirken zu dürfen, ist eine große Chance. Das Programm bildet eine Plattform, die die Breite politischer Jugendbildung abbildet und gleichzeitig aktuelle Fachdiskurse einbezieht und mitträgt. Die Vielfalt der Lernorte und ihrer Schwerpunktthemen ermöglicht, Bedarfe anders mitzudenken und innovative Formate zielgruppengerecht zu entwickeln und durchzuführen. Reflexion fachlicher und persönlicher Fragestellungen und der Transfer in die Bildungsstätte und somit in die eigene Praxis vor Ort sind eine große Bereicherung sowohl für die persönliche Ausgestaltung der Rolle als Jugendbildungsreferent*in als auch für die Weiterentwicklung der Einrichtungen.

Aus den unterschiedlichen Perspektiven in den verschiedenen Themenschwerpunkten gemeinsam das Politische in der politischen Jugendbildung auszuloten, abzustecken und mit Leben zu füllen – das macht dieses Programm für mich so besonders.“

Judith Kluthe

Bildungsstätte Bredbeck

Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“

The logo for Bredbeck Bildungsstätte features the name 'Bredbeck' in a bold, dark blue sans-serif font. Above the letter 'e' in 'Bredbeck' is a small orange triangle pointing upwards. Below 'Bredbeck' is the word 'Bildungsstätte' in a smaller, orange sans-serif font.

¹ Die Bedeutung der Emotionen in der politischen Bildung war auch Thema des 14. Bundeskongresses politischer Bildung 2019. Vgl. dazu auch AdB 2019.



in der Arbeitsgesellschaft spricht die Jugendlichen unmittelbar an. Darüber können dann Themen wie CARE-Arbeit, die digitalisierte Arbeitswelt oder die Zukunft der Erwerbsarbeit, die auf den ersten Blick vielleicht weiter weg erscheinen, trotz ihrer Vielschichtigkeit und der Sperrigkeit mancher Begrifflichkeiten erschlossen werden. In den Worten der Fachgruppe: „Dieser subjektorientierte Zugang mit einer diversitätssensiblen Haltung dockt an die Erfahrungen und an das Erleben der Jugendlichen an (...) diese didaktische Überlegung (braucht) die Emotionalität, die Momente von Empowerment und die Momente der Vulnerabilität, um politische Prozesse der gesellschaftlichen Teilhabe denkbar zu machen und eigene Beteiligung zu ermöglichen.“

Corona brachte 2020 die erprobte und bewährte Bildungsarbeit der in der Fachgruppe versammelten Bildungsstätten fast völlig zum Erliegen. Waren es 2019 noch rund 60 Seminare, Bildungsreisen und sonstige Veranstaltungen, die von den in der Fachgruppe tätigen Bildungsreferent*innen im Kontext des AdB-Programms durchgeführt wurden, so sank diese Zahl im ersten Corona-Jahr auf ein Drittel. Die konzeptionelle Entwicklung aber ging weiter, wenn auch – den Umständen geschuldet – mit neu formulierten Fragestellungen.

Die Erweiterung von Kenntnissen und Sichtweisen auf Arbeit und Lebensperspektiven hatte sich die Fachgruppe zum Programmstart 2017 auf die Fahne geschrieben. Wie rasant sich Arbeitswelten und Lebensperspektiven allerdings noch während der Programmlaufzeit verändern sollten, konnte sich zu diesem Zeitpunkt wohl niemand vorstellen. Bei der Einordnung dieser Veränderungen sollten die Erfahrungen der Jugendlichen maßgebend sein. Deshalb führte die Fachgruppe eine Umfrage zu „Zukunft und Pandemie“ durch, an der 100 junge Menschen teilnahmen, die 2020 einen Bundesfreiwilligendienst absolvierten und Teilnehmer*innen in Jugendbildungsseminaren der Fachgruppe waren. Das Ziel war es, die wahren Expert*innen des Erfahrungsraums Schule und Berufsorientierung in die Diskussion

einzu beziehen und damit deren Selbstwirksamkeit zu stärken – Aspekte, die in der gesellschaftlichen Aufregung der Lockdown-Zeit oft keine nennenswerte Rolle spielten. Deutlich wurde in den Aussagen der Befragten der Schock und das Gefühl des Ausgeliefertseins, den der corona-bedingte Stillstand des gewohnten Lebens für viele junge Menschen bedeutete. Die Umfrage lässt keinen Zweifel daran, dass diese Sorgen und Ängste ernst genommen werden müssen und dass die politische Jugendbildung gefordert ist, mit ihren Angeboten für Teilhabe und Selbstwirksamkeit der jungen Menschen wieder ein stabiles Fundament zu geben.

Das Corona-Jahr 2020 war also auch ein Jahr des bewussten und reflektierten Innehaltens, des Bemühens, aus einer ungeahnten Krise die richtigen Schlüsse für eine inklusive und auf Teilhabe angelegte politische Jugendbildung zu ziehen. In der Umfrage war viel Verzweiflung und Unsicherheit der jungen Befragten zu spüren. Es gab aber auch Trotzreaktionen und Versuche, die Schwierigkeiten positiv umzudeuten, den erzwungenen Reset des eigenen Lebens als kreativen und mutigen Neustart zu gestalten. Nicht anders reagierte die Fachgruppe in dieser einschneidenden Situation: „Politische Jugendbildung hat (...) mehr denn je die Aufgabe, Räume für die Stimmen von Jugendlichen und jungen Menschen zu schaffen, Advokatin für diese Vielfalt der Stimmen zu sein und diese in den Diskurs zu tragen. Damit wirkt sie als Stimme der Jugendlichen präventiv, aktivierend und erkenntnisorientiert und trägt zur Reduzierung der Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen, der vergessenen Jugend, in diesen Zeiten der Pandemie bei.“ Wie Ansätze zu einer so verstandenen politischen Jugendbildung aussehen könnten, lässt sich an den Beispielen aus der Praxis aus diesem speziellen Jahr ablesen.

2021 wirkt wie ein Jahr des Neuanfangs im Hinblick auf die konzeptionellen Überlegungen der Fachgruppe. Auch wenn die Pandemie und ihre Folgen noch keineswegs ausgestanden waren und das Tagesgeschäft der Bildungsstätten massiv beeinträchtigt, so war doch der Antrieb zum Erarbeiten neuer inhaltlicher und

4

Fragen an **Iwona Domachowska** Jugendbildungsreferentin

Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V.



Bitte nenne uns ein Projekt oder Thema, das für dich in den vergangenen Jahren besonders wichtig war. Was macht es zu etwas Besonderem?

Es gab mehr als ein Projekt, das in meiner Arbeit der vergangenen Jahre wichtig war, denn es waren viele unterschiedliche Veranstaltungen, die mit ihren Schwerpunkten und Dynamiken jeweils besonders waren und meine Arbeit auf ihre Art geprägt haben.

In den Projekten mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen wurden stets Themen aufgegriffen, die politisch und gesellschaftlich relevant sind. Dazu gehört mit Sicherheit – und aktuell zunehmend wichtig – das Schwerpunktthema unserer Fachgruppe „Flucht und Migration“. In der Arbeit mit den Teilnehmenden ging und geht es mir immer wieder darum, die eigene Komfortzone im Denken und Handeln zu verlassen und dabei eigene Leerstellen zu entdecken, wenn es um das Wissen und die eigene Haltung geht. Genau diese Qualität der außerschulischen politischen Jugendbildung schätze ich am meisten: Die Möglichkeit, sich gedanklich und mit der eigenen Haltung auf neue Wege zu machen, um die Welt im Jugendalter für sich neu zu erschließen und zu definieren.

Hat sich deine Bildungsarbeit durch die Zusammenarbeit im Programm verändert? Und wenn ja, auf welche Weise?

Eine große Stärke des Programms ist die Zuordnung zu einer Fachgruppe, die Zusammenarbeit mit anderen Kolleg*innen, die denselben Themenschwerpunkt in ihrer Arbeit umsetzen. Dieses Gremium ermöglicht es, gemeinsam über die

verschiedenen Aspekte, Herausforderungen und Schwierigkeiten der Arbeit zu reflektieren, sich auszutauschen und zu beraten. Besonders in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren, die durch die Pandemie und Lockdowns gekennzeichnet waren, stellte die Fachgruppe eine große gegenseitige Unterstützung dar und war zudem ein Forum für gegenseitigen Austausch und Beratung. Das trug zum Gefühl bei, dass die Arbeit in den jeweiligen Einrichtungen nicht losgelöst von der Entwicklung in den anderen Häusern stattfindet. Denn wir stellten oftmals ähnliche Entwicklung fest und mussten häufig auf Herausforderungen reagieren, die sich nicht stark voneinander unterschieden. Dies hat sich auf meine Bildungsarbeit im Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen positiv ausgewirkt, sei es durch methodische oder insgesamt fachliche Bereicherung. Außerdem war es auch immer wieder sehr spannend zu erleben, dass wir neben den fachlichen Ähnlichkeiten teilweise auch ganz unterschiedlich in den jeweiligen Häusern arbeiten und agieren. Und dennoch ist es ein sehr wertvoller Aspekt der Bildungsarbeit, im Rahmen des Programms ein Teil des Mosaiks sein zu dürfen.

Welchen Rat möchtest du deinen Kolleg*innen mitgeben, die in der kommenden Programmphase aktiv sein werden?

Aus meiner Sicht ist es ganz wichtig, von Anfang an am Programm aktiv mitzumachen, ohne dabei allzu stark darauf zu achten, wer schon länger dabei ist und wer gerade erst beginnt. Im Bereich der politischen Bildung sollten neue Perspektiven

und frische Erfahrungen genauso wertvoll sein wie die bewährten. Ich finde, dass die sonst bekannten Hierarchien, wonach die Erfahreneren auch informell mehr Macht haben, in diesem Programm wenig Platz haben sollten. Für alle in der kommenden Programmphase beteiligten Kolleg*innen ist der neue Beginn eine neue Chance, sich neu aufzustellen und ohne Vorprägung die neue Programmphase zu gestalten.

Gibt es etwas, was du dir gewünscht hättest, das aber bisher nicht realisiert werden konnte?

In der Fachgruppe „Flucht und Migration“ gab es am Anfang der Programmlaufzeit die Idee, eine Studienreise mit Bezug zum Thema der Fachgruppe zu organisieren. Leider war ein Großteil der Programmlaufzeit durch die Pandemie geprägt, was mittel- bzw. langfristige Planung in der Fachgruppe stark beeinträchtigte. Durch die nicht planbaren Abläufe wie Lockdowns und Corona-Wellen war uns schnell klar, dass eine Studienreise im Rahmen der Programmphase nicht zustande kommen kann. Auf jeden Fall wäre das jedoch ein schönes gemeinsames Projekt gewesen, das leider nur eine Idee geblieben ist ...

www.gsi-bevensen.de





theoretischer Perspektiven einer inklusiven politischen Jugendarbeit keineswegs auf der Strecke geblieben. Mit dem Thema „Klassismus“ wandte sich die Fachgruppe einer Thematik zu, die zuvor bei der Frage nach den Mehrfachpositionierungen junger Menschen unterbelichtet gewesen war. Dabei sollten insbesondere Intersektionen mit Feminismus und Queerness ins Zentrum der Überlegungen gerückt werden.

Abwertung, Ausgrenzung, Marginalisierung entlang von Klasse – das ist die nur auf den ersten Blick schlichte Definition des Klassismus (vgl. Seeck/Theißl 2020). Komplizierter wird es, wenn man, wie in der wissenschaftlichen Diskussion des Begriffs und auch in der Konzeptionierung von Klassismus durch die Fachgruppe, einen weiten Klassenbegriff zugrunde legt. Dann geht es nicht in erster Linie um das verfügbare ökonomische Kapital, sondern es steht neben diesem ökonomischen Kapital eine Vielzahl von „Kapitalsorten“ – vom sozialen über das kulturelle bis zum symbolischen Kapital – im Fokus. Dass niedrige oder nicht vorhandene Bildungsabschlüsse, das Fehlen positiv unterstützender sozialer Netzwerke oder auch die mit Vorurteilen behaftete Wohnadresse Diskriminierungserfahrungen fördern und gesellschaftlicher Inklusion im Wege stehen, liegt auf der Hand. Spannend wird es, wenn die Frage nach antiklassistischen Strategien als Teil des Bildungsauftrags für die politische Jugendbildung umgesetzt wird. Die Fachgruppe verweist in diesem Zusammenhang auf die Nähe solcher Ansätze zu feministischen und queerfeministischen Zugängen. Die Intersektionalität der Phänomene Klassismus, Feminismus und Queerness wurde diskutiert und an Beispielen sichtbar gemacht.

Zur Praxis inklusiver politischer Bildung für Arbeit und Lebensgestaltung

Die Vielfalt von Ansätzen und Methoden in der politischen Bildungsarbeit der Fachgruppe „Arbeitswelt und Lebensperspektive“ kommt in den ausgewählten Projektbeispielen zum Ausdruck. Zum Themenbereich Lebensperspektive fand eine internationale Begegnung von LSBTQI* und Freund*innen aus der Ukraine und aus Deutschland in der *Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz* statt. An der Begegnung nahmen auch Betroffene von Diskriminierung und junge Menschen teil, die auf der Suche nach der eigenen sexuellen Identität waren. Sie formulierten ihre Wünsche und Hoffnungen auf Empowerment. Diskutiert wurde rechte Gewalt gegen queere Menschen, aber auch die mangelnde Toleranz gegenüber LGBTQI in der Mitte der Gesellschaft. Geschlechtliche Selbstverortung oder die Bedeutung rechtlicher Regelungen und der Menschenrechte in der Debatte um sexuelle Selbstbestimmung fanden auf Wunsch der Teilnehmenden hin Eingang in die Gestaltung der Veranstaltung. Strukturiert wurde diese durch Vorträge und Workshops. Ergänzt wurde das Veranstaltungsprogramm durch Stadtführungen und die Erstellung eines Zine zum Thema Antidiskriminierung.

Um das emotionale Erbe und die heutige Vermittlung der Verfolgungsgeschichte von LSBTQI in Deutschland ging es in einem Seminar der *Stiftung Akademie Waldschlösschen*. Unter dem Titel „Unterm Regenbogen – Queere Leben, queere Kämpfe zwischen gestern und morgen“ machte sich eine queere Jugendgruppe gemeinsam mit ihren ehrenamtlichen Leiter*innen

auf die Suche nach Zugängen zu diesem historisch belasteten Thema. Emotionales Zentrum der Spurensuche bildete ein Besuch der Gedenkstätte Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel. Die Gedenkstätte ist zentraler Erinnerungsort für die nationalsozialistische Unrechtsjustiz gegen queere Menschen und war bis in die 1960er Jahre hinein ein Gefängnis für Männer, die aufgrund des Paragraphen 175 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Das Seminar vermittelte den Beteiligten ein Bewusstsein für eine lange Verfolgungsgeschichte, deren Ausläufer auch heute noch das Leben von queeren Menschen beeinflussen. Die Teilnehmer*innen setzten sich mit Fragen der queeren Emanzipationsbewegung und der Bedeutung der Menschenrechte für LSBTQI auseinander und wurden ermutigt, in der Geschichte Vorbilder für ihren persönlichen Umgang mit Geschlechterrollen und geschlechtlichem Selbstverständnis zu finden. Darauf aufbauend wurden Perspektiven für die eigene Lebensgestaltung und eine LSBTQI-inklusive Gesellschaft entworfen und im offenen Gesprächsraum der *Akademie Waldschlösschen* diskutiert.

Um die Umsetzung solcher Gesellschaftsperspektiven durch die Sensibilisierung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und den Abbau von Diskriminierungen gegen queere Menschen ging es in einem am Vorabend der Pandemie ebenfalls von der *Akademie Waldschlösschen* veranstalteten Seminar „Escape-Room goes queer“. Jugendliche und junge Erwachsene waren aufgefordert, eigenverantwortlich eine Methode für einen Escape-Room zu diesen Themen zu konzipieren. Aufbauend auf der Teilnahme an einem Bildungs-Escape-Room „Unite or divide?“ zu einem möglichen Austritt Deutschlands aus der EU, der vom *Europahaus Aurich* entwickelt wurde, entwickelten die Teilnehmer*innen ein Szenario, in dem das Testament einer queeren Person den Anstoß zu einer Entdeckungsreise in ein queeres Leben und dessen historisches Umfeld liefert. Auf spielerische Weise lud die gemeinsame Arbeit zur Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensperspektive und zur Teilhabe an einer von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägten inklusiven Gesellschaft ein. Die Erprobung der Spielidee wurde durch die Corona-Pandemie allerdings zunächst auf die sprichwörtliche lange Bank geschoben.

Arbeitsweltliche Themen in Zusammenhang mit dem Leitthema CARE-Arbeit spielen in der praktischen Bildungsarbeit der Fachgruppe eine zentrale Rolle. Zwei Veranstaltungen im Jahr 2018 widmeten sich der Situation junger Menschen an der Schwelle von Schule und Ausbildung zur Berufsarbeit. Ein Seminar der *Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.* thematisierte die schwierige soziale Situation von 26 zukünftigen Krankenpfleger*innen, die im Verlauf ihrer Ausbildung Machtlosigkeit und Motivationsverluste erlebten. Der anfängliche Impetus, im Beruf Sinnvolles für die Gesellschaft tun zu wollen, hatte sich durch die konkrete Arbeitssituation und die belastenden Arbeitsbedingungen schnell verflüchtigt. Mit einer Positionierungsübung, Rollenspielen und theaterpädagogischen Elementen wurden die CARE-Auszubildenden mit ihren Erfahrungen und ihrer emotionalen Betroffenheit konfrontiert und wurden ihnen Wege zur Selbststärkung und Teilhabe aufgezeigt. Den Teilnehmer*innen wurde bewusst, dass die von ihnen in einer Entwicklungswerkstatt definierte „Gute Arbeit“





nur einen, wenn auch wichtigen, Teil ihrer Lebensperspektive ausmacht, den es selbstbestimmt zu gestalten gilt. Diese Erkenntnis gewannen auch die Teilnehmer*innen einer weiteren Veranstaltung der Bildungsstätte unter Corona-Bedingungen im Jahr 2020. Erneut ging es um die Arbeitsbedingungen in der Krankenpflege und die Notwendigkeit, unter belastenden Arbeitsbedingungen und angesichts der Erfahrung von Hierarchien und eigener Machtlosigkeit eine motivierende Perspektive für das Arbeiten in einem Pflegeberuf zu entwickeln. In der Veranstaltung wurde dazu die Methode der wertschätzenden Erkundung (Appreciative Inquiry) in die Seminararbeit mit Auszubildenden in der Pflege eingeführt. Die dadurch beförderte Reflexion von (externer) Macht und (eigener) Ohnmacht half den Teilnehmer*innen, Handlungskompetenz zu entwickeln, ihr soziales Bewusstsein zu stärken und Empowerment für die Gestaltung ihrer persönlichen Arbeits- und Lebensperspektive zu gewinnen.

Zukunftsfähigkeit war auch ein wesentlicher Aspekt im Seminar „Mein Leben“ mit lernbeeinträchtigten Schüler*innen einer heilpädagogischen Waldorfschule von *HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg*. Den Verunsicherungen in der Phase der Berufsorientierung setzte das Seminar positive Gemeinschaftserlebnisse und demokratische Gruppenprozesse zum Empowerment im schulischen und außerschulischen Lebensumfeld der jungen Menschen entgegen. Die Teilnehmer*innen wurden dazu ermutigt, bei der Gestaltung des Seminarverlaufs mitzuwirken und eigene Ideen in die politische Bildungsarbeit einzubringen. Ein Ergebnis dieser Selbststärkung war der Wunsch der Teilnehmenden nach einem Besuch in der *Gedenkstätte Lindenstraße für Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert*, die mitten im Potsdamer Stadtzentrum liegt. Junge Menschen mit Methoden der politischen Jugendbildung in die Lage zu versetzen, selbstbewusst auf ihr Leben und ihr Arbeitsumfeld Einfluss zu nehmen, erwies sich nicht nur in diesem Seminar als wichtiges Anliegen der inklusiven politischen Bildungsarbeit der Fachgruppe.

Selbstwirksamkeit entsteht nicht nur durch berufliches Vorankommen und Bestätigung „auf der Arbeit“. Im ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Handeln erleben junge Menschen

Selbstbestätigung und emotionale Gemeinschaft. Eine Veranstaltung im *Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.* zum Thema „Klimakrise und Transformationsprozesse: Arbeits- und Lebensperspektive im Wandel“ zielte auf die Stärkung von Akteur*innen im kollektiven Aktivismus der Klimabewegung. Diese wurden befähigt, als Multiplikator*innen junge Menschen bei ihrem gesellschaftlichen Engagement emotional und mental zu begleiten, bei der Entwicklung von Strategien für die politischen Aktionen zur Seite zu stehen und bei der Vernetzung zu unterstützen. Politische Jugendbildung kann so an vielen Stellen zur Förderung von Lebensperspektiven und von Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft einen Beitrag leisten.

Methoden und Formate

Das Spektrum der in der Fachgruppe angewandten Methoden ist breit gefächert. Neben erprobten Formaten wie Diskussionsrunden, Gruppenarbeit, Workshops, World Cafés oder Präsentationen durch externe Spezialist*innen gewannen handlungsorientierte methodische Zugänge wie Rollenspiele, Theater-Aufführungen, das Arbeiten mit *Escape-Rooms* oder Analyseinstrumente wie *Appreciative Inquiry* eine schnell wachsende Bedeutung. Eine große Rolle spielte in den Seminaren die oben benannte Eröffnung emotionaler Zugänge, die unter anderem bei Gedenkstättenbesuchen oder thematischen Stadtrundgängen zum Tragen kamen. Aktivitäten wie das Erstellen eines eigenen Doku-Films mit der GoPro-Action-Kamera ist ein Beispiel für die Auseinandersetzung mit digitalen Medien, die in den Veranstaltungen ansonsten nicht so einen breiten Raum einnahmen.

Inklusive politische Jugendbildung setzt an den Bedürfnissen, Wünschen und Fähigkeiten der beteiligten Jugendlichen an. Wie das gelingen kann, zeigen die vielfältigen Praxisbeispiele. Sie hat aber auch die Aufgabe, auf mangelnde Rahmenbedingungen (wie z. B. eine mangelnde technische Ausstattung) aufmerksam zu machen und die Voraussetzungen für eine breite Teilhabe mit zu schaffen. ■



Die Praxis politischer
Jugendbildung im AdB

BERICHT AUS DER PRAXIS
FACHGRUPPE „DIGITALE MEDIEN UND DEMOKRATIE“

Politische Bildung trifft Spielfilmproduktion – Adamstown



Die politische Medienbildung ist eine tragende Säule im *ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.* Mit Filmbildungsprojekten gelingt es uns, heterogene Zielgruppen (verschiedener geschlechtlicher Identitäten und Orientierungen, mit/ohne Behinderung, mit/ohne Fluchterfahrung) zusammenzubringen. Das Medium erleichtert es niedrigschwellig, aber gründlich und mit großer Tiefe verschiedenste Themen zu reflektieren, diskutieren und dabei politische Botschaften, die im Projekt artikuliert werden, öffentlich zu transportieren. Auf diese Weise werden sowohl die politische Selbstwirksamkeit der jungen Menschen als auch deren persönliche Entwicklung als Teil der Gesellschaft gestärkt.

Nach *Hotel California* (2014/15) und *BIG EARTH* (2016/17) war *Adamstown* das letzte große Filmbildungsprojekt, das im *ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.* beendet wurde. Kern des inklusiven, integrativen Bildungs- und Filmprojekts „Adamstown“ (<https://adamstownfilm.com>) war die in pädagogische Workshops und Begleitung eingebettete Verfilmung des Comics und Soundtracks *Adamstown* der Künstlerin *Verena Braun*. In dem Projekt wurden politische Bildungsarbeit für Toleranz und Inklusion und ein mit Laien entstehender Film in Kinoqualität miteinander verknüpft. In dem Film geht es um eine Western-Fabelwelt, in der Menschen und diverse Tierarten, die in verschiedenen Konstellationen konkurrieren, kooperieren, sich bekämpfen und versöhnen, lernen miteinander umzugehen, miteinander zu reden. Und an

dieses Miteinanderreden knüpfte das pädagogische Konzept an. An dem Projekt beteiligt waren gut hundert Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Fluchtgeschichte, Kinder ab 4 Jahre, Jugendliche (Hauptzielgruppe), Erwachsene, Senior*innen, Menschen mit verschiedenen geschlechtlichen Identitäten, kulturellen oder religiösen Hintergründen und unterschiedlichen Begehren und Einstellungen.

Durch Schauspiel und mediale Abstraktion schlüpften sie unabhängig von „realen“ Kategorien in neue Rollen. Die Fabelwelt brach mit bestehenden Stereotypen: Selbstgewählte Rollen ersetzen alte Zwänge, Zuschreibungen und Barrieren. Dabei wurde das Drehbuch mit den Teilnehmenden auf sie angepasst. Nicht die Menschen wurden an die Rollen angepasst, sondern die Rollen und die Geschichte an die teilnehmenden Menschen. Das Setting wurde von der amerikanischen Prärie in die norddeutsche Tiefebene verlagert – die Lebenswelt der Teilnehmenden.

Der entstandene Film wurde im Mai 2019 veröffentlicht und soll vielen tausenden Menschen zugänglich gemacht werden (Festivals, Kino, schulische und außerschulische Bildungsveranstaltungen inkl. Begleitseminare und pädagogischem Begleitmaterial). Angedockt an das Projekt waren zusätzlich zwei internationale Jugendbegegnungen. Indem sich die sehr heterogene Gruppe – begleitet durch interkulturelle, vielfaltssensible Workshops – gemeinsam für ein Ziel (den fertigen Film) engagierte, wurden



Am Set „Adamstown“

Berührungspunkte untereinander abgebaut. So ist es uns bezogen auf Herkunft, Geschlecht, Alter und körperliche Verfassung gelungen, eine sehr gemischte Gruppe zu erreichen.

So wird sichtbar, dass die inklusiven, Toleranz fördernden Ziele des Projektes erreicht wurden. Uns war wichtig, nicht bei bestehenden festen Normen zu verweilen, sondern Teilnehmenden z. B. über das Schauspiel die Möglichkeit zu geben, Rollen bzw. Perspektiven zu tauschen. Dabei kam auch der Maske eine wichtige Bedeutung zu. Die in der Geschichte vorkommenden Tiere waren nicht bloß „verkleidete Menschen“. Mit Hilfe der Maske wurden Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten für den Projektzeitraum komplett neu gemischt und erlebbar gemacht. Alle konnten in andere Rollen schlüpfen und Stereotypisierungen und Schubladen abschütteln.

Die behutsame Vorarbeit war tragend, um einen niedrigschwiligen Zugang zu ermöglichen. Der Einstieg in die praktische kreative Arbeit wurde dezentral, „aufsuchend“ an verschiedenen Orten in Norddeutschland (Landkreis Stade, Hamburg, Lübeck, Wendland ...) so gestaltet, dass er auch für Unerfahrene möglich war. Dabei kamen etwa theaterpädagogische Übungen sowie medienbasiertes Arbeiten mit Tablets und einfachen Apps zum Einsatz. So konnten sich Teilnehmende auf Inhalte konzentrieren und konnte ein „Casting“ auf spielerische Art stattfinden. Hierbei ging es nie um die Leistung der Teilnehmenden als Schauspieler*innen,

sondern um ein Abklären von Interessen, um die Lust am Spielen und am Finden der Rollen. Niemand wurde ausgeschlossen.

Neben der Filmarbeit kamen verschiedenste Methoden der politischen Bildungsarbeit und der Theater- und Medienpädagogik zum Einsatz: Wir arbeiteten intensiv an der Geschichte Adams-town und den darin enthaltenen Themen und den inhaltlichen Schwerpunkten: Identität, gesamtgesellschaftliche Inklusion, Differenzierungsmerkmale und Vielfalt. In ständiger Rotation nahmen Teilnehmende punktuell an Arbeiten auf dem Filmset teil und arbeiteten am pädagogischen Programm mit, im Rahmen dessen die Geschichte Adams-towns analysiert, diskutiert, reflektiert und weitergesponnen wurde. Die Bandbreite reichte von Diskussionen zur Lösung von alltagsrassistischen Situationen hin zur Entwicklung von Utopien über das Zeichnen von politischen Comics und der Produktion thematischer Radiosendungen bis hin zu eigenen kleinen Seiten-Filmprojekten, einem Making Of und eigenen Texten. Kaum in Worte zu fassen ist jedoch das, was durch das miteinander Sprechen und gemeinsam Arbeiten zwischen den Menschen passiert ist.

Zentral war der „Alle unter einem Dach“-Charakter bei den vierwöchigen Dreharbeiten. Auch außerhalb der Workshop- und Drehzeiten waren die Beteiligten zusammen: beim Essen, in den Pausen und abends in der Freizeit. Hier gab es die Möglichkeit, sich näher kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen, sich zu



Film-Still
„Adamstown“

begegnen: Inklusion und Toleranz zu leben! Die einzelnen Zielgruppen vermischten sich. Die Kategorien waren nicht mehr „der kleinwüchsige Geflüchtete“, „die deutsche Oma“, „das Land-ei“, „die Frau im Rollstuhl“, „der Syrer“ etc., sondern „der, der so schön singen kann“, „die tierliebe Person“, „der lustige Vogel“, „der Kuchen-Junkie“. Es wurde miteinander geredet, statt übereinander. Durch die öffentlichen Drehorte in den kleinen Orten Hüll und Osten wurde schon während der Dreharbeiten die dortigen Bewohner*innen indirekt mit einbezogen und es kam zu verschiedenen lebendigen Begegnungen.

Seit Ende 2019 arbeiten wir an einer Serie aufeinanderfolgender Projekt an deren Ende ein episodischer Film steht, bei dem acht Episoden aus acht verschiedenen Ländern gezeigt werden. Hier soll auch mit dem Projekt *6C for Equality* angeknüpft werden, in

dem geschlechtliche Vielfalt und sexuelle Selbstbestimmung vor der Kamera ebenso wie im Seminarraum thematisiert werden sollen. ■

Henning Wötzel-Herber

ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V.

www.abc-huell.de



Ich habe die Arbeit im AdB als Elternzeitvertretung im Jahr 2017 kennengelernt und anfänglich nur einen zusätzlichen Bereich gesehen, in den ich mich einarbeiten und in dem ich noch mehr Personen kennenlernen muss. Bei der ersten Tagung der Jugendbildungsreferent*innen wurde mir allerdings deutlich, dass – abgesehen von der herzlichen Begrüßung und dem inhaltlichen Austausch – die Arbeit im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ einiges mehr auszeichnet, darunter die vielen in Projekten umgesetzten Ideen, die für meine eigene Arbeit im Bereich der Digitalisierung ebenfalls einen großen Mehrwert haben.

Nach mehreren Jahren in anderen Projekten freue ich mich, dass ich in das Programm einsteigen durfte und dass sowohl die Arbeit meines Vorgängers als auch meine sich in Publikationen wiederfinden. Die Ergebnisse, Ideen und Anregungen unserer Arbeit im Bereich Digitale Medien und Demokratie können somit für andere Kolleg*innen im Bereich der politischen Jugendbildung Denkanstöße, Materialien und Methoden liefern, die hoffentlich auch noch für die Zukunft relevant sind.“

Marc Rüdiger

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein,
Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“



**Jugendbildungsstätte
Kurt Löwenstein**

Projekttag „Expedition Vogelsang – Mehr als nur alte Steine?!“

Im Projekttag „Expedition Vogelsang – Mehr als nur alte Steine?!“ begeben sich die Teilnehmenden auf eine „Expedition“ durch das Außengelände des Erinnerungsortes *Vogelsang IP* im Nationalpark Eifel. Als sogenannte „Ordensburg“ diente *Vogelsang* als Schulungsort für junge Männer, die hier zu „politischen Leitern“ ausgebildet werden sollten, und ist mit rund 100 Hektar Fläche heute eines der größten denkmalgeschützten Bauensembles aus der NS-Zeit. Das Bildungsformat bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit oder ohne Migrationsbiografie, mit mehr oder weniger Vorwissen zur Geschichte des Nationalsozialismus, die Möglichkeit, gemeinsam Erinnerungskultur(en) und Geschichtspolitik(en) unterschiedlicher Akteur*innen (in *Vogelsang* und darüber hinaus) in den Blick zu nehmen.

Die Sinneseindrücke der Teilnehmenden dienen als Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit der Ideologie des Nationalsozialismus und seines Menschenbildes, die in der Gestaltung des Geländes und der Gebäude zum Ausdruck gebracht werden sollten. Hierbei werden das Gelände, mit seiner hierarchisch aufgebauten

Architektur und besonders die Kunst am Bau, als Elemente des multisensorischen, ästhetischen Lernens genutzt.

Aufbauend darauf findet der Transfer hin zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen von Erinnerungskultur statt. Hierbei wird der Umgang mit Erinnerungsorten wie dem *Internationalen Platz Vogelsang* in der Gegenwart diskutiert. Fragen wie: „Welche Rolle spielt so ein Ort in der Region? Wie kann Erinnern hier gestaltet werden? Was sollte nicht passieren?“ werden gemeinsam besprochen. Auch erinnerungspolitische Positionen und geschichtspolitische Agitationsfelder der extremen Rechten sowie deren positiver Bezug auf die Geschichte der ehemaligen „NS-Ordensburg“ *Vogelsang* werden vertieft behandelt. Ausgehend von ihren eigenen Eindrücken entwickeln die Teilnehmenden eine Haltung zum Erinnern an den Nationalsozialismus.

Über den gesamten Workshop hinweg setzen sich die Teilnehmenden im gemeinsamen Dialog mit ihrer eigenen Haltung und ihren Wertvorstellungen in Bezug auf Kulturen des Erinnerns auseinander. Sie reflektieren das Wissen, das sie mitbringen und





entwickeln Wünsche für eine Gesellschaft, in der sie gerne leben würden. Der Fokus liegt hierbei weniger auf sprachlicher Vermittlung als auf visueller Wahrnehmung und den eigenen Eindrücken, wodurch ein barriereärmerer Zugang zum Themenkomplex „Nationalsozialismus und Erinnerungskultur“ ermöglicht wird.

Umsetzungsschritte

Das Format „Expedition Vogelsang – Mehr als nur alte Steine?!“ wurde zunächst im Rahmen des Projekts „Be the Change! – Erinnerungskultur gemeinsam gestalten am Internationalen Platz Vogelsang IP“, gefördert von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), konzipiert. In einer Qualifizierungsphase eigneten sich die Teamenden Grundlagen inklusiver(er) historisch-politischer Bildungsarbeit an. Gemeinsam wurde dann das barrierearme Format für die erinnerungskulturelle Jugendbildung am Internationalen Platz Vogelsang IP entwickelt. Die Durchführung

und Weiterentwicklung der „Expedition Vogelsang“ fanden vor allem im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ in der Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“ (2017–2022) statt. Gemeinsam mit den durchführenden Teamenden und dem wissenschaftlich-pädagogischen Team der Akademie Vogelsang IP wurde der Projekttag kontinuierlich reflektiert und weitergedacht. Beteiligt waren hierbei zudem Kooperationspartner*innen, wie das DRK Euskirchen, die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) Köln sowie weitere Erinnerungsorte und NS-Dokumentationen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Reflexion

Bei den Gruppen, die im Zeitraum 2017–2021 am Projekttag „Expedition Vogelsang – Mehr als nur alte Steine?!“ teilgenommen haben, handelte es sich um heterogene Lerngruppen, die oft auch sprachlich breit gefächert waren. Die Teilnehmenden waren

motiviert und brachten sich aktiv in die Erkundung und Befragung des Ortes ein. Sie konnten durch die ausgewählten dialogischen Methoden zu gemeinsamen Diskussionen angeregt werden sowie ihre eigenen Fragen und ihnen wichtige Themen anbringen. In der Durchführung und Evaluation des Projekttagess wurde deutlich, dass die angewendeten Methoden je nach Gruppe angepasst werden müssen, um einen inklusiven und multiperspektivischen Zugang zum Thema Erinnerungskultur bieten zu können. Zudem war es von Vorteil, wenn das Team der Durchführenden breit aufgestellt war: mit und ohne Migrationsbiografien, eigene Fluchterfahrungen und Mehrsprachigkeit können hier als Beispiele genannt werden. Das Format eignete sich durch diese offene Struktur und einen umfassenden Partizipationsansatz besonders für (u. a. sprachlich) heterogene Gruppen. Die Teamenden konnten flexibel auf die jeweilige Gruppenkonstellation eingehen und individuelle Bedarfe, Themen und Vorwissen berücksichtigen.

Ausblick

Durch das Konzept und die kontinuierliche Reflexion des Projekttagess „Expedition Vogelsang – Mehr als nur alte Steine?!“ wurde die historisch-politische Bildungsarbeit der *Akademie Vogelsang IP* thematisch geöffnet und systematisch weiterentwickelt. Im Rahmen des Projektes konnte sich unser Team für die Bedürfnisse und Wünsche heterogener Lerngruppen sensibilisieren, was sich positiv auf die allgemeine Gestaltung von Bildungsprogrammen und den damit verbundenen Rahmenbedingungen auswirkte. Vor dem Hintergrund unserer Migrationsgesellschaft in Deutschland konnten durch das Format gesellschaftliche Realitäten berücksichtigt und erinnerungskulturelle Teilhabe ermöglicht werden. Die Prämissen des barrierearmen und handlungsorientierten Arbeitens werden weiterverfolgt und sind auch für neue Zielgruppen relevant. Durch das partizipative und dialogische Format konnten zudem Kooperationen ausgebaut werden, die auch zukünftig beibehalten werden sollen, z. B. mit den *Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUEs)* im Kreis Euskirchen, dem *Kommunalen Bildungs- und Integrationszentrum (Ko-BIZ) Kreis Euskirchen* sowie dem *Jugendmigrationsdienst (JMD) Euskirchen*. ■

Katharina Wonnemann

NS-Dokumentation Vogelsang | Akademie Vogelsang IP

www.vogelsang-ip.de



Als Jugendbildungsreferent im Programm der politischen Jugendbildung im AdB zu sein, bedeutet für mich, einen wertvollen Austausch mit Kolleg*innen anderer Einrichtungen zu haben. In unseren Projektgruppen organisieren wir trägerübergreifende Veranstaltungen. Wir tauschen uns inhaltlich und didaktisch aus, geben Methoden weiter und finden füreinander ein offenes Ohr bei Fragen oder Problemen. Viele Ideen sind hier entstanden und konnten schließlich in gemeinsamen Projekten münden. Mit dem aktuellen forum e.V. in Gelsenkirchen entwickle ich gerade eine Outdoor-Rallye zum Thema Erinnerungskultur in Dortmund, ein Projekt zu Escape Rooms in der politischen Bildung gemeinsam mit Soziale Bildung e.V. in Rostock ist 2021 zuende gegangen und 2023 werde ich die Villa Fohrde zu einer Gedenkstättenfahrt zum Thema Euthanasie besuchen. All diese Kooperationen sind nur dank der Teilhabe im Programm der politischen Jugendbildung entstanden und viele weitere werden noch entstehen.“

Daniel Steinbach

Waldritter e.V.

Fachgruppe „Erinnerung und Teilhabe“



Neue Herausforderungen in der politischen Jugendbildung: Besuch einer Weiterbildung zur Traumasensibilität



„Das Wissen über Trauma hat die Kraft, die Welt zu verändern.“ Verena König/Traumatherapeutin

Die Begriffe Trauma und Traumatisierung sind derzeit in vieler Munde und vor allem im Kontext Flucht und Migration sehr präsent. Zentrale Fragen sind hierbei wie Traumata entstehen, welche strukturellen Faktoren sie begünstigen und was sie konkret für die Betroffenen, ihr Umfeld und den Umgang damit in der Gesellschaft bedeuten können. Die Auseinandersetzung mit den Grundlagen traumainformierten Arbeitens findet bisher jedoch kaum Eingang in die politische (Jugend)Bildung. Spannend sind hier insbesondere folgende Fragen: Was hat Trauma mit Politik zu tun? Wie kann traumasensibles Handeln (mehr

Berücksichtigung in der politischen (Jugend-)Bildung bzw. in unseren Bildungshäusern finden? Welche strukturellen und inhaltlichen Voraussetzungen und Bedingungen sind dafür notwendig?

Um mich diesem Themenkomplex anzunähern und sowohl persönlich als auch in unserer Bildungseinrichtung handlungsfähiger zu werden, nahm ich im Rahmen meiner Tätigkeit als Jugendbildungsreferentin im Schwerpunkt „Flucht und Migration“ teil an der berufsbegleitenden Weiterbildung „Ressourcenorientierte Traumapädagogik/Traumazentrierte Fachberatung 2020/2021“ des *instituts Berlin* sowie an

dem Workshop „Rassistische Diskriminierung und Trauma“ mit *Amma Yeboah*.

Alles Trauma oder was?

Nicht jedes belastende (Natur)Ereignis, jede diskriminierende Äußerung oder Handlung muss aus sich heraus traumatisch sein. Vielmehr zeichnet sich die Entstehung eines Traumas dadurch aus, dass das Erlebte eine solche Wucht und Intensität hat, dass die betroffene Person Gefühle von Hilflosigkeit, Ohnmacht und Lebensbedrohung erfährt, für dessen Verarbeitung auch in der Folge nicht ausreichend

Ressourcen wie sichere Räume, Gesundheit, finanzielle Mittel, vertraute Menschen, Geborgenheit, Schutz, ... vorhanden waren. Es übersteigt die Bewältigungs- und Verarbeitungsfähigkeit und das ist unabhängig davon, ob die betroffene Person einer Situation kurz und einmalig ausgesetzt ist (z. B. Unfall, Erdbeben) oder ob sie über einen langen Zeitraum hohen Stress wie mehrfache oder andauernde Gewalt erlebt (z. B. sexualisierte Übergriffe, rassistische Beleidigungen).

Untrennbar mit der individuellen Situation der betroffenen Person verbunden und daher zu betrachten ist immer auch der spezifische Kontext auf der sozialen und gesellschaftspolitischen Ebene (z. B. Umgang mit Geflüchteten, Zugängen und Möglichkeiten der Teilhabe, Auswirkungen der Asylgesetze) (vgl. Hantke/Görges 2012, S. 53 ff.).

Traumasesibles Bildungszentrum

Bildungszentren sind Orte, in denen sich Menschen temporär in Workshops, Seminaren, Austauschprojekten etc. aufhalten, zumeist auch übernachten. Die Umgebung ist zunächst ungewohnt, der Tagesablauf nicht vertraut und in der Regel lernen sich auch die Teilnehmenden untereinander erst vor Ort kennen.

Das Wissen um die Auslöser und Folgen biografischer Belastungen oder Traumatisierungen soll in unseren Projekten verstärkt Berücksichtigung finden und das Umfeld so gestaltet sein, dass es teilnehmenden Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen sowie allen Mitarbeiter*innen Klarheit, Transparenz und Sicherheit auf möglichst allen Ebenen vermittelt (vgl. BAG Traumapädagogik 2011, S. 15 ff.)

Insbesondere mehrtägige Seminare, Workshops oder (Jugend)begegnungen mit Übernachtungen benötigen fachliche Begleitung bzw. Bildungsreferent*innen, die die Teilnehmenden und ihre Bedürfnisse im Blick haben und bei Bedarf bzw. in Krisensituationen unterstützen oder intervenieren.

Wir möchten mehr und mehr dazu beitragen, dass es gar nicht erst zu Situationen kommt, die Traumatisierungen zur Folge haben können und uns damit auseinandersetzen, was wir machen, wenn es Situationen gegeben hat, die die Gefahr

von Traumatisierung in der Folge erhöhen, weil nicht angemessen reagiert wurde.

Die Palette an inhaltlichen und praktischen Maßnahmen ist groß und die Auseinandersetzung damit als fortlaufender Prozess zu betrachten. Die folgenden Beispiele verstehen sich daher als Ausschnitt unseres Vorhabens, unsere Arbeit perspektivisch traumasensibel zu gestalten.

Raumausstattung:

- *Die Beleuchtung funktioniert zusätzlich zu Lichtschaltern mit Bewegungsmeldern, um zu verhindern, dass das Licht von außen bzw. Unbefugten ausgeschaltet werden kann.*
- *Leselampen und Lichtschalter an jedem (Hoch)Bett, die individuell zu bedienen sind. Ebenso Steckdosen, um ausreichend Akkulademöglichkeiten vorhalten und das Mobiltelefon in der Nähe behalten zu können.*
- *Die Gardinen lassen sich blickdicht schließen, Lüftungsmöglichkeiten bestehen auch, ohne das Fenster komplett öffnen zu müssen.*

Informationen und Erreichbarkeit:

- *Es gibt eine Fotogalerie der Mitarbeiter*innen, die zeigen, wer jeweils vor Ort und ansprechbar ist.*
- *Piktogramme informieren unabhängig von Sprachkenntnissen, verdeutlichen z. B. den Ablauf bei einem Notfall.*
- *(Verschiedensprachige) Infobroschüren und Flyer mit Kontakten von Beratungsstellen (z. B. zum Thema Mobbing, Diskriminierungen, sexualisierter Gewalt).*
- *Bei externen Dienstleister*innen im Haus erhalten die Teilnehmenden darüber Kenntnis.*

Inhalte Schutzkonzept:

- *Definition unseres Verständnisses von Macht, Machtmissbrauch und Grenzüberschreitungen*
- *Maßnahmen zum Umgang mit Risikosituationen (z. B. bei Übernachtungen, Zugang zu Sanitärräumen, allein vor Ort sein, Sprache, externe Veranstaltungen ...) im Bildungszentrum/bei Projekten sowie Handlungsabläufe, was zu tun ist*
- *Wissen und konkrete Umsetzung machtkritischer, diskriminierungsarmer und diversitätsbewusster Bildungsarbeit (Code of conduct)*

- *Schutz besonders vulnerabler junger Kolleg*innen wie Freiwillige und Praktikant*innen*
- *Umgang mit Anregungen und Beschwerden*
- *Diversifizierung des Teams (BIPOC; Queer, be_hinderte Kolleg*innen.) um vielfältige Positionierungen und Ansprechpersonen vor Ort und im Bildungsangebot zu gewährleisten.*

Traumainformiertes Team

Neben den strukturellen Erfordernissen und der konzeptionellen Betrachtung steht und fällt die Umsetzung traumasensibler Arbeit mit dem beim Träger tätigen Team. Es braucht informierte Mitarbeitende, die sich der Notwendigkeit traumasensiblen Handelns bewusst und bereit und in der Lage sind, dieses sowohl in den Arbeitsalltag einzubinden als auch neuen Kolleg*innen zu vermitteln oder in der Kooperation mit Partnereinrichtungen einzubringen. Grundlage dafür sind: Erkenntnisse zur Entstehung und Ausdruck von Trauma, Traumafolgestörungen, Krisenbewältigung und (eigener) Selbstfürsorge, das Wissen um das Spektrum möglicher (Gewalt-)Erfahrungen aufgrund von Geschlecht, Beeinträchtigungen/Behinderungen, Sozialisation, Glaube, Herkunft sowie die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit globalen und innergesellschaftlichen Machtverhältnissen. ■

Urte Bliesemann

dock europe e.V.
Internationales Bildungszentrum

www.dock-europe.net



REFLEXION DER ZUSAMMENARBEIT IM PROGRAMM
„POLITISCHE JUGENDBILDUNG IM AdB“ IN DER FACHGRUPPE
„DIGITALE MEDIEN UND DEMOKRATIE“

POV: Das hier ist kein Ende!



Dreharbeiten im Projekt Taunwood 2019

Wer hätte 2017 gedacht, dass 2020/21 in der politischen Bildung mehrheitlich digitale Formate stattfinden würden und Digitalisierung zu solch einem zentralen Thema im gesellschaftlichen Diskurs werden würde?

Niemand natürlich. Wie auch. Wir waren in gewisser Weise daran gewöhnt, dass sich Entwicklungen rund um das Thema Digitalisierung in Deutschland eher langsam bewegten. Die deutsche Skepsis war weltweit unter dem Begriff *German Angst* bekannt – das Internet für manche immer noch „Neuland“. Davon unbenommen war die Vorstellung, dass unsere Zukunft durch digitale Entwicklungen geprägt sein würde, was mit fatalistischer Haltung aber ohne große Aufregung hingenommen wurde.

Mit der Pandemie, Distanzunterricht und Homeoffice, Tracking und digitalem Check-In in Restaurants, Kino etc. mit Hilfe von

Corona-, Luca- und anderen Apps, digitalen Teams und privaten Zoom-Dates wurde diese Zukunft zur Gegenwart. Und so hat die Pandemie mit Sicherheit alle Arbeitsbereiche der politischen Bildung erschüttert, aber sie hat wohl keinen Themenschwerpunkt so nachhaltig in den Mittelpunkt gerückt, wie den um Digitalisierung, Digitale Medien und Demokratie.

Für uns als *Bildungsstätte Alte Schule Anspach I basa e. V.* bedeutete dies einerseits, dass wir unser gesammeltes Wissen über digitale Tools und Methoden nun aus dem Nischenregal herausholen und allen breit zur Verfügung stellen konnten. Andererseits stieg durch den Digitalisierungsschub die Nachfrage nach unseren Inhalten in diesem Schwerpunkt massiv.¹

Angetreten waren wir 2017 mit einem Fokus auf drei Arbeitsfelder: 1) Auswirkungen von Digitalisierungsprozessen auf demo-

¹ Ein radikaler Einschnitt für basa e. V. war in der Periode 2017–2022 natürlich auch der Weggang unseres Kollegen Christian Kirschner, dem wir an dieser Stelle nochmal für sein großes Engagement danken möchten.

kratische Institutionen; 2) Auswirkungen von Digitalisierungsprozessen auf die demokratische Gesellschaft; 3) die Annahme, dass für digitale Teilhabe auch ein Wissen über die ökonomischen Interessen und Strukturen hinter digitalen Plattformen notwendig ist.

Die Arbeitsfelder wurden in Seminaren bearbeitet, in denen es etwa um die Möglichkeiten der (Mit-)Gestaltung unserer digitalen Zukunft ging – z. B. in dem Hörspiel-Seminar „Was passiert, wenn Klopapier digital wird?“ – aber auch in den Filmseminaren zu Sexismus in Serie(n) oder den Taunwood-Produktionen, bei denen einerseits die Analyse digitaler Medien aber auch deren eigene Produktion Mittel zur Auseinandersetzung mit Kommunikation und Machtverhältnissen in demokratischen Gesellschaften waren. Digitale Entwicklungen wie die Veränderung von Arbeit im Kontext von Gig Economy, das Entstehen von Smart Cities und die Auswirkungen von algorithmischer Diskriminierung stehen im Fokus des in der Programmperiode entstandenen Augmented Reality Games *Canvas City*.



Aufnahme-Leitung zum Hörspiel „Das Erbe“

Mit all diesen Themen kamen wir in der Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ produktiv zusammen. Höhepunkte des Austauschs waren neben den Fachgruppentreffen die Barcamps, die unter dem Hashtag #bcpb jedes Jahr politische Bildner*innen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenbrachten. Themen, die hier unter anderem verhandelt wurden, waren das „freie“ Internet versus dessen Kommodifizierung, Inklusion in die digitale Gesellschaft oder digitale Souveränität.

Ab März 2020 stand dann unsere eigene Arbeit, wie die der anderen Kolleg*innen im Jugendbildungsreferent*innen-Programm, ganz unter dem Zeichen der Pandemie. Alle Seminare in Präsenz wurden abgesagt, einige Kolleg*innen in Kurzarbeit geschickt und andere damit betraut innerhalb kürzester Zeit Online-Seminare zu konzipieren und durchzuführen. Ein intensiver digitaler Austausch zwischen den Jugendbildungsreferent*innen im

Begonnen als Initiative zur Weiterentwicklung des Themenfeldes der politischen Medienbildung in der Begegnungsstätte Schloss Gollwitz, ermöglichte das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ weitaus mehr: Unser gefördertes Projekt „Medien. Macht? Und Demokratie“ bestärkte und unterstützte nicht nur Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Umgang mit Digitalen Medien, das AdB-Programm sorgte zudem für eine enorme Weiterentwicklung der inhaltlichen Arbeit. Die vergangenen sechs Jahre ermöglichten es, uns als Jugendbildungsstätte fortlaufend neu zu orientieren und unsere Bildungsangebote zu verbessern: Durch qualitativ hochwertigen, fachlichen Austausch und durch die Bündelung unterschiedlicher Expertisen der teilnehmenden Bildungseinrichtungen, war es möglich, neue Ansätze für die Seminargestaltung im eigenen Haus zu konzipieren und umzusetzen. Gemeinschaftsprojekte, wie zum Beispiel „jumbl“ und „Barcamp Politische Bildung“, förderten überdies die persönliche Entwicklung und Fortbildung in der Arbeit mit und zu Digitalen Medien im eigenen Team. Die Vernetzungsaktivitäten im Programm und vor allem die zentralen Arbeitstreffen (ZAT) haben dabei geholfen die verschiedenen Profile der Bildungseinrichtungen in Deutschland kennenzulernen und förderten zugleich die bildnerische Selbstreflexion im eigenen Haus.“

Annika Hempel und Juliana Barg

Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz,
Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“



Begegnungsstätte
Schloss Gollwitz



Eindruck aus dem AR Game Canvas City

Programm förderte die Zusammenarbeit und gleichzeitig rückte uns die fehlende Präsenz und der hohe Druck spürbar auseinander.

Bei *basa e. V.* hatte dies eine deutliche Veränderung der Arbeit im Schwerpunkt Digitalisierung zur Folge. Die Nachfrage nach Medienkompetenzvermittlung, nach Schulungen im Bereich Online-Bildung, zur Nutzung digitaler Tools und zur „Übersetzung“ von Methoden aus dem analogen in den digitalen Raum stieg rasant. Wir fanden uns plötzlich in Zoom-Fortbildungen wieder, in denen wir Teams digitale Zusammenarbeit mit Hilfe von digitalen Tools erklärten, Referent*innen Skills für ihre Online-Seminare vermittelten oder aber mit Jugendlichen berieten, wie Homeschooling & Co über Zoom zu machen sind. Auch das erste Online-bcpb wurde von den zahlreichen Teilnehmenden vor allem für den Austausch zu diesen neuen Herausforderungen genutzt. Daneben diskutierten wir nun das Thema digitale Teilhabe vor dem konkreten Hintergrund der Ermöglichung von Teilhabe an Online-Bildungsangeboten und des erschwerten Zugangs zu prekarierten Jugendlichen, mit dem sich auch die außerschulische politische Bildung konfrontiert sah. Gleichzeitig wurden mit dem Bedeutungsgewinn von Verschwörungstheorien, Fake News und Hate Speech im Kontext der Bewegung der Corona-Leugner*innen und Impfskeptiker*innen und dem Einfluss rechtsextremer Ideologien auf diese auch hier mehr Veranstaltungen angefragt.

Als Querschnittsthema für alle Fachgruppen soll das Thema Digitalisierung in der kommenden Periode des Jugendbildungsreferent*innen-Programms des AdB weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Wir von *basa e. V.* können dank der Arbeit in dem Schwerpunkt und in der Fachgruppe auf einen reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen. ■

Dr. Anna Krämer

basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach

www.politischebildung-basa.de

basa
bilden und fördern



Schüler*innen diskutieren über Menschenrechte

**REFLEXION DER ZUSAMMENARBEIT IM PROGRAMM
„POLITISCHE JUGENDBILDUNG IM AdB“ IN DER FACHGRUPPE
„FLUCHT UND MIGRATION“**

Über die Bedeutung der Vernetzung für die Internationale Bildungsstätte – Sicht eines Trägers im ländlichen Raum

Der *Scheersberg* hoch im Norden an der Ostsee im Grenzland zu Dänemark ist umgeben von Rapsfeldern idyllisch gelegen in der Angelner Hügellandschaft. Rundum findet man Dörfer, kleine Ortschaften und die nächste Stadt Flensburg in 25 Kilometern Entfernung. Man könnte meinen, hier passiert nicht viel, da die Erreichbarkeit über öffentliche Verkehrsmittel nicht gerade niedrigschwellig ist. Und doch ist die *Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg* eine der wenigen Bildungsstätten von Landesinteresse in Schleswig-Holstein, in der die motivierten Mitarbeitenden gerade dieses Faktum als Standortvorteil zu nutzen wissen.

Der *Scheersberg* ist eine Bildungseinrichtung, die wie eine Insel im ländlichen Bereich herausragt, in der man sich von den äußeren Einflüssen des Alltags befreit auf Gruppenprozesse, auf das Miteinander und auf die Aushandlung diverser Themen in vielfältiger Weise konzentrieren kann. Dies ist wahrscheinlich der triftigste Grund, warum es Jugendgruppen, Schulklassen und jede Menge weitere Menschen mit gesellschaftspolitischem Interesse auf den *Scheersberg* zieht. Und dennoch müssen wir als Bildungseinrichtung Aufwand betreiben, um einen Angebotsrahmen zu bieten, der es Wert ist, als Gast den Weg zu uns auf sich zu nehmen.



Workshop „Arbeit und soziale Ungerechtigkeit“

Das können wir nicht allein aus eigener Kraft, denn kompetente pädagogische Angebote haben ihren Preis und nicht jeder Mensch kann sich Bildungsangebote leisten oder gibt ihnen den notwendigen Stellenwert, sich dafür auf den Weg zu uns zu machen.

Deshalb versuchen wir tagtäglich, neue Wegbegleiter*innen und Fördergelder zu finden, um unsere Angebots- und Preisstruktur für Menschen aller Altersklassen attraktiver gestalten zu können und vor allem die gesellschaftlichen Gefüge in unserer ländlichen Region zu stärken. Der *Scheersberg* ist bereits seit 1968 Mitglied im AdB e.V. und hatte sich für das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ (2017–2022) beworben. Aufgrund zu hoher Konkurrenz im Bewerbungsverfahren konnten wir jedoch nicht direkt ab Beginn der Laufzeit berücksichtigt werden. Erst zwei Jahre nach Start des Programms konnten wir als Nachrücker im Themenschwerpunkt „Flucht und Migration“ einsteigen.

Als neues Mitglied der Gruppe der Jugendbildungsreferent*innen ist es gerade im Startjahr 2019 nicht leicht gewesen, sich auf den zentralen Arbeitstagungen zurechtzufinden, waren doch bereits zwei Jahre im Programm vergangen, in denen Anekdoten, Gemeinsamkeiten, Ziele und Kooperationen innerhalb der Fachgruppe entstanden sind und das Teambuilding zumindest schon in voller Fahrt war.

Die Fachgruppe „Flucht und Migration“ hat es mir dennoch leichtgemacht, Fuß zu fassen, sich zurechtzufinden in der inhaltlichen Arbeit, wie aber auch im Administrativen, wie z.B. der Seminarabrechnung, die in vielen Belangen eher nicht intuitive und nachvollziehbare Wege erfordert. Aber auch die Strukturen

innerhalb des Kollegiums der Jugendbildungsreferent*innen, wer mit wem in welcher Fachgruppe zusammenarbeitet, wer woher kommt – das war mitunter nicht leicht zu durchblicken. Aber genau dies ist der Kern des Programms: der Austausch, die kollegiale Begleitung, die vielen Hilfestellungen und wertvolle Kooperationen mit anderen Trägern.

Auch der persönliche inhaltliche Einstieg in die Debatten war nicht einfach. So herrschte eine hohe Sensibilität für gendgerechte Sprache, die mir zwar auch bewusst war, jedoch ging ich noch lange nicht so flüssig und natürlich mit der Thematik um wie andere in der Runde. Insgesamt hatte das Thema gendersensible Sprache zwar jüngst auf dem *Scheersberg* Einzug gehalten, doch als neues Thema brauchte es noch Zeit für alle Mitarbeitenden, um einen natürlichen und authentischen Umgang damit zu erreichen. Da waren die Kolleg*innen aus dem Programm bereits um einiges versierter und dies verdeutlichte mir, dass relevante Themen und Trends auf dem Land immer etwas verzögerter ankommen als bei den Kolleg*innen in den Städten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt oder Essen.

Alleine dies ist ein Beispiel, wie ich und der *Scheersberg* in den letzten Jahren von der Mitarbeit im Programm profitieren konnten. Denn heute sind wir einige Schritte weiter als noch zu Beginn der Zeit als Jugendbildungsreferent im AdB.

Nicht nur in diesem Themenkomplex habe ich viele Argumentationen mitnehmen können, die für den *Scheersberg* als ländliche Bildungseinrichtung Relevanz bekommen sollten: der Umgang mit persönlichen und gesellschaftlichen Privilegien, der Abbau

von sozialer Ungerechtigkeit, Diskriminierungen und Rassismen in all ihren Facetten – all dies waren nahe Themen und Aspekte, die unsere Arbeit bereichern und weiterbringen.

Die Vernetzung mit den anderen Jugendbildungsreferent*innen scheint mir tatsächlich der größte Vorteil des AdB-Programms zu sein – der Austausch über Hürden, über neue Methoden, über aktuelle Diskurse und Debatten.

Wir haben uns in unserem Konzept sehr auf die Förderung von Teilhabeprozessen junger Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte fokussiert. Nun, in der Reflexion der letzten Jahre und



Testwahl zur Landtagswahl Schleswig-Holstein 2022

dem was wir in unserem Vorhaben als Ziele unserer Arbeit formuliert haben, kann ich festhalten, dass wir vieles, was wir uns als *Scheersberg* vorgenommen hatten, auch umgesetzt haben. So sollten z. B. mehr Schulen, Vereine, Behörden und Fachdienste berücksichtigt werden, thematisch sollten sich Teilnehmende mit Teilhabemöglichkeiten auseinandersetzen, sich ein fundiertes Wissen zu Menschenrechten und demokratischen Strukturen aufbauen, sich austauschen über Werte und Identitäten, kreative, ästhetische und mediale Methoden anwenden, um eine Selbstwirksamkeit zu erreichen. Vieles davon ist gelungen, vieles wurde neu angegangen und wir haben uns und unsere Vorhaben weiterentwickelt.

Durch die Folgen der Corona-Pandemie wurde jeder einzelne am Programm beteiligte Bildungsträger vor Herausforderungen gestellt, die es nötig machten, sich ein wenig vom ursprünglichen

Durch die Mitarbeit in der Fachgruppe „Flucht und Migration“ gelang es, innerhalb der EJBW ein Themengebiet umfassend zu bearbeiten und zu verankern, das für Thüringen nach wie vor von sehr großer Bedeutung ist. Der Austausch und die Reflexionen mit den Kolleg*innen innerhalb der Fachgruppe hatte viele positive Effekte auf uns:

- Der Diskurs zur Diversifizierung der politischen Jugendbildung wurde befördert.
- Zielgruppen, die sich zuvor nicht mit der Thematik „Flucht & Migration“ auseinandersetzen, erhielten neue Einblicke und Perspektiven (z. B. Azubis, Jugendliche aus ländlichen Gebieten).
- Kooperationen entstanden: z. B. mit einer Kollegin aus der Fachgruppe „Erinnerung und Teilhabe“ und dem Laissez-passer e.V. Hier ging es um Empowermentseminare mit Jugendlichen.
- Impulse zu einer kritischen politischen Bildung zu den Themen „Flucht, Migration, Demokratie“ konnten in den regionalen Diskurs eingebracht werden (z. B. im Rahmen des Thüringer Landesprogramm „denkbunt“ oder des Netzwerkes Demokratiebildung in Thüringen).
- Ausbildungen und Diversifizierung von Trainer*innen der politischen Bildung konnten angestoßen werden: Train-the-Trainer on Tour-Reihe, Anti Bias Vernetzungstreffen mit Schwerpunkt „Flucht“ (u. a. in Kooperation mit „Jugendliche ohne Grenzen“) etc.“

Eric Wrasse

Pädagogischer Leiter der Stiftung
,Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar‘ (EJBW)



Konzept und von vorformulierten Ansprüchen zu lösen und tatsächlich auf die Erfordernisse der Situation zu reagieren. Strukturen mussten angepasst und Ausgleich für unvorhergesehene Mehrbelastung geschaffen werden. Von manchem musste aus zeitlichen Gründen Abstand genommen werden. Aber auch didaktisch musste die Herangehensweise neu überdacht werden.

Mit der Zeit haben wir unser Konzept und unsere Arbeit weiterentwickelt. So hatten wir zum Beispiel im Ursprungskonzept vermerkt, dass demokratische Bildungsprozesse mit Institutionenkunde eingeleitet werden sollten. Und wenn man die jungen Teilnehmenden gerne verschrecken und nie wiedersehen möchte, dann kann man gerne so vorgehen. Will man allerdings eine vertrauensvolle Basis und eine Bindung zu den Teilnehmenden aufbauen und wirklich einen Bildungsprozess bei den Teilnehmenden anstoßen, so muss man bewusster, sensibler und teilnehmendenorientierter vorgehen. Diese Erkenntnis veränderte unsere Bildungsarbeit auf dem *Scheersberg* grundlegend.

Über Beziehungsarbeit haben wir uns in unserer Fachgruppe viel ausgetauscht, über safe spaces, über eine vertrauensvolle Atmosphäre, die gerade im transkulturellen Bereich zwingend erforderlich ist.

Vieles konnte ich in Seminaren anwenden und verfeinern. Auch mit den verantwortlichen Personen im AdB war es stets eine wertvolle Zusammenarbeit; zwar nicht immer reibungslos, weil auch das Verständnis von Abläufen sich bei uns weiterentwickeln musste. Aber letztendlich konnte immer eine wertschätzende und konstruktive Lösung gefunden werden. Und auch genau das bringt uns zu einem sehr positiven Fazit zu unserer Mitarbeit im AdB.

Wenn man mich fragen würde, wie viel ich aus dem Programm mitgenommen habe, dann muss ich sagen: unglaublich viel. Je-



Brainstorming zu Benachteiligungsformen und Hürden der Teilhabe

doch noch nicht alles, was der AdB, das Programm und die Kolleg*innen noch an Potenzialen zu bieten haben, konnte ich verarbeiten, weil einfach die Aufnahme- und Verarbeitungskapazitäten eines Menschen schlicht begrenzt sind und die letzten Jahre der Pandemie sehr kräftezehrend waren. Unter anderen Umständen und mit einer Rolle im Programm von Anfang an hätte ich sicherlich noch mehr für den *Scheersberg* adaptieren können und womöglich auch noch mehr im Programm beisteuern können. Das ist es, was ich mir für eine weitere Mitarbeit im nachfolgenden



World-Café bei Fit für Mitbestimmung

Programm vornehmen werde: Andere Kolleg*innen noch mehr an den eigenen Erfahrungen und Arbeitsweisen teilhaben lassen. Auch wenn wir Jugendbildungsreferent*innen alle die gleiche Suppe kochen, so verwenden wir alle unterschiedliche Gewürze. Und nur durch die Kombination dieser werden die Rezepte unserer Arbeit verbessert und für junge Menschen schmackhaft gemacht.

Für die vergangenen vier Jahre möchte ich mich bei den verantwortlichen Personen im AdB bedanken, vor allem aber bei meiner Fachgruppe, mit der ich mich bei jedem Aufeinandertreffen in tiefen Gesprächen verfangen habe, die mir neue Sichtweisen aufzeigte und mich in meinem Denken und Handeln weiterentwickelte. Und wenn ich mich weiterentwickelte, dann entwickelt sich automatisch auch den *Scheersberg* und die ländliche Idylle des schönen Schleswig-Holsteins. ■

Malte Morische

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

www.scheersberg.de



Ansätze historisch-politischer Bildung mit dem Fokus auf das Pogrom im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen



Seit der Mitgliedschaft von *Soziale Bildung e. V.* im AdB im Jahr 2012 verfolgen wir mit Interesse die Tätigkeit des bundesweiten Programms „Politische Jugendbildung im AdB“. Mit der Ausschreibung für die Projektphase 2017–2022 wurde mit dem Arbeitsschwerpunkt „Erinnerungskultur und Teilhabe“ ein Themenfeld fokussiert, das den Träger seit seiner Gründung begleitet und zu dem diverse Projekte umgesetzt werden.

Das Interesse an bundesweiter Vernetzung und Kooperation, sowie die Möglichkeit historisch-politischer Bildung im Träger zu stärken, waren Motivation, einen Antrag für das Programm zu stellen.

In der inhaltlichen Abwägung der Schwerpunktsetzung war zentral, dass der Träger im Rahmen einer Projektstelle seit 2015 nach und nach das *Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“* aufbaut, das mit einem Archiv sowie Informations- und Vermittlungsangeboten zum Pogrom in Rostock-Lichtenhagen arbeitet.

Der Arbeitsbereich ist im Zuge einer Ausschreibung durch die Universitäts- und Hansestadt Rostock für die „Aufarbeitung und Vermittlung der rassistischen Ausschreitungen von Rostock 1992“

entstanden, für das auch *Soziale Bildung e. V.* ein Konzept eingereicht hatte.

Die Jugendbildungsreferent*innenstelle wurde von Beginn an in der Konzeption in enger Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum gedacht, was ein wichtiger Bestandteil in der gesamten Programmphase war.

Auch nach nunmehr 30 Jahren seit dem Pogrom 1992 in Rostock ist das Ereignis durch das Ausmaß, die Folgen und die umfassende mediale Berichterstattung zu einem Bestandteil lokaler und überregionaler Erinnerungskultur geworden und es finden sich diverse zeitgeschichtliche Bezüge.

Wer in welcher Form an die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen erinnert, ist dabei durch Spannungsverhältnisse, die auf unterschiedlichen Narrationen und Bewertungen basieren, gekennzeichnet. Dies bietet viele Ansätze, Fragen von Teilhabe und Erinnerungskultur zu thematisieren. Weiterhin bietet die Beschäftigung mit dem historischen Ereignis und den Folgen die Möglichkeit, aktuellen Formen von Diskriminierung und rechter Gewalt zu besprechen, welches wichtige Felder politischer Jugendbildung sind.



Erinnerungszeichen von Jugendlichen zum NSU-Komplex 2022

Vor diesem Hintergrund hat *Soziale Bildung e. V.* vor 5 Jahren im Rahmen des Jugendbildungsprogramms das Ziel formuliert „einen umfassenden und zeitgemäßen Ansatz der historisch-politischen Bildung mit Fokus auf die Auseinandersetzung mit dem Pogrom im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen und damit im Verhältnis stehenden gesellschaftspolitischen Thematiken zu entwickeln und umzusetzen“ (Antrag 2017).

Rückblickend auf die vergangene Programmlaufzeit kann festgehalten werden, dass wir trotz vieler Herausforderungen und Verzögerungen das Ziel im Blick behalten konnten und diverse Maßnahmen im Bereich der Jugendbildung konzipiert, umgesetzt, kritisch hinterfragt und weiterentwickelt haben. Die letzten Jahre waren dabei insbesondere durch folgende fünf Punkte geprägt:

1. Wertvoller kollegialer Austausch und bundesweite Kooperation mit Jugendbildungsreferent*innen

Die Landschaft von Akteur*innen der außerschulischen politischen Jugendbildung ist im bundesweiten Vergleich in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern sehr überschaubar. Für einige Themenfelder gibt es kaum Möglichkeiten des Austausches. Für uns als Träger sind daher Kooperationen und fachlicher Austausch über die Stadt- und Landesgrenzen hinweg wichtig, um innovative und kritische Impulse für unsere Arbeit zu bekommen.

In den letzten Jahren war dabei der Austausch im „Programm politische Jugendbildung im AdB“ ein wichtiger Raum für Diskussion, Austausch, Weiterentwicklung und gemeinsame Projekte, die das Themenfeld Erinnerungskultur und Teilhabe im speziellen und den Träger im Allgemeinen positiv geprägt haben.

2. Entwicklung eines breiten Interesses, sich in der Struktur des AdB einzubringen

Das Engagement im Jugendbildungsprogramm hat bewirkt, dass der AdB als Ganzes Stärken der verschiedenen Bereiche des Trägers in den Blick genommen hat, dass das Interesse an den Strukturen und Projekten des AdB gewachsen ist und Beteiligungs- und Austauschräume mit Interesse genutzt werden. Dazu zählt unter anderem das Einbringen in Kommissionen, Fortbildungen, Veröffentlichungen und das Beteiligen an Projekten. Auf diese Weise haben sich auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Arbeitsbereichen Verknüpfungen von *Soziale Bildung e. V.* mit Projekten der AdB-Geschäftsstelle und anderen Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung ergeben. Ein Netzwerk, das spürbar in den Träger hineinwirkt.

3. Inhaltliche und methodische Vielfalt

Durch die Flexibilität der inhaltlichen Ausgestaltung im Programmschwerpunkt und die Chance neue Formate zu entwickeln, war es möglich, neben Maßnahmen zum Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 weitere inhaltliche Bereiche in Jugendbildungsprojekten zu thematisieren.



Fernsehstudio Lichtenhagen



Stadtrundgang Lichtenhagen

Postkolonialismus, der NSU-Komplex, die Auseinandersetzung mit der Shoah und der NS-Zeit sowie allgemeine Fragen der Erinnerungskultur waren ebenso Bestandteil und konnten in verschiedenen Projekten umgesetzt werden.

Hinsichtlich der Formate waren neben Escape-Rooms, internationalen Jugendbegegnungen, Stadtrundgängen, Tagesworkshops, Gedenkstättenfahrten und Medienprojekten, Ausstellungen und digitale Veranstaltungen wichtige Formatakte des Jugendbildungsbereiches bei *Soziale Bildung e. V.*

4. Digitalisierung und Pandemie

Die notwendigen Kontaktbeschränkungen im Zuge der COVID-19-Pandemie haben in den letzten Jahren vielfach als Digitalisierungsbeschleuniger gewirkt. Auch zu dem Themenschwerpunkt „Lichtenhagen im Gedächtnis“ wurden digitale Formate entwickelt und umgesetzt.

Unsere Erfahrungen, sich online im Gruppenkontext mit rassistischer Gewalt auseinanderzusetzen, waren geteilt und resümierend sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass das Themenfeld im digitalen Raum nur defizitär und mit vielen Abstrichen bearbeitet werden kann.

Andererseits gab es auch positive Effekte und digitale Formate wie beispielsweise eine Webdokumentation (app.lichtenhagen-1992.de) zum Pogrom Rostock-Lichtenhagen 1992, die finalisiert werden konnte und zukünftig in vielfacher Hinsicht in pädagogischer Arbeit eingesetzt wird. Der bundesweite Austausch wurde erleichtert.

Das Anne Frank Zentrum war von 2017 bis 2022 Teil des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ im Schwerpunkt „Erinnerungskultur und Teilhabe“.

Wie soll man die vielfältigen Auswirkungen aus sechs Jahren in einem kurzen Statement zusammenfassen? Am besten anhand einiger Beispiele:

Austausch und Vernetzung: Das Programm beförderte den bundesweiten Austausch von Fachkolleg*innen zum Thema des Schwerpunkts. Der Austausch wurde vom AdB kompetent und engagiert gerahmt und begleitet. In kollegialer Atmosphäre, die sich über die Jahre entwickeln konnte, wurden aktuelle Positionen im umstrittenen Feld der Erinnerungskultur diskutiert und Perspektiven ausgetauscht. Nach den Treffen fühlte man sich gestärkt und „up-to-date“. Es gab den Raum, eigene Projekte vorzustellen und sich dazu kollegial beraten zu lassen. Man konnte sich aber auch Tipps zu ganz praktischen Herausforderungen holen, wie etwa der Durchführung von Veranstaltungen mit Jugendlichen während der Corona-Pandemie.

Lernen auf allen Ebenen durch das gemeinsame Tun: Die Fachgruppe erarbeitete gemeinsam verschiedene Materialien und Formate im Themenschwerpunkt. Inhaltlich wurden so die Ergebnisse des Austauschs gesichert und der interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. Dabei lernten die Teilnehmenden die unterschiedlichen Arbeitsweisen in den beteiligten Institutionen kennen und erweiterten auch auf diesem Gebiet ihren Horizont.

Weiterentwicklung der eigenen Arbeit und Qualitätssicherung: Natürlich gibt es anerkannte fachliche Standards in der politischen Jugendbildung. Aber es gibt keine einfachen Schemata, nach denen man pädagogische Räume für Jugendliche schaffen kann, die das Thema gewinnbringend, motivierend und sachlich ausgewogen zugänglich machen. Schon allein weil keine Jugendgruppe gleich ist, sich die Rahmenbedingungen stets unterscheiden und sich auch die Erinnerungskultur stetig verändert. Um immer wieder gute Begegnungen zu schaffen, ist die Reflexion des eigenen Tuns sehr wichtig. In der Regel findet dies in der eigenen Institution statt. Im Programm politische Jugendbildung war aber auch auf diesem Gebiet ein Rahmen gesetzt, der über die eigene Institution hinausging. Im Anne Frank Zentrum hat ganz konkret die Neukonzipierung der ständigen Ausstellung „Alles über Anne“ als inklusiver, biografischer und interaktiver Lernort von diesem Austausch profitiert. Aber auch die inklusiven digitalen Angebote, die kurzfristig mit Beginn der Coronapandemie entwickelt wurden.“

Veronika Nahm

Direktorin des Anne Frank Zentrum e. V.

Anne Frank.
ANNE FRANK ZENTRUM



5. Politische Jugendbildung und Soziale Arbeit in Verschränkung

Neben Fragen zu Formaten und Methoden war die Programmphase auch durch Fragestellungen zu Sozialräumen geprägt, in denen politische Bildung wirkt, wirken kann und wirken sollte und wie *Soziale Bildung e. V.*, der als Träger, der in vielen Bereichen der Sozialen Arbeit verortet ist, die verschiedenen Bereiche zusammendenken kann und muss. Die Verknüpfung, die bereits vor der Programmphase im Träger angelegt war, hat sich auch in den letzten Jahren als erstrebenswert und notwendig abgezeichnet und wird den Träger auch zukünftig begleiten. ■

Christoph Schultz
Soziale Bildung e. V.

www.soziale-bildung.org



Über die politische Jugendbildung hat sich der Villa Fohrde e.V. den Bereich der Inklusion erschlossen. Das wunderbare an Jugendbildungsseminaren ist, dass sie weit über den eigentlichen Seminarzeitraum hinaus Wirkung entfalten. So ist eine Kooperation mit der Gedenkstätte Opfer der Euthanasie Morde in Brandenburg entstanden, die wiederum den Zertifikatskurs „Leichte Sprache“ bereichert. Die Leichte Sprache wiederum ist inzwischen auf unserer Homepage „angekommen“.

So kann Jugendbildung als eine Art Domino-Stein wirken, der Viele in Bewegung bringt. Durch ein queeres Jugendseminar wurden wir als gesamtes Team der Villa auf Leerstellen innerhalb unseres Denkens und Handelns in Fragen der sexuellen Vielfalt gestoßen und haben uns nun selbst weiterentwickelt. Dies sind nur zwei Beispiele aus sechs Jahren Projekt „Partizipativ (Ge)denken“ durch das hunderte Jugendliche nach Fohrde kamen, diskutierten, lachten, Musical konzipierten, Theater spielten, Filme sahen und sich vor allem begegneten.“

Daniel Wunderer
Pädagogischer Leiter und Geschäftsführer
der Villa Fohrde Bildungs- und Kulturhaus e. V.



REFLEXION DER ZUSAMMENARBEIT IM PROGRAMM
„POLITISCHE JUGENDBILDUNG IM AdB“ IN DER FACHGRUPPE
„ARBEIT UND LEBENSPERSPEKTIVE“



„Zukunft ist jetzt!“

Die Idee, mit der sich *HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg* auf die Mitarbeit im Themenschwerpunkt „Arbeit und Lebensperspektive“ bewarb, lautete: „Perspektive 2030 – Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit“. Wir nahmen uns vor, den Weg der Seitenblicke zu gehen und die jugendlichen Teilnehmenden zu veranlassen, ihren Gesichtskreis zu erweitern, sich weiter in ihrem Umfeld, in der realen und der virtuellen Welt umzuschauen und letztendlich die Zukunft sowie die eigenen Lebensperspektiven in den Blick zu nehmen. Lebensweltnahe politische Bildung sollte Ergänzung sein zu den sonstigen auf den Arbeitsmarkt vorbereitenden Maßnahmen. Ziel des Projekts war die Befähigung junger Menschen, die Übergänge Schule – Ausbildung/Studium – Beruf sowohl individuell als auch im gesellschaftlichen Kontext zu reflektieren und dadurch mündig und verantwortlich zu agieren.

Die bereits von *HochDrei* erlangte Expertise in der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung reichte von der historischen Betrachtung von Arbeit über die Analyse derzeitiger Zustände und Möglichkeiten der Gestaltung bis hin zur Fähigkeit des Denkens von Alternativen. Es hatte sich gezeigt, dass für Jugendliche der Bereich der Zukunftsfragen, die Entwicklung von individuellen Lebensperspektiven und die Beschäftigung mit den einzelnen Aspekten darin sehr relevant sind.

Für die Umsetzung des Projekts wurden verschiedene Bildungsformate entwickelt, die sich inhaltlich in den Themenbereichen Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit bewegten. Es wurden unter anderem drei fünftägige Seminare mit Übernachtung in der Bildungsstätte von *HochDrei* durchgeführt.

Beispiele für Titel und Inhalte sind:

- **Arbeit ist das halbe Leben** – Definition des Begriffs Arbeit; Erwerbsarbeit; Care-Arbeit; Bedeutung von Arbeit individuell; Selbstbestimmung und Arbeit; demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten, Interessenvertretung; Modelle der Arbeits- und Güterteilung; digitalisierte Arbeitswelt und Entgrenzung
- **Money makes the world go round** – Reichtums- und Armutsverhältnisse; individuelles Verhältnis zu Geld und Konsum; „Was verdiene ich?"; Wertediskussion; Bankenpolitik; staatliche Intervention und Wirkungsweisen; Moral des Geldes
- **Zukunft jetzt!** – Stärken und Kompetenzen entdecken und reflektieren; Vorstellungen von der eigenen Zukunft denken und benennen; aktive Gestaltung des Übergangs von Schule zu Berufsausbildung; Arbeitnehmer*innen-Rechte



Der methodische Kern sollte die Arbeit mit und in Szenarien sein. Mit der Szenario-Methode werden mögliche Entwicklungen betrachtet. Im Jahr 2017 gingen wir davon aus, dass verschiedene Aspekte gesellschaftlich prägend sein würden, wie bspw. die sehr unsichere Wirtschaftslage, die Entwicklung der Europäischen Union, kriegerische Auseinandersetzungen an deren Außengrenzen, beeinflusst von Zuwanderung, demografischer Entwicklung, Digitalisierung des Alltags und der Arbeitswelt. In der Arbeit mit Szenarien können politische und wirtschaftliche Zusammenhänge auf die jeweiligen kognitiven und emotionalen Fähigkeiten der Zielgruppen zugeschnitten werden.

Dadurch bestand aus unserer Sicht die große Chance, mit für uns neuen Zielgruppen zu arbeiten wie auch inklusive Bildung zu ermöglichen. Besonders ansprechen wollten wir Förderschüler*innen, junge Migrant*innen und gehörlose Menschen. Die Gewinnung dieser Zielgruppen ist uns durch gezielte Kooperation mit Förderschulen, dem Türkischen Bund und in die Communities vermittelnden Menschen sehr gut gelungen. Die Arbeit mit hörgeschädigten Jugendlichen und jungen Menschen konnten wir in dem Maße nicht verwirklichen. Kontakte zu den Vereinen und Verbänden wurden zwar aufgebaut, aber es konnten keine Themen der politischen Bildung gemeinsam entwickelt

Ausgehend von dem Ziel, junge Menschen für ihre Zukunft in einer gerechten, inklusiven & nachhaltigen Arbeitswelt im ländlichen Raum vorzubereiten, hat das Programm natürlich auch unsere Einrichtung nach innen und außen geprägt. Allein die Stelleninhaberinnen mit ihren Persönlichkeiten haben unsere Arbeit, unser Team vorangebracht und unsere Arbeit nach innen und außen bereichert. Unser Verständnis von Arbeit wurde durch die Inhalte der Angebote erweitert; die Bildungsangebote wurden geprägt durch das Vorleben einer offenen, reflexiv-inklusive und solidarischen Grundhaltung sowie das Üben von Diversitäts- und Nachhaltigkeitskompetenz. Dies führte zu einer Weiterentwicklung unseres gesamten Bildungsangebotes hin zu einem Themenspektrum, das die Nachhaltigkeit sowie die Aktivierung für den Einsatz gegen Diskriminierung, Ausbeutung, Entgrenzung und Entsolidarisierung im Arbeitsleben beinhaltet. Darüber hinaus wurden Netzwerke neu geknüpft, andere ausgebaut, neue Techniken entdeckt und eingeführt. Wir nut-

zen beispielsweise nicht nur aufgrund der rasanten technischen Entwicklung die Smartphones viel stärker in unserer Bildungsarbeit, sondern auch, weil es ein Instrument ist, um neue Konzepte und Bildungsformate stärker zu integrieren. Dies konnte während der Projektphase erprobt und umgesetzt werden. Auch die Vernetzung auf Bundesebene und der damit einhergehende Austausch hat nicht nur die Arbeit der jeweiligen Jugendbildungsreferentin befruchtet, sondern hat unser Bewusstsein dahingehend gestärkt, sich gemeinsam für politische Bildungsarbeit im Verbund einzusetzen.“

Heike-Maria Pilk

Leiterin Europahaus Aurich –
Deutsch-Niederländische
Heimvolkshochschule e.V.



werden. Auch hatten wir einen schlechten Zugang, da wir selbst im Team nicht betroffen sind und wir auch keine entsprechenden Teamer*innen ausbilden konnten. Die Beantragung von Mitteln zur Bezahlung der Assistenzen in Form von Gebärdensprachdolmetscher*innen war fast unmöglich und die sonstigen Förderungen reichen dazu nicht aus. Dennoch sind die Erfahrungen im Kontakt mit potenziellen Kooperationspartnern und die eigene Weiterbildung sehr bereichernd für die Vereinsarbeit gewesen.

Wir haben in der Projektlaufzeit unser Profil der arbeitsweltbezogenen politischen Jugendbildung weiter geschärft. So konnten wir uns auch beim Modellprojekt für deutsch-polnische Jugendbegegnungen mit einer guten Basis an Wissen und Kooperationen und mit zahlreichen Veranstaltungen bis heute erfolgreich beteiligen.

HochDrei ist eine Jugendbildungsstätte, somit liegt der Schwerpunkt auf der Arbeit mit Jugendlichen. Die Stellenförderung gab das Potenzial frei, sich fachlich weiterzuentwickeln und Kontakte aufzubauen.

Dabei war die bundesweite Vernetzung mit Jugendbildungsreferent*innen aus anderen Bildungsstätten und Vereinen ein wesentlicher Bestandteil der Qualitätssicherung. Durch die regelmäßigen Tagungen und seit der Pandemie auch die kleinen virtuellen Zwischentreffen, brachten wir uns auf den neuesten wissenschaftlichen und methodischen Stand. Wir identifizierten gemeinsam brennende Themen wie Digitalisierung in all seinen Facetten und gesellschaftlichen Einflüssen, Umgang mit Ängsten von Jugendlichen, die Pandemie oder den Krieg betreffend, Ausprägungen von Klassismus. Auch der Transfer in die Teams in den Bildungsstätten hatte einen wichtigen Einfluss auf die Modernität unserer Bildungsarbeit. Es ergab sich also ein enormer Mehrwert aus der kompetenten Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen.

Tanja Berger

HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen
in Brandenburg

www.hochdrei.org

**BILDEN UND
BEGEGNEN MIT
HOCH³**

Bereits vor der Einrichtung eines Jugendbildungsreferates in der Akademie Waldschlösschen gab es Angebote zur politischen Jugendbildung. Diese waren auf vier bis fünf, dafür sehr gut besuchte Veranstaltungstermine beschränkt. Im Zuge der Beteiligung am Programm des AdB wurde der Blick der Akademie in vieler Hinsicht erweitert: Die Zielgruppe junger queerer Menschen wird nun sichtbarer und deren spezifische Belange werden differenzierter und nachhaltiger berücksichtigt. Somit konnten Ziele der politischen Jugendbildung in der Akademie weiter geschärft werden. Das zentrale Anliegen des Empowerments junger Menschen ist geblieben, einige angedachte Methoden kamen weniger zum Einsatz, andere kamen dafür hinzu. Erwartungen der Teilnehmenden konnten beispielsweise über das Format des „Barcamps“ weitaus besser entsprochen werden als ursprünglich geplante erlebnispädagogische Interventionen. Hier findet die inhaltliche Ausgestaltung nicht im Vorhinein statt, sondern wird gemeinsam mit den Teilnehmenden vorgenommen. Die Workshop-Slots werden mit den Themen gefüllt, die die Teilnehmenden mitbringen und gemeinsam bearbeiten möchten. Nicht nur durch die Mitbestimmung, sondern auch durch die Möglichkeit zur selbstständigen Gestaltung von Workshops und dem Ausprobieren vor anderen Menschen können Teilnehmende Selbstwirksamkeit und demokratische Prozesse direkt erfahren. Die Akademie hat inzwischen mehrere Veranstaltungen im Programm, die zu einem Anteil als Barcamp gestaltet sind. Diese haben trotz unterschiedlicher Größe eines gemein: Die Teilnehmenden bringen immer ausreichend Themen mit (meist mehr als in der begrenzten Zeit bearbeitet werden können), diskutieren leidenschaftlich (auch abends über die eigentliche Seminarzeit hinaus) und stellen damit wiederholt unter Beweis, wie Jugendliche und junge Erwachsene engagiert und kooperativ an Themen arbeiten und keinesfalls unpolitisch sind. Es freut uns, wenn Teilnehmende eine Zugehörigkeit zur Akademie und deren Angeboten entwickeln. Viele angestammte Angebote erreichen zudem jüngere Teilnehmende. Somit ist – wesentlich getragen auch durch die Beteiligung der Akademie am Programm – ein Stück des angestrebten Generationenwechsels in der Akademie Waldschlösschen vollzogen.“

Ulli Klaum

Leiter der Akademie Waldschlösschen





Ausblick

Blick zurück nach vorn

Resümee und Ausblick auf die politische Jugendbildung im AdB in den nächsten Jahren

„Aus gesellschaftlicher Perspektive ist politische Bildung junger Menschen eine Notwendigkeit, aus Sicht der Kinder und Jugendlichen ist sie ein Recht.“

(BMFSFJ 2020, S. 576)

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine Mitglieder verhelfen jungen Menschen zu diesem Recht. Im Mittelpunkt der zahlreichen Aktivitäten des AdB steht dabei das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, das auf der Grundlage eines gemeinsam von allen Beteiligten entwickelten Konzeptes für jeweils sechs Jahre umgesetzt wird, um dann erneut im Verband ausgeschrieben zu werden.

Blick zurück

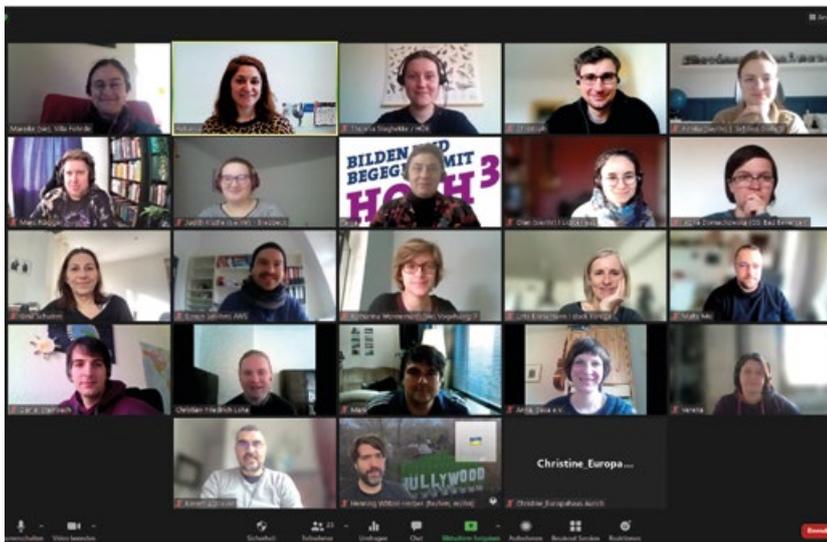
Mit dem Jahr 2022 geht nun eine Programmphase zu Ende, und die vorliegende Broschüre zeigt eindrücklich, was alles geleistet worden ist, welche Themen im Mittelpunkt standen, welche Konzepte, Methoden und Formate entwickelt wurden und mit wie viel Phantasie und Kreativität die Anliegen und Interessen junger Menschen aufgegriffen und bearbeitet wurden. Die hier abgedruckten Texte, Rückblicke und Resümees verweisen auf eine erfolgreiche Bildungsarbeit vor Ort, sie machen aber auch deutlich: Das dem Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ zugrundeliegende Konzept hat sich bewährt!

- Die Setzung von vier gesellschafts- und jugendpolitisch relevanten Themen ermöglicht eine Fokussierung der Bildungsarbeit bei den beteiligten Trägern. Gleichzeitig sind die Themen so breit angelegt, dass die Jugendbildungsreferent*innen unterschiedliche Aspekte und Fragestellungen aufgreifen und bearbeiten können. Durch den Austausch profitieren alle voneinander und sorgen gleichzeitig für die Weiterentwicklung des entsprechenden Fachdiskurses.
- Die Programmlaufzeit von sechs Jahren geht deutlich über das übliche Zeitkontingent für Projekte hinaus, das in der Regel bei nur zwei Jahren liegt. Die sechsjährige Laufzeit im AdB ermöglicht es den beteiligten Trägern bzw. den verantwortlichen Jugendbildungsreferent*innen, sich ausführlich und

vertieft „ihrem“ Thema zu widmen, Angebote zu entwickeln, zu erproben und bei Bedarf zu verändern, unterschiedliche Aspekte zu beleuchten, Schwerpunkte zu setzen und auf die Bedarfe der jugendlichen Teilnehmer*innen einzugehen. Zudem bleibt ausreichend Zeit für den so wichtigen Austausch untereinander sowie den Blick über den eigenen fachlichen Tellerrand in angrenzende Arbeitsbereiche.

- Die Begleitung des Programms durch den AdB sichert die Qualität und Vernetzung. Die „Draufsicht“ von der Bundesebene auf die Themen und die Bildungspraxis ermöglicht passgenaue Fortbildungsangebote, kann die Vernetzung untereinander anregen und immerwiederfachspezifische und jugendpolitische Impulse ins Programm geben. Und sie stellt – und das ist eine der zentralen Aufgaben – den Transfer von Erfahrungen und Erkenntnissen in den Gesamtverband und in die anderen Projekte des AdB her. Denn auch wenn das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ das „Flaggschiff“ der Jugendbildung im Verband ist, so ist dennoch festzuhalten, dass es darüber hinaus bei vielen weiteren Trägern im AdB und im Verband selbst weitere Projekte politischer Jugendbildung gibt.
- Und auch dies ist als Resümee der letzten sechs Jahre festzuhalten: Die Verknüpfung der Arbeit der Jugendbildungsreferent*innen mit den weiteren Projekten des Verbandes haben

zu einer wechselseitigen Bereicherung der Bildungsarbeit geführt. So konnte durch einen Austausch mit dem Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ das Augenmerk auf eine Zielgruppe gelenkt werden, die noch wenig von den Angeboten politischer Bildung angesprochen werden. Die wichtige Zusammenarbeit mit den in Schulen tätigen „Respekt Coaches“ wurde angeregt. Dabei entstanden Materialien für die Bildungsplattform „politischbilden.de“, die wiederum allen Bildner*innen zur Verfügung stehen. Durch die Expertise im AdB-Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ wurde die Bedeutung von und der Umgang mit rassistuskritischen Aspekten der eigenen Arbeit deutlich hervorgehoben. Weitere Verknüpfungen gab es in den Bereichen der digitalen politischen Bildung, der internationalen Arbeit und der auf Partizipation ausgerichteten politischen Bildung.



Also alles prima beim Blick zurück? Nicht ganz, denn ein Rückblick wäre unvollständig, ohne auf die Pandemie einzugehen, mit der niemand gerechnet hat, die aber enorme Auswirkungen hatte – auf die politische Bildung, ihre Strukturen und vor allem auf die Jugendlichen selbst.

Störfall Corona

Es zeigte sich zu Beginn der Pandemie schnell, dass in Krisensituationen überwiegend staatlich-institutionalisierte Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen eine „Systemrelevanz“ beanspruchen konnten. Einrichtungen und Aktivitäten vieler Träger der Jugendarbeit und -bildung waren indes von Schließungsanordnungen und Einschränkungen betroffen. Monatelang fanden keine oder nur sehr eingeschränkt Seminare, Projekte, Bildungsmaßnahmen oder internationale Begegnungen statt, ohne dass die Einrichtungen, geschweige denn die Kinder und Jugendlichen selbst, die Chance gehabt hätten, sich dazu zu verhalten.

Von jetzt auf gleich im Lockdown – da stießen auch erprobte Bildungsstrukturen zunächst an ihre Grenzen. Aber der Innovations-

charakter politischer Jugendbildung konnte sich in der schnellen Entwicklung neuer Konzepte und neuer Ansätze der Vermittlung abermals beweisen. Der Umstieg auf digitale Angebote glückte in den meisten Fällen, wenn auch der digitale Raum in keiner Weise den persönlichen Austausch ersetzen konnte.

Und noch etwas zeigte sich, allerdings schmerzlich: Soziale Ungleichheit, Diskriminierung und mangelnde Teilhabechancen konnten nur in wenigen Ausnahmen durch die Digitalisierung überwunden werden. Sie setzten sich vielfach fort und wurden unter Umständen sogar verschärft.

Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass die Corona-Pandemie für die Kinder und Jugendlichen ein einschneidendes Ereignis war bzw. ist, dessen langfristige Folgen bisher nur zu erahnen sind. Auch wenn durch Mittel aus dem Sonderprogramm „Aufholen nach Corona“ zahlreiche Angebote im Bereich der politischen Ju-

gendbildung und Demokratieförderung für Kinder und Jugendliche geschaffen werden konnten, sind alleine dadurch die Folgen der Pandemie bei Kindern wie psychische Belastungen, Auffälligkeiten im Sozialverhalten und Lernrückstände nicht schnell zu beseitigen. Die ersten Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche deutlich unzufriedener und besorgter sind als vor der Pandemie (vgl. z. B. Berngruber/Pothmann 2022; Andresen et al. 2022).

Blick nach vorn

Was aber bedeutet nun der Blick auf die letzten Jahre im Hinblick auf die Ausgestaltung der politischen Jugendbildung im AdB in den kommenden Jahren? Er bedeutet, dass auf der Grundlage eines als tragfähig erwiesenen Grundkonzeptes auch in den kommenden Jahren im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ gesell-

schafts- und jugendpolitisch relevante Themen zentral bleiben, und zwar nicht als abstrakte Vermittlungsprozesse von Politik, sondern als lebensweltliche Alltagsthemen der Jugendlichen selbst. Denn nicht erst die Pandemie hat uns gezeigt, dass die Auseinandersetzung mit Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen und sie umtreiben, eng mit den großen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen verknüpft sind.

Folgende Themen werden daher für die nächsten Jahre leitend sein:

Soziale Frage und politische Teilhabe – Soziale Ungleichheit und Segregation macht sich in allen Lebensbereichen, gerade auch von Kindern und Jugendlichen, bemerkbar. Egal ob Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnraum oder Ernährung, die Lebenschancen sind ungleich verteilt, ebenso wie die Teilhabe am politischen und kulturellen Leben. Nicht zuletzt in der Zeit der Pandemie haben sich die Auswirkungen der sozialen Frage nicht nur deutlich gezeigt, sondern auch weiter verschärft und vertieft. Offenbart hat sich dies insbesondere im Kontext von Bildung und den (nicht)





vorhandenen Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, am digitalen Leben und Lernen teilzunehmen.

Die Bildungsangebote sollen junge Menschen dabei unterstützen, ihre Teilhabemöglichkeiten und Teilhaberechte in der (digitalen) Gesellschaft zu nutzen. Mit interessanten Lerngelegenheiten sollen insbesondere Kinder und Jugendliche angesprochen werden, die oft die Erfahrung machen, dass ihre Interessen und Anliegen keine Berücksichtigung finden.

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Geschlechter, Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen müssen Ziele einer demokratischen Gesellschaft sein. Die gesellschaftliche Anerkennung und Gleichstellung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt hat im letzten Jahrzehnt bedeutende Entwicklungsschritte gemacht. Es bleibt jedoch ein Thema mit politischer Relevanz, was nicht nur deutlich wird durch tätliche Angriffe, sondern auch in alltäglichen Diskriminierungen in Schule oder Arbeitsleben, durch Sprache oder rechtliche Ungleichbehandlung.

Aufgabe politischer Bildung ist es, Kinder und Jugendliche zur Auseinandersetzung mit Themen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt anzuregen. Im Fokus stehen dabei die Sichtbarmachung und Sensibilisierung von Diskriminierungen aufgrund von sexueller oder geschlechtlicher Identität in Schule, Beruf und Gesellschaft. Hierzu zählt auch das Empowerment im Sinne gesellschaftlicher und politischer Teilhabe junger Menschen in der sexuellen Findungsphase und ihrer Identitätsbildung. Nicht nur für queere junge Menschen bieten hierbei digitale Formen von politischer Bildung neue Möglichkeiten der Vernetzung und der Identitätsfindung.

Rassismus und Antisemitismus – Eine Zunahme rassistischer und antisemitischer Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung ist auch bei jungen Menschen zu beobachten. Beleidigungen und Ausgrenzungen in Schule, Freizeit, Beruf und im digitalen Alltag haben oftmals einen Bezug auf rassistische bzw. antisemitische Denkmuster, Sprache und Vorurteile. Menschen, die von rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen betroffen sind,

werden oft nicht gehört oder ihre Positionen werden von der weißen Mehrheit der Gesellschaft relativiert.

Die Aufgabe der politischen Bildung ist es, Kinder und Jugendliche zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus und zur Reflexion der eigenen Verwobenheit in diskriminierende Denk- und Handlungsmuster anzuregen. Junge Menschen werden dadurch ermutigt, sich in ihrer (digitalen) Lebenswelt entschieden gegen Diskriminierungen aller Art und für Chancengleichheit in einer pluralen Demokratie einzusetzen.

Klimakrise und sozial-ökologische Transformation – Bei vielen jungen Menschen hat dieses Thema in den letzten Jahren dazu geführt, dass sie sich stärker politisiert haben. Sie haben die Verantwortung für kommende Generationen in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt und stellen damit viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auf den Prüfstand.

Die Aufgabe in der politischen Bildung ist es, ökologische Themen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung als kritische politische Bildung zu gestalten, um die Fragen nach dem individuellen ökologischen und ökonomischen Umgang mit Ressourcen vor dem Hintergrund der Transformationsprozesse in der Gesellschaft zu beleuchten. Hierbei ist auch einzubeziehen, wie insbesondere die digitale Transformation sozial und ökologisch gestaltet werden kann. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse müssen dabei auch in ihren globalen Zusammenhängen betrachtet und mit dem Ziel einer globalen Solidarität reflektiert werden.

Verknüpfung mit aktuellen jugendpolitischen Herausforderungen

Die genannten Themen für die politische Bildung im AdB sind im Kontext einer Jugendpolitik zu sehen, die ihr Augenmerk darauf legt, alle jungen Menschen im Blick zu behalten und möglichst niemanden zurückzulassen. So steht bereits seit längerem die Frage im Raum, wie junge Menschen mit besonderen Bedarfen mehr und besser mit Angeboten (nicht nur) politischer Bildung erreicht werden können. Das Manko, dass gerade Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung in der Regel von vielen Angeboten nicht angesprochen werden, ist auch bereits im 16. Kinder- und Jugendbericht thematisiert (vgl. BMFSFJ 2020). Dabei geht es um Fragen, wie Räume barrierearm bzw. barrierefrei gestaltet werden können, wie inklusive Zugänge aussehen müssen, welche Unterstützungen

angeboten werden können und welche Methoden und Formate sich in besonderer Weise eignen. Die Reform des SGB VIII (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) mit dem Ziel einer inklusiven, partizipativen Jugendhilfe hat hier einiges angeschoben, die Umsetzung dieses Anspruchs ist jedoch bei weitem noch nicht erreicht.

Darüber hinaus ist die Auseinandersetzung mit der Frage der Erreichbarkeit bestimmter Gruppen junger Menschen in den vergangenen Jahren zunehmend auch unter der Überschrift Diversitätssensibilität diskutiert worden. Der Fokus hat sich geweitet und nimmt alle Kinder und Jugendlichen in den Blick, deren Perspektiven und Lebensrealitäten bisher oft nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Zudem hat sich die Landschaft der politischen Jugendbildung sowie der Jugendarbeit insgesamt ausdifferenziert und diversifiziert. Zum einen ist die Struktur der Träger und Einrichtungen pluraler geworden, zum anderen entwickeln neue Organisationen sowie Migranten(selbst)organisationen neue Konzepte und Formate und leisten Beiträge zur Weiterentwicklung politischer Jugendbildung durch ihre Angebote. Jugendpolitik reagiert aktuell darauf u. a. mit einer Veränderung der Förderstruktur. Der AdB hat Diversität als zentrales Kriterium für die Auswahl der an der neuen Programmphase beteiligten Träger gesetzt, zudem unterstützt er die strukturelle Einbettung und Professionalisierung von Vereinen junger Menschen mit Migrationsbiografien und/oder People of Color als Akteur*innen politischer Bildung.

Die Erreichbarkeit und Ansprache möglichst aller Kinder und Jugendlichen geht mit der Forderung nach ihrer direkten, sichtbaren und wirkungsvollen Beteiligung einher. Die Förderung der Beteiligung von jungen Menschen ist zentrales Anliegen der Jugendstrategie der Bundesregierung und zugleich Grundprinzip der politischen Bildungsarbeit im AdB. Diese Bildungsarbeit lebt von der Überzeugung, dass Partizipation in der Demokratie geübt und erfahren werden muss und dass Kinder und Jugendliche Bildungsangebote benötigen, in denen sie wertgeschätzt werden und die sie ernsthaft mitgestalten können. Nur eine „Mitwirkung mit Wirkung“ ermöglicht Erfahrungen von Demokratie und Selbstwirksamkeit. Die politische Bildung im AdB stellt sicher, dass diese Partizipationserfahrungen reflektiert und nach ihren Lernmöglichkeiten zur Ausbildung der politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit befragt werden, um Jugendliche nachhaltig dazu zu befähigen, ihre demokratischen Rechte in der Gesellschaft wahrzunehmen. ■



Anhang

Literatur

AdB (Hrsg.) (2019): Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“, Ausgabe 2/2019 zum Themenschwerpunkt Emotionen; www.adb.de/download/publikationen/190522_ab_2-2019_web.pdf (Zugriff: 28.08.2022)

AdB (Hrsg.) (2022): Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“, Ausgabe 3/2022 zum Themenschwerpunkt Inklusion; www.adb.de/zeitschrift_ab (Zugriff: 28.08.2022)

Andresen, Sabine/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2022): Verpasst? Verschoben? Verunsichert? Junge Menschen gestalten ihre Jugend in der Pandemie. Erste Ergebnisse der JuCo III-Studie – Erfahrungen junger Menschen während der Corona-Pandemie im Winter 2021. Hildesheim: Universität Hildesheim; <https://dx.doi.org/10.18442/205> (Zugriff: 29.09.2022)

Assmann, Aleida (2013): Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. München: C.H.Beck

BAG Traumapädagogik (2011): Standards für traumapädagogische Konzepte in der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Ein Positionspapier; www.institut-trauma-paedagogik.de/files/positionspapier_11-2011.pdf (Zugriff: 02.07.2022)

Berngruber, Anna/Pothmann, Jens (2022): Jungsein in der Pandemie; www.dji.de/themen/corona/jungsein-in-der-pandemie.html (Zugriff: 29.09.2022)

Bönkost, Jule/Apraku, Josephine (2016): Kolonialismus und Kolonialrassismus in der Bildungsarbeit. Düsseldorf; www.vielfalt-mediathek.de/material/rassismus/kolonialismus-und-kolonialrassismus-in-der-bildungsarbeit (Zugriff: 30.06.2022)

BMFSFJ (Hrsg.) (2020): 16. Kinder und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin; www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238 (Zugriff: 16.06.2022)

Broden, Anne (2012): Anmerkungen zur Aktualität der Ungleichheit. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu Das Parlament, Heft 16–17/2012, S. 7–10

DeZIM-Studie (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung. Erste Ergebnisse aus dem Projekt Postmigrantische Gesellschaften – Stereotype, Abwertungsgefühle und Aufstiegskonflikte. Erste Ergebnisse einer bundesweiten Bevölkerungsbefragung. Berlin: DeZIM

Hantke, Lydia/Görges, Hans-Joachim (2012): Handbuch Traumakompetenz. Basiswissen für Therapie, Beratung und Pädagogik. Paderborn: Junfermann Verlag

Heyl, Matthias (2013): Mit Überwältigendem überwältigen? Emotionen in KZ-Gedenkstätten. In: Brauer, Juliana/Lücke, Martin (Hrsg.): Emotionen, Geschichte und historisches Lernen. Geschichtsdidaktische und geschichtskulturelle Perspektiven (Studien des Georg-Eckert-Instituts zu internationalen Bildungsmedienforschung, Bd. 133), Göttingen: Georg-Eckert-Institut, S. 239–259

Klamp-Gretschel, Karoline (2022): Umsetzung inklusiver politischer Bildung. Didaktische Empfehlungen für (außerschulische) Bildungseinrichtungen. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 3/2022, S. 19–25

Lücke, Martin (2015): Auf der Suche nach einer inklusiven Erinnerungskultur; unveröffentlichter Vortrag auf der Tagung „Erinnern kontrovers“ am 10.07.2015 in Berlin

RAA e.V. – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (Hrsg.) (2017): Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung: Grundsätze und Qualitätskriterien. Ein Handlungsansatz der RAA Berlin; <http://raa-berlin.de/wp-content/uploads/2018/12/RAA-BERLIN-DO-GRUNDSATZE.pdf> (Zugriff: 13.04.2022)

Rothberg, Michael (2009): Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization (Cultural Memory in the Present). Stanford: University Press

Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (Hrsg.) (2020): Solidarisch gegen Klassismus. organisieren, intervenieren, umverteilen. Münster: UNRAST-Verlag

Shooman, Yasmin (2016): Antimuslimischer Rassismus – Ursachen und Erscheinungsformen. Düsseldorf: IDA e.V.; www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6109/antimuslimischer-rassismus-ursachen-und-erscheinungsformen.html (Zugriff: 30.06.2022)

Thimm, Caja/Bürger, Tobias (2013): Digitale Citoyens – politische Partizipation in Zeiten von Social Media. Bonn: Schriftenreihe der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik

Voigts, Gunda (2022): Inklusion als Gestaltungsstrategie in der politischen Jugendbildung. Klärungen, Potenziale und Herausforderungen In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 3/2022, S. 4–11

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.



Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) ist eine Fachorganisation der politischen Bildung, die ihren Mitgliedern Erfahrungsaustausch, Qualifizierung und gemeinsame Interessenvertretung bietet. Er repräsentiert ein pluralistisches Spektrum voneinander unabhängiger Bildungseinrichtungen, die sich trotz unterschiedlicher Bildungsangebote und Betriebsformen einig wissen in dem gemeinsamen Ziel, mit ihrer Bildungsarbeit zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Demokratie beizutragen und Menschen für gesellschaftliches und politisches Engagement zu motivieren und zu befähigen. Demokratie soll dabei nicht nur gelehrt und gelernt, sondern auch im Alltag gelebt werden. Im Arbeitskreis wirken Jugendbildungsstätten und Jugendhöfe, Akademien, Internationale Begegnungsstätten, Heimvolkshochschulen, Europahäuser, Fortbildungswerke, Bildungseinrichtungen der parteinahen Stiftungen und weitere Bildungsinitiativen mit. Auf der Website sind unter www.adb.de aktuelle Nachrichten über die Aktivitäten des AdB und Informationen über den Verband abrufbar.

Die Mitgliedseinrichtungen des AdB

Baden-Württemberg

**Internationales Forum
Burg Liebenzell e.V.**
www.internationalesforum.de

Landesakademie für Jugendbildung
www.jugendbildung.org

**Studienhaus Wiesneck
Institut für politische Bildung
Baden-Württemberg e.V.**
www.wiesneck.de

**Teilseiend e.V. – Muslimische
Akademie Heidelberg i. G.**
www.teilseiend.de

Bayern

**Akademie Frankenwarte
Gesellschaft für Politische
Bildung e.V.**
www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung
www.apb-tutzing.de

Europäische Akademie Bayern e.V.
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e.V.
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.
www.vollmar-akademie.de

**Gesellschaft für übernationale
Zusammenarbeit e.V.**
www.guez-dokumente.org

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
www.hss.de

Institut für Jugendarbeit
www.institutgauting.de

Jugendbildungsstätte am Tower
www.jbs-am-tower.de

Kritische Akademie Inzell
www.kritische-akademie.de

**Max Mannheimer Haus
Studienzentrum und Internationales
Jugendgästehaus**
www.mmsz-dachau.de

**Stiftung Sudetendeutsches Sozial-
und Bildungswerk
„Der Heiligenhof“**
www.heiligenhof.de

Berlin

**Alte Feuerwache e.V.
Jugendbildungsstätte Kaubstraße**
www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum e.V.
www.annefrank.de

Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.
www.bildungsteam.de

Centre Français de Berlin gGmbH
www.centre-francais.de

cultures interactive e.V.
www.cultures-interactive.de

Europäische Akademie Berlin e.V.
www.eab-berlin.eu

Kreisau-Initiative e.V.
www.kreisau.de

Lernort Stadion e.V.
www.lernort-stadion.de

OWEN
Mobile Akademie für
Geschlechter-demokratie und
Friedensförderung e.V.
www.owen-berlin.de

Sozialpädagogisches Fortbildungs-
institut Berlin-Brandenburg
www.sfbf.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM
www.wannseeforum.de

Brandenburg

HochDrei e.V. – Bilden und
Begegnen in Brandenburg
www.hochdrei.org

Jugendbildungsstätte
Kurt Löwenstein e.V.
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e.V.*)
www.blossin.de

Mostar Friedensprojekt e.V.
www.mostar-friedensprojekt.de

Schloß Trebnitz – Bildungs- und
Begegnungszentrum e.V.
www.schloss-trebnitz.de

Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz
www.stiftunggollwitz.de

Villa Fohrde e.V.
www.villa-fohrde.de

Bremen

Bildungsstätte der Wirtschafts-
und Sozialakademie der Arbeit-
nehmerkammer Bremen gGmbH
[www.bildungsstaette-
badzwischenahn.de](http://www.bildungsstaette-
badzwischenahn.de)
Wirtschafts- und Sozialakademie der
Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
www.wisoak.de

Jugendbildungsstätte Bremen –
LidiceHaus gGmbH
www.lidicehaus.de

Hamburg

dock europe e.V.
www.dock-europe.net

HAUS RISSEN – Institut für
internationale Politik und Wirtschaft
Gesellschaft für Politik und
Wirtschaft e.V.
www.hausrissen.org

Hessen

basa e.V.
Bildungsstätte Alte Schule Anspach
www.basa.de

Bildungsstätte Anne Frank e.V.
www.bs-anne-frank.de

BURG FÜRSTENECK
Akademie für berufliche und musisch-
kulturelle Weiterbildung
www.burg-fuersteneck.de

Die Kopiloten e.V. – Politische Bildung
im kommunalen Raum
www.diekopiloten.de

Stiftung Adam von Trott
www.stiftung-adam-von-trott.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie Schwerin e.V.
Haus für Politik, Wirtschaft und Kultur
in Mecklenburg-Vorpommern
www.akademie-schwerin.de

Jugendbegegnungs- und
Bildungsstätte Golm
Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e.V.
www.jbs-golm.de

Soziale Bildung e.V.
www.soziale-bildung.org

Niedersachsen

ABC Bildungs- und
Tagungszentrum e.V.
www.abc-huell.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und
Gesellschaft e.V.
www.asgpolbi.de

Bewegungsakademie e.V.
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin &
Steinberg e.V.
www.bhz-steinberg.de

Bildungsstätte Bredbeck
Heimvolkshochschule des
Landkreises Osterholz
www.bredbeck.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugend-
zentrum Bahnhof Göhrde e.V.
www.bahnhof-goehrde.de

Die Freudenburg –
Europäisches Seminar- und
Tagungshaus*)
www.freudenburg-bassum.de
Volkshochschule des
Landkreises Diepholz
www.vhs-diepholz.de

**Europahaus Aurich
Deutsch-Niederländische
Heimvolkshochschule e.V.**
www.europahaus-aurich.de

**Gustav-Stresemann-Institut in
Niedersachsen e.V.
Europäisches Bildungs- und Tagungshaus
Bad Bevensen**
www.gsi-bevensen.org

**Historisch-Ökologische Bildungsstätte
Emsland in Papenburg e.V.**
www.hoeb.de

**Internationales Haus Sonnenberg
Sonnenberg-Kreis e.V.**
www.sonnenberg-international.de

Jugendkulturarbeit e.V.
www.jugendkulturarbeit.eu

**Mariaspring – Ländliche
Heimvolkshochschule e.V.**
www.mariaspring.de

Naturkultur e.V.*)
www.naturkultur.eu

**Politische Bildungsstätte
Helmstedt e.V.**
www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen
www.waldschloesschen.org

Nordrhein-Westfalen

Akademie Biggeseesee gGmbH
www.akademie-biggeseesee.de

aktuelles forum e.V.
www.aktuelles-forum.de

**Auslandsgesellschaft Nordrhein-
Westfalen e.V.**
www.auslandsgesellschaft.de

**Bildungswerk der Humanistischen
Union NRW e.V.**
www.hu-bildungswerk.de

**Bildungswerk Stenden
Neue Gesellschaft Niederrhein e.V.**
www.bildungswerk-stenden.de

dbb akademie
www.dbbakademie.de

**Europäische Akademie
Nordrhein-Westfalen e.V.**
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.
www.gesw.de

Gustav-Stresemann-Institut e.V.
www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e.V.
www.haus-neuland.de

Heinz-Kühn-Bildungswerk
www.hkb-nrw.de

**IKAB-Bildungswerk e.V.
IKAB e.V. – Institut für angewandte
Kommunikationsforschung in der
Außerschulischen Bildung**
www.ikab.de

**Informations- und Bildungszentrum (IBZ)
– Schloss Gimborn e.V.**
www.ibz-gimborn.de

**Internationales Bildungs- und
Begegnungswerk gGmbH**
www.ibb-d.de

Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.
www.jakobkaiser.de

**Jugendbildungsstätte Welper
Freizeitwerk Welper e.V.**
www.freizeitwerk-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e.V.
www.karl-arnold-stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
www.lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de

**Salvador-Allende-Haus
Sozialistisches Bildungszentrum
Haard e.V.**
www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e.V.
www.staette.de

**Akademie Vogelsang IP
c/o Vogelsang IP gGmbH**
www.vogelsang-ip.de

Waldritter e.V.
www.waldritter.org

**Willi-Eichler-Bildungswerk
Willi-Eichler-Akademie e.V.**
www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz

Europa-Haus Marienberg
www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

**Europäische Akademie
Otzenhausen gGmbH**
www.eao-otzenhausen.de

Sachsen

Brücke/Most-Stiftung
www.bmst.eu

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.
www.wehnerwerk.de

**HILLERSCHE VILLA gGmbH –
Soziokultur im Dreiländereck
Tagungshaus im Dreieck**
www.hillerschevilla.de

Sachsen-Anhalt

**Europäische Jugendbildungsstätte
Magdeburg/Bildungsnetzwerk
Magdeburg gGmbH**
www.ejbm.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Gesellschaft für Politik und Bildung
Schleswig-Holstein e.V.
www.heinemann-bildungsstaette.de

Internationale Bildungsstätte
Jugendhof Scheersberg
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg
Verein für Jugend- und Kulturarbeit
im Kreis Segeberg e.V.
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e.V.
Jugendbildungsstätte Hütten
www.bildungswerk-blitz.de

Stiftung „Europäische Jugendbildungs-
und Jugendbegegnungsstätte Weimar“
www.ejbweimar.de

Mitgliedsorganisationen mit Einrichtungen in mehreren Bundesländern

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Politische Akademie Bonn
www.fes.de/pa
www.netzwerk-politische-bildung.de
Akademie für Arbeitnehmer
Weiterbildung in NRW
www.fes-arbeitnehmerweiterbildung.de

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Regionalbüro Berlin-Brandenburg/
Hauptstadtbüro
www.freiheit.org
Theodor-Heuss-Akademie
www.freiheit.org/location/theodor-heuss-akademie

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
www.boell.de

Internationale
Jugendgemeinschaftsdienste
ijgd-Bundesverein e.V.
www.ijgd.de

Internationaler Bund (IB)
Freier Träger der Jugend-, Sozial- und
Bildungsarbeit e.V.
www.internationaler-bund.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bereich Politische Bildung
www.kas.de
Politisches Bildungsforum
Sachsen-Anhalt
www.kas.de/de/web/sachsen-anhalt

Paritätisches Bildungswerk –
Bundesverband e.V.
www.pb-paritaet.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und Politische
Bildung e.V.
Akademie für politische Bildung
www.rosalux.de

*) assoziierte Mitgliedseinrichtungen



Impressum

Herausgeber:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
Mühlendamm 3
10178 Berlin
Tel.: (030) 400 401 00
info@adb.de
adb.de

Verantwortlich:
Ina Bielenberg

Redaktion:
Rebecca Arbter, Ina Bielenberg,
Sebastian Bock, Dr. Friedrun Erben

Texte zu den Fachgruppen (Themen und Konzepte):
Christiane Toyka-Seid

Die Beiträge aus der Praxis sind namentlich
gekennzeichnet.

Layout, Satz und Druck:
Willius Design, Berlin

Bildnachweis

Archiv des AdB:

Umschlag vorn, S. 2, 10, 14, 22, 24, 26, 66–68, Umschlag hinten

Andi Weiland | andiweiland.de:

Umschlag vorn, S. 3, 5, 9, 11, 13, 16–17, 30, 41, Umschlag hinten

Sepehr Atefi:

Umschlag vorn; S. 2–3, 7–8, 16–17, 20, 29, 31–32, 34, 36, 38–40, 68, Umschlag hinten

Von beteiligten Trägern:

abc-huell.de: S. 42–44

basa e. V.: S. 50–51

dock europe e. V.: S. 48

HochDrei e. V.: S. 61–62

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, Malte Morische: S. 53–56

Soziale Bildung e. V.: S. 57–60

Vogelsang IP: S. 45–46

Weitere Fotos:

Samuel Grösch: S. 18, Umschlag hinten

Anne Hahn: S. 15

Justonewing: S. 52

kvnga/unsplash.com: S. 64

omid-kashmari/unsplash.com: S. 70

Katja Paulus: Umschlag vorn, S. 29

Jochen Quast: S. 37



Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V. (AdB)

Mühlendamm 3
10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
info@adb.de
adb.de